

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

DAS PENTAGON  
BÜRGT FÜR UMSATZ

Nr. 13 • MÄRZ 1987

# NEUE ZEIT



EINE WELT OHNE WAFFEN:  
ARGUMENTE PRO UND KONTRA

ISSN 0233-8335

MONGOLEI:  
FENSTER INS ALL

WO WAR ULENSPIEGEL  
ZU HAUS?



# 1917-1987

## ZEIT UND MENSCHEN

Zur Zeit der Oktoberrevolution war der Atomphysiker Igor Kurtschatow erst 14 Jahre alt. Er verdiente sich seinen Unterhalt mit Plakatkleben, als Erzieher in einem Kinderheim, als Holzhacker und als Wächter in einem Kino. Nachts aber saß er beim Schein einer Tranllunzel über Büchern. So oder ähnlich verlief damals die Jugend vieler Menschen, z.B. des späteren Raumschiffkonstruktors Sergej Koroljow, der bedeutenden Physiker Lew Landau und Pjotr Kapize und noch vieler anderer, ohne die die moderne



Der sowjetische Physiker P. Kapiza

Wissenschaft gar nicht denkbar wäre. Erstmals war Arbeiter- und Bauernkindern der Weg in die Welt der Wissenschaft gebahnt.

Die Sowjetmacht maß der Wissenschaft von Anfang an hervorragende Bedeutung für die Umgestaltung des zurückgebliebenen Landes und für den Aufbau des Sozialismus bei. In den ersten, schwersten Jahren tat sie alles, um den Wissenschaftlern ein ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen. Im Dezember 1921 erließ die Regierung auf Initiative Lenins ein Dekret „Über die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Wissenschaftler“ und im Januar 1922 ein weiteres „Über Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Wissenschaftler“.

Ungeachtet des Hungers und der Zerrüttung des Landes beschäftigten sich die Enthusiasten am Zentralen aero- und hydrodynamischen Institut (ZAGI) mit der Theorie und Praxis des Flugzeugbaus. Im Mai 1922 wurde das erste sowjetische Flugzeug, ein Eindecker, getestet. Es mangelte an Getreide und Brennholz, aber im Radiolabor von Nishni Nowgorod schmiedete man hochfliegende Pläne für eine Radiofizierung des Landes. In Leningrad scharte Akademiemitglied Abram Joffe begabte junge Physiker um sich und brachte mit ihnen die Erforschung der Polymere, Halbleiter, elektronischen Erscheinungen und der Atomphysik in Gang.

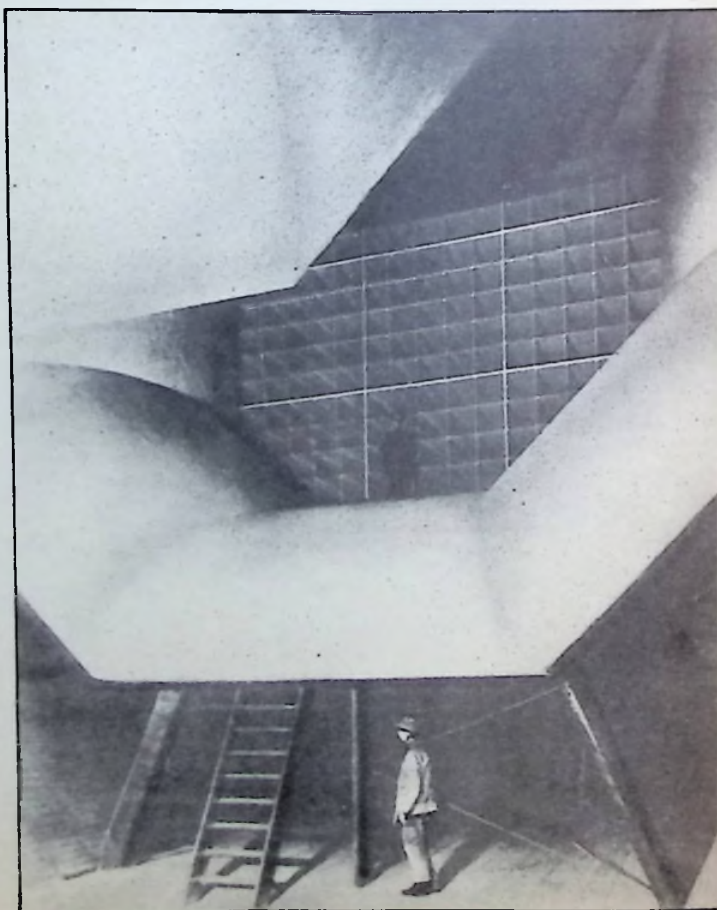
Die älteren Wissenschaftler standen verschiedenen zur Revolution. Einige lehnten sie ab und wanderten aus. Andere wie z.B. der berühmte Physiologe Iwan Pawlow legten ihre unverhohlene Feindseligkeit ab und erkannten die Sowjetmacht rückhaltlos an.

Der Physiologe Timirjasew war auf seine zahlreichen wissenschaftlichen Grade weniger als darauf stolz, daß er dem Moskauer Sowjet der Ar-

beiter-, Bauern- und Rollarmistendeputierten angehörte. Der bedeutende Theoretiker und Praktiker der Ölgeologie Iwan Gubkin, der im Herbst 1917 in den USA weilte, erklär-

te: „Über Rußland ist die Sonne eines neuen Lebens einer neuen Welt aufgegangen.“

I. Kurtschatow an einer Hochspannungsanlage

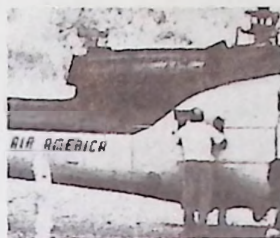


31. Dezember 1925. Im ZAGI war der größte Windkanal der Welt gebaut worden



IN DIESEM HEFT:

- 2**  
Wort des Redakteurs  
**POLITIK UND HANDEL**
- 3**  
V. Ignatenko, A. Kowrigin.  
**DER VIERTE DIALOG**
- 5**  
Panorama
- 8**  
M. Kocvarova. **STÖRFALL  
IN DER PRESSE**
- 9**  
NZ-Umfrage  
Ide Oumarou (OAU),  
Shafic Jorge Handal (El Salvador)
- 10**  
Exklusiv für NZ  
Geoffrey Howe,  
Außenminister Großbritanniens  
**BRITISCH-SOWJETISCHE BE-  
ZIEHUNGEN:**  
**GESEHEN AUS LONDON...**  
G.Gerassimow ...UND AUS MOSKAU
- 12**  
Frankreich  
**DIE HOFFNUNG,  
DIE IN REYKJAVIK AUFKAM**  
Auszüge aus einem Buch  
von Maxime Gremetz,  
Mitglied des Politbüros der FKP
- 17**  
A. Pumpjanski. **GESTÄNDNIS  
IM WILLARD**
- 18**  
NZ-Recherchen  
L. Jelin. **"IRANGATE"**  
**BEGANN IN VIETNAM**



Air-America-Hubschrauber in Indochina.  
Mit Opium an Bord



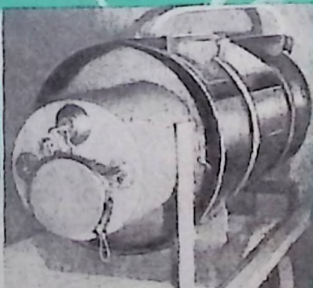
Kapitalistische Wirtschaft 86.  
Was bringt die nächste Welle!



Das Ulenspiegel-Denkmal  
in seinem "Geburtsort" Damme, Belgien

- 20**  
Weltwirtschaft  
F. Gorjunow. **KATZENJAMMER  
DER REAGANOMICS**
- 23**  
UdSSR--Mocambique  
B. Piljazkin. **BEISTAND  
IN DER NOT**
- 24**  
Zeitgeschichte  
**GENUA--RAPALLO**  
Neue Dokumente und Forschungen
- 27**  
Mongolei  
L. Mletschin. **DAS DOUBLE**
- 29**  
Bernhard Grzimek: **FÜR IMMER  
IN DER SERENGETI**
- 30**  
Kultur und Politik  
W. Boikow. **IN ULENSPIEGELS  
HEIMAT**
- 32**  
Theater  
**MONOLOGE NACH DER  
PREMIERE**  
Arthur Millers Stück  
bei "Sowremennik"

Titelbild:  
Plakat von Gustavo Gomez-Casallas  
und Rodrigo Fernandez Neira  
[Spanien]



**14**

**EIN IRRER  
GENÜGT  
SDI-Anhänger  
befeuern,  
Laserstationen  
im Weltraum  
würden  
jeden  
Raketenangriff  
abwehren.  
Die Weltraumabwehr  
würde  
die Kernwaffen  
"überflüssig  
und veraltet"  
machen...  
Was aber,  
wenn eine Atomladung  
gestohlen wird!**

# NEUE ZEIT

Chefredakteur  
V. IGNATENKO

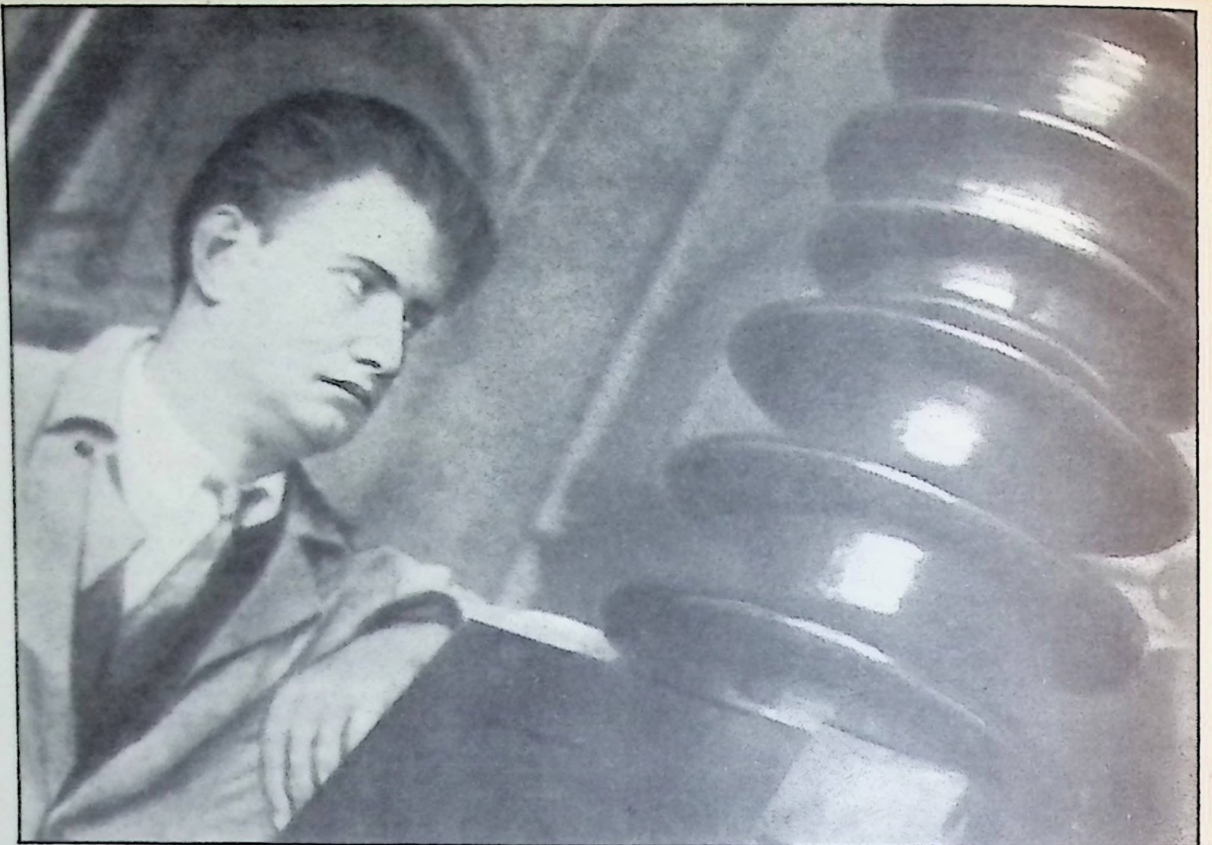
Redaktionskollegium:  
L. BESYMENSKI,  
S. GOLJAKOW,  
J. GUDKOW  
(verantw. Sekretär),  
A. LEBEDEV,  
A. PIN,  
B. PISTSCHIK  
(stellv. Chefredakteur),  
A. PUMPJANSKI  
(stellv. Chefredakteur),  
V. TSCHERNJAWSKI  
(stellv. Chefredakteur)



# 1917-1987

## ZEIT UND MENSCHEN

Zur Zeit der Oktoberrevolution war der Atomphysiker Igor Kurtschatow erst 14 Jahre alt. Er verbrachte seinen Unterhalt mit Plakatkleben, als Erzieher in einem Kinderheim, als Holzhacker und als Wächter in einem Kino. Nachts aber saß er beim Schein einer Tranfunzel über Büchern. So oder ähnlich verlief damals die Jugend vieler Menschen, z.B. des späteren Raumschiffkonstruktors Sergej Koroljow, der bedeutenden Physiker Lew Landau und Pjotr Kapiza und noch vieler anderer, ohne die die moderne



Der sowjetische Physiker P. Kapiza

Wissenschaft gar nicht denkbar wäre. Erstmalig war Arbeiter- und Bauernkindern der Weg in die Welt der Wissenschaft gebahnt.

Die Sowjetmacht maß der Wissenschaft von Anfang an hervorragende Bedeutung für die Umgestaltung des zurückgebliebenen Landes und für den Aufbau des Sozialismus bei. In den ersten, schwersten Jahren tat sie alles, um den Wissenschaftlern ein ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen. Im Dezember 1921 erließ die Regierung auf Initiative Lenins ein Dekret „Über die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Wissenschaftler“ und im Januar 1922 ein weiteres „Über Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Wissenschaftler“.

Ungeachtet des Hungers und der Zerrüttung des Landes beschäftigten sich die Enthusiasten am Zentralen aero- und hydrodynamischen Institut (ZAGI) mit der Theorie und Praxis des Flugzeugbaus. Im Mai 1922 wurde das erste sowjetische Flugzeug, ein Eindecker, getestet. Es mangelte an Getreide und Brennholz, aber im Radiolabor von Nishni Nowgorod schmiedete man hochfliegende Pläne für eine Radioifizierung des Landes. In Leningrad scharte Akademienmitglied Abram Joffe begabte junge Physiker um sich und brachte mit ihnen die Erforschung der Polymere, Halbleiter, elektronischen Erscheinungen und der Atomphysik in Gang.

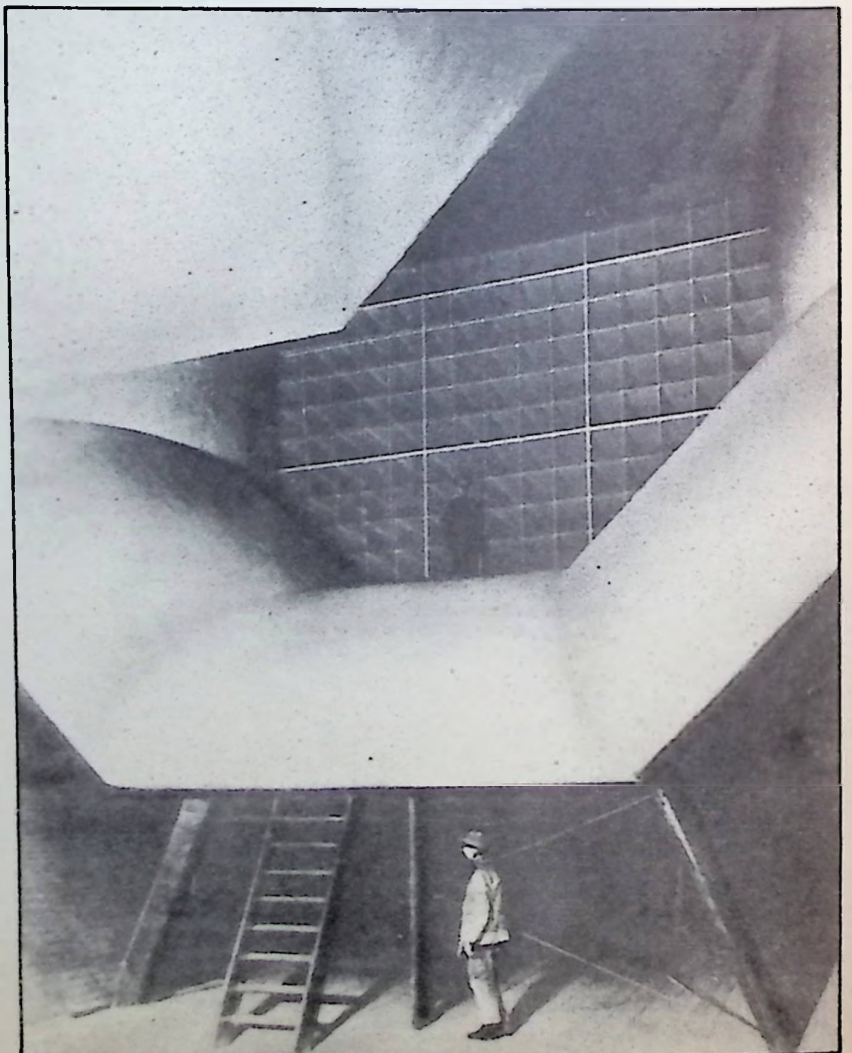
Die älteren Wissenschaftler standen verschieden zur Revolution. Einige lehnten sie ab und wanderten aus. Andere wie z.B. der berühmte Physiologe Iwan Pawlow legten ihre unverhohlene Feindseligkeit ab und erkannten die Sowjetmacht rückhaltlos an.

Der Physiologe Timirjasew war auf seine zahlreichen wissenschaftlichen Grade weniger als darauf stolz, daß er dem Moskauer Sowjet der Ar-

beiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten angehörte. Der bedeutende Theoretiker und Praktiker der Ölgeologie Iwan Gubkin, der im Herbst 1917 in den USA weilte, erklär-

te: „Über Rußland ist die Sonne eines neuen Lebens, einer neuen Welt aufgegangen.“

I. Kurtschatow an einer Hochspannungsanlage



31. Dezember 1925. Im ZAGI war der größte Windkanal der Welt gebaut worden



Gleich mir denken viele Italiener mit Schrecken an den vergangenen Krieg zurück. Millionen sinnlos zugrunde gerichtete Menschen, Millionen Verluste! Wie viele Eltern, die vergeblich auf ihre Söhne warteten! Wie viele junge Witwen mit Kleinkindern wurden ihrem Schicksal überlassen!

Als aufrechter Mensch halte ich für geboten, daß sich die Regierungen auf die Entspannungspolitik orientieren müssen. Der Krieg darf sich nie wiederholen!

**Antonio FORGIONE**  
Lucera, Italien

Es ist mir eine Genugtuung, wie offen man in Ihrem Land Probleme anspricht und sich mit diesen auseinandersetzt. Hoffentlich wird sich dieser eingeschlagene Weg positiv auswirken und auch auf andere Länder ausstrahlen. Wir könnten von unserer Zusammenarbeit gegenseitig lernen. Ich wünsche Ihrem Land und den Menschen viel Erfolg in dem Prozeß der Auseinandersetzung und bin davon überzeugt, daß Ihre Partei diesen Weg erfolgreich zum Wohl der Menschheit und zur Gewährleistung des Friedens weitergehen wird.

**Harald GRONBECK**  
Magdeburg, DDR

Ich verfolge Ihre Publikationen über eine kernwaffenfreie Welt konsequent. Meines Erachtens ist das der einzig richtige Weg, um der Menschheit die Sicherheit zu garantieren.

Es wäre schön, wenn Generalsekretär Gorbatschow von meiner Meinung erfährt, weil ich seine Politik aus tiefstem Herzen begrüße. Ich finde, daß die ganze Welt ihn unbedingt unterstützen muß.

**Lionel BEST**  
New York, USA

## POLITIK UND HANDEL

Zwei Meldungen kamen in der vergangenen Woche aus Washington. Das State Department bestätigte die ablehnende Haltung der US-Administration zu einem Beitritt der Sowjetunion zum GATT. Die Bestätigung war von den Konservativen verlangt worden. Sie zeigten Besorgnis darüber, daß namhafte amerikanische Geschäftsleute Moskaus Bereitschaft begrüßen, an dieser internationalen Handelsorganisation teilzunehmen.

Laut „Washington Times“ trachtet das Pentagon danach, die Erfüllung des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Wohnungsbau zu torpedieren. Das kann die Teilnahme von 120 US-Firmen an einer in Moskau im Mai bevorstehenden Ausstellung erschweren. Der Grund? Angeblich könnten die Sowjets das Abkommen benutzen, um an Informationen über amerikanische Militärtechnologie zu gelangen.

Zwei Tatsachen, die ein Schlaglicht auf die Unterschiede im Herangehen an den Ost-West-Handel in den USA und anderwärts werfen. Die Geschäftswelt ist dafür. Die Rechtspolitiker und Militärs sind dagegen.

Warum sind sie es? Weil sie ihr eigenes Geschäft betreiben und sich Gewinne aus den politischen Spannungen, aus dem Wettrüsten versprechen. Deshalb versuchen diese Geschäftemacher, jedes Nachlassen im Konfrontationskurs zu verhindern.

Die UdSSR geht davon aus, daß man nicht nur vom nuklearen Abgrund abrücken, sondern auch das Vertrauen zwischen Ost und West durch wirtschaftliche Zusammenarbeit festigen muß. Die westliche Geschäftswelt scheint dazu bereit zu sein. Dort sieht man: Die sowjetischen Vorschläge sind durch konkretes Handeln gedeckt.

Gewiß, der Wunsch Moskaus, die gegenseitig nützliche Zusammenarbeit mit dem Westen zu erweitern, wurde früher nicht immer durch Taten bekräftigt. Das

übermäßige Reglementieren der Wirtschaft, darunter des Außenhandels, wirkte sich negativ aus.

Die einsetzende Umstrukturierung von Wirtschaft und Außenhandel verändert die Situation, wenn neue Formen der Zusammenarbeit auch neue Probleme ergeben. So traten bei den Unterhandlungen mit westeuropäischen Firmen über die Gründung gemeinsamer Unternehmen zwei Standpunkte zutage. Nach Ansicht der sowjetischen Wirtschaftsexperten sollten die Erzeugnisse vorwiegend auf westliche Märkte kommen. Die westeuropäischen Geschäftsleute dagegen meinen, daß die gemeinsamen Unternehmen auf den riesigen sowjetischen Markt zu orientieren seien. Ein Unterschied? Selbstverständlich. Aber beim Streben der Partner nach einer beiderseits annehmbaren Lösung kann die gemeinsame Produktion nötiger Waren und Dienstleistungen in die Wege geleitet werden. Das ist eine Zusammenarbeit, die ihrem Wesen nach die militärischen Prioritäten, das militaristische Denken bei der Bereinigung internationaler Differenzen negiert.

Für den Ausbau der Zusammenarbeit können auch günstige Bedingungen geschaffen werden. Davon zeugen u. a. die Verhandlungen zwischen RGW und EG. Ihre jüngste Runde fand vor wenigen Tagen in Genf statt.

Viele Politiker und Geschäftsleute im Westen sagen heute, daß sie ihre Hoffnungen auf ein besseres Weltklima an die Veränderungen in der UdSSR knüpfen. Warum aber werden Veränderungen nur von der UdSSR erwartet? Braucht der Westen Zusammenarbeit statt Konfrontation etwa weniger als die sozialistischen Länder?

Aus der Tatsache, daß sich westliche Geschäftsleute trotz der Trägheit und nicht selten auch des Widerstands der Politiker für einen Ausbau des Handels mit dem Osten einsetzen, folgt: Die Politik des Westens bleibt hinter den Erfordernissen seiner Wirtschaft zurück.



# Der vierte Dialog

Von unseren Sonderkorrespondenten  
Vitali IGNATENKO und Anatoli KOWRIGIN



**Im Rahmen des Internationalen Forums für Kontakte der Friedenskräfte fand in Wien ein Dialog über Abrüstung und Entspannung statt**

Intensiver denn je empfindet sich der Mensch heute als Mitschöpfer der Geschichte. Deshalb wird die Erkenntnis des akutesten Gegenwartsproblems - Schutz des Friedens vor einer nuklearen Apokalypse, Überleben der Menschheit - zum politischen und moralischen Hauptcharakteristikum von Millionen. Erstmals sieht sich die Menschheit als Ganzheit, hat die weltweiten Zusammenhänge ins Auge gefaßt und lernt, allgemeine und partielle Interessen miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Immer deutlicher und schmerzlicher vergegenwärtigen wir uns: Keines der lebenswichtigen Probleme, denen sich die Menschen morgen schon gegenübersehen können, wird erfolgreich gelöst, solange der Frieden nicht gewährleistet ist.

Es gilt, auf jedem Gebiet - in Wirtschaft oder Wissenschaft, Diplomatie oder Kultur - mit doppelter Kraft für die Festigung des Friedens zu kämpfen und ihn nicht einfach als krieglosen Zustand aufzufassen, sondern als ein gerechtes und demokratisches System der internationalen Beziehungen. Die sinnlosen Versuche, das Leben der Menschen den Kernwaffen anzupassen, müssen aufgegeben werden. Es gilt, überhaupt ohne Bombe leben zu lernen.

## Moskau - Wien

All diese Aufgaben, die die Geschichte in den Mittelpunkt stellt, haben auch in Massenbewegungen neue Prozesse ausgelöst. Die reale Gefahr einer nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit aktiviert immer neue Bevölkerungsschichten vieler Länder auf verschiedenen Kontinenten und erhöht die Wirksamkeit des Kampfes um eine kernwaffenfreie Welt. Ein wesentliches Moment dieses Prozesses ist das Streben unterschiedlicher politischer Bewegungen nach dem Dialog, danach, unterschiedliche - übereinstimmende, parallele, alternative - Positionen zu den aktuellen Problemen von Krieg und Frieden zu ergründen.

Dieses Gebot der Zeit fand auf dem Moskauer internationalen Forum „Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit“ maßgebliche und fruchtbare Bestätigung.

Der Dialog über Fragen der Abrüstung und Entspannung in Wien bildete gleichsam eine logische Fortsetzung des

Moskauer Forums. Er verdeutlichte das wachsende Interesse der Öffentlichkeit und politischer Kreise in Westeuropa, den USA und den Entwicklungsstaaten an einer kollektiven, auf objektiver Analyse beruhenden Diskussion über Stand und Aussichten des Kampfes der Friedenskräfte für Abrüstung, Sicherheit und das Überleben der Menschheit.

## Thema Nr. 1

Der diesjährige Winter in Österreich war ungewöhnlich lang und kalt. Frostiges Wetter hielt sich auch noch im März, da der Rasen in den Wiener Parkanlagen sonst schon grün ist und die Bäume neue Blätter zeigen. Die Stadt blieb verschneit, die Seen und selbst die Donaubuchten eisbedeckt. Es heißt, einen solchen Winter habe es seit mehr als 100 Jahren nicht gegeben. Selbstverständlich ein gefundenes Fressen für die weisen Wetterfrösche in Fernsehen und Presse.

Aber nach Artikeln, Fernseh- und Radiokommentaren von Journalisten, Politologen und Militärs aus vielen Ländern zu urteilen, fesselte vor allem der in Michail Gorbatschows Erklärung vom 28. Februar enthaltene Vorschlag über die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen aus Europa die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Erklärung wurde kurz vor dem Wiener Dialog veröffentlicht. An diesem Treffen beteiligten sich Parlamentarier, Parteivorsitzende, Gewerkschafter, Delegierte von Frauen- und Jugendorganisationen, bekannte Vertreter der Öffentlichkeit und Kulturschaffende aus mehr als 60 Ländern. Der sowjetische Vorschlag prägte in hohem Maße den Verlauf der Konferenz. Welches Thema ihre Teilnehmer auch behandeln mochten, letzten Endes mußten sie zugeben, daß er den Weg zur realen Abrüstung eröffnet.

Nelly Maes, Abgeordnete des belgischen Senats, erklärte auf dem Forum: „Das ist ein wahrhaft historischer Schritt. In meiner Heimat, auf belgischem Boden, sind bereits 16 US-Flügelraketen stationiert worden. In diesem Herbst sollen gleich mehrere Dutzend hinzukommen. Ich glaube jedoch, daß es jetzt nicht so weit kommt. Neue US-Raketen gegenwärtig, nach dem sowjetischen Vorschlag, zu stationieren, hieße, gemein und unfair zu handeln!“

Daniel Abodakpis Heimat liegt weit von Europa entfernt. Er kommt aus Ghana. Wie er sagt, könne Michail Gorbatschows Vorschlag der weltweiten Entwicklung eine Richtung verleihen, von der die Menschen aller Kontinente bisher nur zu träumen wagten, und biete einen realen Weg zur Erlösung der Menschheit von der nuklearen Gefahr.

Der Japaner Hiroshi Tachiki vertritt einen ähnlichen Standpunkt: „Wir hoffen, daß der von der UdSSR unternommene Schritt zu einer Vereinbarung die konkrete Gestalt eines Abkommens annehmen wird. Darauf warten nicht nur die Völker Europas, sondern auch die Einwohner der Länder, die in den weiter entfernten Regionen unseres Planeten liegen.“

Yuko Yamaguchi, die vor mehr als 40 Jahren Hiroshima erlebt hatte, sagte: „Ich kann nicht ruhig leben, solange es Kernwaffen gibt. Das kann nicht anders sein, weil ich den ganzen Schrecken und das menschliche Leid jenes Tages noch immer vor mir sehe. Alle wissen, was von unserer blühenden Stadt mit 400 000 Einwohnern nach der amerikanischen Atombombe übrigblieb. Unter den Opfern waren auch meine Eltern. Ich will dafür kämpfen, einmal an ihrem Grab sagen zu dürfen: Alle Kernwaffen auf der Erde sind vernichtet!“

## Das Vorankommen beschleunigen

Die Teilnehmer des Treffens erkannten den engen Zusammenhang zwischen den Problemen der Welt. Wie die Arbeit in vier Kommissionen zeigte, sind sich die Gruppen und Organisationen der Antikriegsbewegung, wie unterschiedlich sie an einzelne komplizierte Fragen der heutigen Welt auch herangehen mögen, darin einig, daß die dringlichsten Gebote heißen: Befreiung der Welt von Kernwaffen, Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums, Einstellung neuer Nuklearexplosionen.

Die Teilnehmer des Dialogs verwiesen darauf, daß das Vorankommen zu einer kernwaffenfreien Welt heute beschleunigt werden muß. Auf Seminaren kamen entsprechende Vorschläge zur Erörterung. So wurde vorgeschlagen, den Kampf der Friedenskräfte für das Einfrieren der strategischen und konventionellen Waffen, für die Schaffung kernwaffen-



und C-Waffen-freier Zonen zu verstärken.

Die Diskussionen trugen viel dazu bei, die Haltlosigkeit der Doktrin der „nuklearen Abschreckung“ aufzuzeigen. Vertreter verschiedener Länder betonten, daß die militaristischen Kreise des Westens mit dieser Doktrin ihre Anstrengungen maskieren wollen, die militärische Überlegenheit zu erlangen. Wie der Vertreter der bundesdeutschen Öffentlichkeit Lorenz Knorr sagte, basiere diese Konzeption selbst auf einer provokatorischen, verlogenen militärpolitischen Doktrin, der zufolge die Gefahr angeblich von der UdSSR ausgehe und die „nukleare Abschreckung“ den USA und ihren NATO-Verbündeten die Sicherheit garantiere. Dabei hätten selbst maßgebliche amerikanische Experten, darunter Ex-Verteidigungsminister Robert McNamara, diese Doktrin anhand konkreter Angaben widerlegt.

Bemerkenswerte Veränderungen treten auch in den Stimmungen der Teilnehmer des Dialogs, der zum 4. Male durchgeführt wird, ein. Es besteht ein ständiger Teilnehmerkern, aber jetzt schalten sich neue Kräfte und Bewegungen in den Dialog ein. Man sieht, wie polemisch zugespitzt, vor allem aber gegenständlich und zielbewußt solche Treffen werden. Bei vielen Politikern, die sich an den Wiener Dialogen beteiligen, merkt man den Willen, das Verhalten der eigenen Regierungen und Staaten zu beeinflussen und mit den Gegebenheiten des Nuklearzeitalters in Einklang zu bringen. Es ist überaus wichtig, den Menschen die Eindeutigkeit der Alternative klarzumachen. Entweder geht das Wettrüsten, das Gründe und Anlässe zu Konflikten und die Gefährlichkeit der Konfrontation steigert, mit all seinen katastrophalen Folgen weiter. Oder die Länder schließen sich zusammen und stellen die Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Zukunft über die heutigen Anmaßungen und eigennützigen Interessen. Dann könnte man das enorme wissenschaftlich-technische Potential der ganzen Welt ausgiebiger verwenden.

„Gedanken an einen Krieg entstehen in den Köpfen von Menschen, deshalb ist der Gedanke an den Schutz des Friedens im Bewußtsein der Menschen zu verankern.“ So heißt es in der Verfassung der UNESCO. Die Teilnehmer des Dialogs versprochen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit sich die Idee der nuklearen Abrüstung im Bewußtsein der Menschen durchsetzt. Nicht zuletzt deshalb wurde eine Erklärung, die die Vertreter der verschieden orientierten politischen und öffentlichen Organisationen und Bewegungen aus Belgien, der BRD, der CSSR, der DDR, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, der UdSSR und den USA vorbereitet hatten, einmütig angenommen.

In der Erklärung heißt es u. a.:

„Die Völker der Welt haben allein in den letzten Jahren nicht wenig Momente einer bitteren Enttäuschung erlebt, da

viele vernünftige Gedanken, Vorschläge und einseitige Abrüstungsmaßnahmen entweder abgelehnt oder unbeantwortet gelassen wurden. Deshalb fordern wir sämtliche Antikriegsbewegungen und Organisationen auf, alles daranzusetzen, um diesmal positive Resultate zu erzielen.“

Unsere erste Forderung heißt heute: ein Moratorium für die weitere Erhöhung der Arsenale dieser Waffentypen zu erklären, um uns möglichst bald von ihnen zu befreien.

Die Beseitigung der Mittelstreckenraketen kann definitiv die Erzielung anderer Abkommen - über den Nuklearteststopp, die Einschränkung strategischer Rüstungen, die Abschaffung der Star-Wars-Programme, das Verbot chemischer und die Reduzierung der konventionellen Waffen - fördern.

Es besteht eine reale Möglichkeit, die Welt von Massenvernichtungswaffen zu erlösen.

Dafür werden wir weiter kämpfen!“

## Abrüstung und Entwicklung

Dieses Thema wurde wohl am intensivsten erörtert. Sachkundig und gründlich wurden Probleme nicht nur der wirtschaftlichen Aspekte des Wettrüstens analysiert und Fakten genannt, die im Grunde eine Anklage gegen das kapitalistische System und die Raubpolitik des Imperialismus sind.

Wie auf dem Treffen konstatiert wurde, besteht ein Zusammenhang zwischen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und dem Provozieren regionaler Konflikte und der Einmischung der Neokolonialisten in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer.

Es sei an der Zeit, hoben die Teilnehmer des Dialogs hervor, den Zentren der Wirtschaftsmacht das Monopol auf Wahrheit, Zivilisation und Universalität abzusprechen. Eine Zei lang habe die Meinung bestanden, daß die

industrielle Entwicklung nach europäischem oder nordamerikanischem Muster an sich überall zur Verbesserung des Lebens führen werde und daß dazu jedes Volk nur ein gegebenes Entwicklungsmodell nachzuahmen habe. Dem sei nicht so.

In Wien wurde von besorgniserregenden Tendenzen gesprochen, z. B. von rascher Erhöhung des Anteils der Entwicklungsländer an den Militärausgaben der Welt. Für die Entwicklungsländer mit ihrer Rückständigkeit, Armut und dem Hunger von Hunderten Millionen, mit ihrem Mangel an materiellen und finanziellen Ressourcen bedeutet selbst ein Prozent der globalen Militärausgaben etwas ganz anderes als für die hochentwickelten Staaten. Zudem stehen Entwicklung und Abrüstung in engem Zusammenhang. Deshalb muß die Abrüstung Anliegen der gesamten Menschheit sein, und kein einziges Volk darf bei der Lösung dieses Problems untätig bleiben.

Und noch etwas. Von der Verhinderung eines Kernwaffenkrieges hängt unmittelbar die Lösung anderer aktueller globaler Probleme ab: des Ernährungs-, des Energie-, des Umweltproblems und anderer, die die Lebensinteressen aller Länder und Völker betreffen und die nur in gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten gelöst werden können.

Auf Plenarsitzungen und bilateralen Seminaren wurden Erfahrungen bei Antikriegsaktivitäten ausgetauscht und Vorschläge für neue konkrete Aktivitäten formuliert. Hierbei hoben die Teilnehmer die Notwendigkeit hervor, ständig nach Bereichen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Antikriegsbewegungen zu suchen sowie solche Dialoge fortzuführen und zu erweitern, damit Einvernehmen über immer umfassendere und wirksamere Schritte hergestellt wird. Wien, im März

## Lebend ist er uns lieber



„Herr Präsident, retten Sie Charles Hyder! Verzichten Sie auf SDI. Schließen Sie sich dem Programm der weltweiten nuklearen Abrüstung an. Die Menschheit

erwartet vernünftige Entscheidungen von Ihnen.“

Nikitin aus Swerdlowsk, Aksjonow aus Woronesh, Borissowa aus Moskau... Tausende Unterschriften unter diesem Solidaritätsappell für den amerikanischen Astrophysiker Charles Hyder, der vor Monaten in einen Hungerstreik gegen die Politik der US-Administration getreten war. „Wir wünschen Charles Hyder Kraft und Mut“, schreibt Swetlana Semjonowa aus Moskau, „aber lebend, als Kämpfer für den Frieden, wäre er uns lieber.“

Immer mehr Menschen treten an einen Tisch auf dem Gehweg vor dem Haus des Sowjetischen Friedenskomitees, wo Unterschriften zur Unterstützung des amerikanischen Wissenschaftlers gesammelt werden.

Foto: W. Krasnopjorow

„NEUE ZEIT“ 13.87



## NORDEUROPA

Ist das Eis  
gebrochen?

○ DIE IDEE EINER KERNWAFFENFREIEN ZONE IN NORDEUROPA GEHT AUS DEM THEORETISCHEN STADIUM IN DIE POLITISCHE PRAXIS OBER

Das in dieser Region gegründete interparlamentarische Komitee hat eine ad-hoc-Studie vorbereitet. Darin sind thesenhaft die Grundbestimmungen eines Vertrages über den kernwaffenfreien Status des Nordens dargelegt. Erstmals konnte eine gemeinsame Plattform für konkrete spätere Schritte von Parlamenten und Regierungen der interessierten Länder ausgearbeitet werden. Der Entwurf des 10-Punkte-Vertrages wurde bisher den in den nordeuropäischen Parlamenten vertretenen Parteien zugeleitet.

Wie es im Dokument heißt, muß die Zone den ganzen Norden umfassen: Dänemark, Island, Norwegen, Finnland und Schweden. Auch die nationalen Hoheitsgewässer gehören zum Wirkungsbereich des künftigen Vertrages, obwohl die Möglichkeit einer friedlichen Durchfahrt von Kriegsschiffen mit Kernwaffen an Bord durch diese Gewässer bestehen bleibt. Aber solche Schiffe dürfen keine Häfen anlaufen und keine Binnenseeflächen (Fjorde, Schären, Buchten) benutzen. Der Luftraum der Mitgliedsstaaten wird für Flugzeuge mit Atombomben und Raketen gesperrt. Das zieht natürlich auch das Verbot nach sich, die nationalen Flugplätze anzufliegen. Vorgesehen ist, Sonderregeln für Luftschneisen und den Empfang notleitender Flugzeuge auszuarbeiten.

Für Dänemark, Island und Norwegen würde der Vertrag die Aufgabe der atomaren NATO-Strategie bedeuten. Die Vertragsteilnehmer sollen sich nämlich verpflichten, ihre Streitkräfte nicht in der Anwendung von Kernwaffen zu



Man redet von den sieben Weltwundern. Unseres, das achte, wird bestimmt auch das letzte sein!

Zeichnung: W. Arsenjew

unterweisen, den Transport solcher Waffen über ihr Territorium nicht zu erlauben und die Anlegung von atomaren Militärobjekten auf ihrem Territorium zu unterbinden. Im Unterschied von der heutigen Lage müßten diese drei Staaten das Verbot für den Import atomarer Munition in jeder Form auch auf Kriegszeiten ausdehnen. Dänemark und

Norwegen würden ihre Abkommen mit den USA und der NATO, denen zufolge amerikanische „Unterstützungskräfte“ in Krisensituationen nach Dänemark und Norwegen entsandt werden sollen, abändern müssen.

Wie es im Entwurf heißt, „müssen die Kernwaffenmächte sich verpflichten, den Status der Zone nicht zu

gefährden und nicht zu unterminieren sowie keine Kernwaffen gegen Ziele innerhalb dieser Zone einzusetzen“. Es wird vorgeschlagen, daß die Zone durch die Organisation des Warschauer Vertrages und die NATO in einem speziellen Abkommen anerkannt wird. Bemerkenswert ist, daß die Parlamentarier die Forderung der



Rechtskräfte ablehnten, Dänemark, Island und Norwegen sollten sich bei der NATO die Erlaubnis selbst zur Teilnahme an der atomaren Entwaffnung des Nordens holen.

Einige umstrittene Fragen sind in dem Dokument, das das Komitee verschickt hat, recht allgemein gehalten, was spätere Diskussionen und politisches Manöver ermöglicht. So wird der Wunsch ausgesprochen, daß kernwaffenbestückte Schiffe aus der Ostsee abgezogen und die Atomwaffen in den küstennahen Seestreifen und Gebieten anderer Länder „verdünnt“ werden. Aber nach dem Gedanken der Urheber des Entwurfs müssen diese Probleme bei Verhandlungen mit den Kernwaffenmächten gelöst werden. Offenbar wird es auch in diesen Punkten zu Komplikationen mit den USA und der NATO kommen, denn beide halten zur Doktrin der nuklearen Eindämmung in Europa fest. In Praxis bedeutet sie, daß in den an Dänemark anstoßenden Gebieten der BRD und den Nordeuropa bespülenden Meeren immer mehr Atomwaffen stationiert werden. Sowjetischerseits werden in diesem Punkt keine Einwände erhoben, weil auf hoher Ebene schon wiederholt die Bereitschaft bezeugt wurde, entsprechende Schritte sowohl in bezug auf die Ostsee als auch in den Grenzgebieten der UdSSR zu unternehmen. Die UdSSR hat schon eine große Menge von Mittelstreckenraketen demontiert und beträchtliche Nuklearsysteme von geringer Reichweite von der Halbinsel Kola und aus dem Baltikum abgezogen.

In der Studie des Ausschusses ist die Notwendigkeit von Kontrollmaßnahmen vorgesehen. Dazu soll ein nordeuropäischer Mechanismus geschaffen und eventuell die IAEA herangezogen werden. Wie es heißt, ist die Schaffung der Zone gemeinsames Anliegen der dortigen Staaten, weshalb die Realisierung dieser Initiative voraussetzt, daß die Prinzipien eines kernwaffenfreien Nordens von den Parlamenten aller Teilnehmerländer gebilligt werden. In

diesem Zusammenhang ist zu erwarten, daß die Gegner der Zone ihre politischen Positionen benutzen werden, um die Verwirklichung von U. Kekkonens Idee zu erschweren. Aber die Tatsache, daß eine konkrete Grundlage für die praktische Arbeit an der „Entatomisierung“ Nordeuropas besteht, zeigt, daß Veränderungen im Anzug sind. Wenn ein Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen aus Europa erzielt wird, wird sich die Bewegung in guter Richtung offenbar beschleunigen.

A. POLUCHOW

## AFGHANISTAN

### Neujahrshoffnungen

● AM 21. MÄRZ BEGANN IN AFGHANISTAN DAS NEUE JAHR DES ISLAMISCHEN SONNENKALENDERS, DAS JAHR 1366. ES STEHT IM ZEICHEN DER VON DER D R A - R E G I E R U N G VERKÜNDETEN POLITIK DER NATIONALEN VERSÖHNUNG.

Wie Najib in einem Interview für das sowjetische Fernsehen erklärte, „fand noch keine einzige Lösung der regierenden Demokratischen Volkspartei Afghanistans im Volk eine so große Unterstützung“. Über 400 regierungsfeindliche Gruppierungen in einer Gesamtstärke von etwa 10 000 Mann haben den bewaffneten Kampf aufgegeben. Viele Gruppierungen verhandeln mit der DRA-Regierung über die Versöhnung.

Die afghanischen Behörden helfen den Heimkehrern mit Geld, Kleidung und Lebensmitteln, gewähren ihnen zahlreiche Vergünstigungen, z. B. den Aufschub der Einberufung zur Armee. Die gestrigen Flüchtlinge schalten sich aktiv ins gesellschaftliche Leben ein: Ihre Vertreter sind bereits in viele örtliche Außerordentliche Kommissionen für nationale Versöhnung und in örtliche Machtorgane gewählt. Die Regierung forderte die internationalen Or-

ganisationen, die sich mit den Problemen der Flüchtlinge beschäftigen, auf, Vertreter nach Afghanistan zu entsenden, damit sie die Entwicklung an Ort und Stelle in Augenschein nehmen.

Extremisten lassen von ihren Versuchen nicht ab, die von der DRA-Regierung am 15. Januar einseitig verkündete Feuereinstellung zu torpedieren, sie überfielen Ortschaften, Betriebe, Kfz-Kolonnen mit zivilen Frachten. In solchen Fällen muß die afghanische Armee, wie die Regierung gleich erklärte, das Gegenfeuer eröffnen. Die meisten

Afghanistan besprochen, darunter der Termin der Abberufung der sowjetischen Truppen. Um die Verhandlungen schon auf dieser Runde abzuschließen, brachte die afghanische Delegation Kompromißvorschläge ein. Auf diese Weise konnten die Positionen der Seiten einander etwas angenähert werden. Es gelang jedoch nicht, ein Abkommen zu schließen, weil Pakistan keine genügende Flexibilität und Kompromißbereitschaft zeigte. Allem Anschein nach besand jedoch die Möglichkeit einer endgültigen Vereinbarung.



Ehemalige Angehörige der bewaffneten Gruppen bei ihrer Ankunft in Kabul. In den ersten 70 Tagen nach Verkündung der nationalen Versöhnung kehrten 35 000 Afghanen heim.

Foto: TASS

solcher Zwischenfälle geschehen in den östlichen und südöstlichen Provinzen des Landes, in der Nähe der pakistanischen Grenze, wo die militärische und politische Situation schon immer besonders schwierig war. In den wirtschaftlich am höchsten entwickelten nördlichen Provinzen halten bewaffnete regierungsfeindliche Gruppierungen die Feuereinstellung häufiger ein.

Die Entwicklung der nationalen Versöhnung schafft objektiv eine Grundlage für Fortschritte bei den afghanisch-pakistanischen Verhandlungen in Genf, die über Diego Cordovez, den persönlichen Beauftragten des UNO-Generalsekretärs, geführt werden. Mitte März kam die 7. Runde dieser Verhandlungen zum Abschluß. Dort wurden noch offene Probleme der politischen Regelung um

Offenbar wirkte sich der Druck aus, den die US-Administration am Vorabend und im Verlauf der Verhandlungen auf Pakistan ausgeübt hatte. Die Exponenten der antiafghanischen Lobby im US-Kongreß drohten z. B. offen mit der Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe für Pakistan, falls dieses von seiner früheren „harten“ Position bei den Genfer Verhandlungen abrückte.

Vom unverkennbaren Wunsch Washingtons, die Spannungen um Afghanistan weiterhin anzuheizen, zeugen auch die jüngsten Beschlüsse, in diesem Jahr die Hilfe für die regierungsfeindlichen bewaffneten Einheiten auf 630 Mio Dollar zu erhöhen und ihnen zusätzlich 300 Fla-Raketen „Stinger“ zu liefern. Alles spricht dafür, daß in der Haltung der USA zu Afghanistan kaum Veränderungen zu erwarten sind. Dennoch ist



zu berücksichtigen, daß innerhalb der US-Administration über diese Frage schon seit langem gestritten wird. Rowland Evans und Robert Novak von der „Washington Post“ schrieben vor kurzem sogar von einem „Konflikt“ zwischen Pentagon und State Department darüber, wie man sich zu dem Vorschlag Kabuls über eine Koalitionsregierung der nationalen Einheit zu verhalten habe, welche Termine für die Rückkehr der sowjetischen Truppen aus Afghanistan als annehmbar anzusehen seien und ob man die US-Hilfe für die regierungsfeindlichen Kräfte in Afghanistan in Zukunft nicht besser kürze. Neben den heute triumphierenden Anhängern eines „harten“ Kurses gegenüber Afghanistan gibt es offenbar selbst in Washington auch gemäßigte Politiker, die eine politische Regelung nicht ausschließen. Ob sie morgen die Oberhand gewinnen, wird die Zukunft zeigen.

Entscheidend ist in jedem Fall, wie sich die nationale Versöhnung in Afghanistan weiterentwickelt.

J. KISSELOW

## TÜRKEI--USA

### Gefährliches Abkommen

● DIE TÜRKISCHE REGIERUNG VERLÄNGERTE DAS ABKOMMEN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN VERTEIDIGUNG UND WIRTSCHAFT MIT DEN USA BIS ZUM 18. DEZEMBER 1990

Die entsprechenden amerikanisch-türkischen Gespräche dauerten fast anderthalb Jahre. Alle Oppositionsparteien traten gegen die Verlängerung auf. Im türkischen Parlament wurde die Regierung wegen dieses Beschlusses heftig kritisiert.

Die amerikanische militärische Präsenz in der Türkei ist gerade 40 Jahre alt. Hier bestehen gegenwärtig 60 US-Militärobjekte, darunter Fliegerstützpunkte und elektronikgespickte Lauchposten, um die UdSSR

auszuspionieren. Hier sind etwa 5000 US-Militärangehörige eingesetzt. Schon befinden sich amerikanische Kernwaffen auch auf türkischem Boden. Gegenwärtig werden nukleare Gefechtsköpfe für die Honest-John-Raketen montiert, diese sollen aber bald durch Pershing 1 und Lance 2 ersetzt werden.

Von den US-Stützpunkten wird nicht nur Spionage gegen die Nachbarländer betrieben. Sie können bei einer militärischen Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Länder des Nahen und Mittleren Ostens auch als Brückenkopf dienen. Deshalb betonen amtliche türkische Sprecher im Zusammenhang mit dem neuen Abkommen immer wieder, die Stützpunkte würden unter dem Kommando türkischer Offiziere stehen, ihre Benutzung „außerhalb des NATO-Bereiches“ werde nicht erlaubt sein. Die vergangenen Jahre zeigen jedoch, daß die nationale Kontrolle in diesem Fall eine reine Formsache ist.

Besonders beunruhigt aber fühlte sich das Land, als Ankara bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens Washington mehrere Zugeständnisse machte. Ex-Verteidigungsminister H. Esat Isik erklärte vor wenigen Tagen, die heutigen Beziehungen zwischen den USA und der Türkei seien „wie die zwischen einem Kommandeur und seinem Soldaten“. Ex-Premierminister Ecevit nannte das neue Abkommen einen „Kompromiß, der die Stabilität noch mehr verringert und die Abhängigkeit der Türkei von den USA vergrößert“.

Früher waren die US-Militärobjekte häufig direkt oder indirekt in Washingtons Abenteuer eingespannt. Je mehr von der Iran-Affäre bekannt wird, desto mehr hört man davon, daß die USA ihre Militärstützpunkte auch bei den Waffenlieferungen nach Iran benutzten. So teilte die „Newsweek“ mit: „Es ist möglich, daß die amerikanischen Waffen für Iran von Depots auf türkischem Boden aus geliefert wurden.“

J. LEBEDEV

## ATLANTIK

### Kameradschaft auf See

● DIE BESATZUNG DES SOWJETISCHEN FRACHTERS „KOMSOMOLZE KIRGISIENS“ IST NACH IHRER ODYSSEE IM ATLANTIK WIEDER ZU HAUSE AN LAND...

Der ungleiche Kampf zwischen Schiff und entfesselten Elementen endete tragisch für den Frachter. Er sank 220 Meilen vor der östlichen USA-Küste. Die Besatzung wurde von Hubschraubern des US-Rettungsdienstes geborgen.

„das Wetter war abscheulich, Windböen, die Hubschrauber mußten auf weite Distanz operieren, und die Piloten haben ihr Letztes gegeben, um unsere Mannschaft zu retten. Ihren Mut und ihr Können schätzten wir sehr hoch ein. Ähnlich äußerten wir uns drei Tage später auch Präsident Reagan gegenüber, als er die Retter auszeichnete. Bei diesem Festakt, der den Geist der Zusammenarbeit atmete, wie sie in extremen Situationen zutage tritt, sprachen auch wir davon, daß wir notwendigerweise in Frieden leben müssen. Wir hatten alle den gleichen Gedanken: Zusammen können wir viel erreichen...“

N. DOMBKOWSKI

\*\*\*

Das Marineministerium der UdSSR hatte der Meldung über diesen Vorfall im Atlantik die Kopie eines Briefes beige-



Endlich wieder fester Heimatboden unter den Füßen. Die Besatzungsmitglieder der „Komsomolze Kirgisiens“, die Büfeteuse Tatjana Bulkina, Diensthabende Marina Schatalowa, Erster Offizier Valentin Kotelnikow und Kapitän Wladimir Churaschow.

Foto: E. Shigailow

Kapitän Churaschows letzte Eintragung ins Bordbuch: „14. März. 13 Uhr 45 Minuten Bordzeit. Der 3. Rettungshubschrauber war da. Hat die letzten sechs Personen aufgenommen. Ich gehe von Bord...“

„Wir sind den Amerikanern sehr dankbar“, sagt der Erste Offizier Valentin Kotelnikow,

legt, den es in den letzten Tagen erhalten hatte. Darin dankt Franklin Carson, Präsident der Carson Geoscience Company der Besatzung der „Wolodarsk“, einem Schiff der Baltischen Seereederei, die zwei amerikanische Piloten dieser Gesellschaft nach einer Havarie in der Karibik gerettet hatte.



BRD

## Der Rücktritt

● WILLY BRANDT VOM POSTEN DES SPD-VORSITZENDEN ZURÜCKGETRETEN.

Am Montag dem 23. März trat der SPD-Vorstand in Bonn zusammen. Es wurde über einen Konflikt beraten, der im Zusammenhang mit einem Vorschlag des Parteivorsitzenden Brandt auftrat, als dieser die 30jährige Margarita Matio-poulos, die Tochter eines griechischen Journalisten und Diplomaten, der lange freundschaftliche Beziehungen zu Brandt unterhalten hatte, als Vorsitzende der Presseabteilung ins Gespräch gebracht hatte. Sie ist weder Mitglied der SPD noch Bundesbürgerin. Brandts Kritiker sind der

Meinung, daß sich auch in den Reihen der SPD ein würdiger Kandidat gefunden hätte. Die Meinungsverschiedenheiten über diese relativ geringfügige organisatorische Frage führten zu einer erbitterten Diskussion über Brandts Favoriten für den Posten des Parteivorsitzenden und natürlich auch über den künftigen politischen Kurs der Partei. Brandt hatte ursprünglich vor, auf dem nächsten ordentlichen Parteitag 1988 in den Ruhestand zu treten.

Der Konflikt um die Kandidatur für den Vorsitzenden der Presseabteilung beschleunigte den Ablösungsprozeß. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau sagte Journalisten gegenüber, daß Brandt erklärt habe, er wolle die parteischädigende Diskussion beenden und stelle deshalb seinen Posten zur Disposition. Der Vorstand war mit Brandts Vorschlag einverstanden, im Juni d. J. einen

außerordentlichen Parteitag einzuberufen, auf dem die neue Parteiführung gewählt werden soll. Für das Amt des Parteivorsitzenden schlug der Parteivorstand den jetzigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und Stellvertreter Brandts Hans-Jochen Vogel vor. Stellvertretender Parteivorsitzender soll der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine werden.

Brandts Rücktritt deutet auf eine latente Krise in der Partei, die in den letzten Jahren ihrer Regierungszeit eingesetzt hatte. Die Raketen-„Nachrüstung“ der Regierung Helmut Schmidt und laufende Zugeständnisse an das Großkapital hatten in der Partei und unter ihren Wählern zu großer Unzufriedenheit geführt. 1982 kam es zum Bruch der sozialliberalen Koalition. In letzter Zeit mußte die SPD unter dem Einfluß der Friedensbewegung viele Positionen überprüfen. Es gelang

ihr jedoch nicht, einen scharf umrissenen politischen Kurs zu bestimmen. Die in der politischen Landschaft der BRD neuen „Grünen“, die weit entschlossener als die Sozialdemokraten für Abrüstung und Umweltschutz eintreten, waren für viele Wähler attraktiver.

Der vorgezogene Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden einer so einflußreichen Persönlichkeit wie Willy Brandt, der vorwiegend mit der Spannungspolitik und dem Abschluß von Verträgen zwischen BRD und sozialistischen Ländern zu Anfang der 70er Jahre in einem Atemzug genannt wird, stellt für die SPD ein schweres Problem dar. In diesem Jahr steht den Sozialdemokraten die harte Probe von fünf Länderwahlen bevor. Interner Zank schwächt ihre Position.

A. TOLPEGIN  
NZ-Korrespondent  
Bonn

REPLIK

## Störfall in der Presse

Dem österreichischen „Kurier“ gefiel eine Notiz im slowakischen Emigrantenblatt „Horizont“. Darin hieß es, aus den Blöcken des ersten tschechoslowakischen Kernkraftwerks in Jaslovské Bohunice seien radioaktive Stoffe ausgetreten. Die schweren Folgen der Strahlung für die Gesundheit der dort lebenden Menschen wurden ausgemalt. „Horizont“ und „Kurier“ behaupteten, in der Umgebung von Jaslovské Bohunice würden Kinder mit genetischen Schäden geboren und im Bezirkskrankenhaus täglich fünf Menschen sterben, die bei einer Havarie, zu der es 1976 tatsächlich gekommen war, radioaktiver Strahlung ausgesetzt worden seien.

Wir baten den HAUPTINSPEKTOR der staatlichen Kontrolle der Tschechoslowakischen Atomenergiekommission, Jiri Beranek, diese „Enthüllung“ zu kommentieren. Beranek führt mit österreichischer Seite alle Verhandlungen über das Funktionieren der tschechoslowakischen Atomkraftwerke nahe der österreichischen Grenze.

„Bei der Havarie im KKW Jaslovské Bohunice 1976 traten keine radioaktiven Stoffe aus“, sagte Jiri Beranek. „Ein nichtverstrahltes Brennstoffelement des Reaktors wurde beschädigt, was wir entsprechend den Regeln der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien mitteilten. Behauptungen von einer Strahlengefahr für die Bevölkerung in der Umgebung dieses KKW betrachte ich als gegenstandslos.“

Und das meint der HAUPTSANITÄRARZT der Slowakischen Sozialistischen Republik, Stefan Calpas:

„Daß in der Umgebung von Jaslovské Bohunice genetische Schäden bei Kindern zu beobachten sind, halte ich für dumm, und es zeugt von böser Absicht. Das ist leicht zu überprüfen, braucht man ja nur hierher zu kommen und sich mit hiesigen Kinderärzten zu unterhalten. Übrigens zur Information des 'Kurier': Im Kraftwerk war damals ein anderer Reaktortyp in Betrieb, nicht jener, dessen Foto aus dem 'Horizont' übernommen wurde. Später haben wir

diesen Reaktortyp durch Reaktoren einer neuen Generation ersetzt.

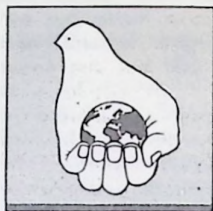
Die CSSR beachtet strikt das Prinzip der offenen Tür in den internationalen Beziehungen und erlaubt allen interessierten Fachleuten, ihre Kernkraftwerke zu besuchen. So studierte im September v. J. der Vorsitzende der US-Nuklearregelungskommission, Admiral Lando Zech, die Arbeit des Kraftwerks. Auf einer Pressekonferenz im IAEA-Hauptsitz in Wien gab er eine hohe Einschätzung sowohl der Zuverlässigkeit der tschechoslowakischen Atomkraftwerke als auch der Fachkompetenz des Personals. Diese Meinung bestätigen auch unsere Nachbarn — österreichische Experten, die regelmäßig tschechoslowakische Kernkraftwerke besuchen, um beiderseitig interessierende Fragen zu erörtern. Der Leiter der österreichischen Expertengruppe Geisler, bewertete in einem Interview für das CSSR-Fernsehen die Sicherheitsvorkehrungen bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie in der Tschechoslowakei positiv.

Bleibt nur zu bedauern, daß gewisse ausländische Massenmedien bei der Behandlung eines so wichtigen internationalen Problems wie der Sicherheit von Kernkraftwerken lieber auf Meldungen der Boulevardpresse hören als auf die qualifizierte Meinung der Fachleute, darunter auch österreichischer.

M. KOCVAROVA

Prag





# IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Ide Oumarou:

## GELD FÜR DIE ENTWICKLUNG, NICHT FÜR WAFFEN

Ide Oumarou ist Generalsekretär der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU)

Ja, ich finde, daß wir unseren Planeten von den Kernwaffen befreien können. Ich bin nicht allein dieser Meinung, vielmehr sind es Tausende Menschen in verschiedenen Ländern, die für eine kernwaffenfreie Welt kämpfen. Denn jetzt, da die Kernwaffenarsenale unausgesetzt wachsen, schwebt die Menschheit in der ständigen Gefahr der globalen Vernichtung.

Damit die Welt wieder kernwaffenfrei wird, müssen die Kernwaffenmächte die größten Anstrengungen unternehmen. Vor allem müssen die UdSSR und die USA, wenigstens auf ein minimales gegenseitiges Vertrauen gestützt, miteinander fruchtbar über die Reduzierung und dann Vernichtung der Kernwaffen verhandeln, einen Kontrollmechanismus ausarbeiten, die Zusammenarbeit anbahnen und zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt beitragen.

Gegenwärtig bestehen mehrere kernwaffenfreie Zonen:

- in Lateinamerika gemäß dem Tlatelolco-Vertrag;
- im Südpazifik gemäß dem Rarotonga-Vertrag, der unlängst in Kraft getreten ist.

Eine Assemblée von Staats- und Regierungschefs der afrikanischen Länder nahm vor wenigen Jahren eine Grundsatzdeklaration über den kernwaffenfreien Status Afrikas an. Doch was Afrika betrifft, besteht leider die sehr ernste Befürchtung, daß das Rassistenregime in der RSA Atomwaffen erzeugt.

Damit alle Völker die Möglichkeit haben, in Frieden zu leben und sich harmonisch zu entwickeln, bedarf es der internationalen Stabilität.

Alle Bedingungen, die für die Herbeiführung einer solchen Situation unerlässlich sind, wären kaum aufzuzählen. Ich will die meiner Meinung nach wichtigsten nennen:

- Die Supermächte und die

Großmächte müssen den politischen Willen an den Tag legen, über die Einschränkung der Militärausgaben, über die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen und die allmähliche selektive Abrüstung zu verhandeln und konstruktive Abkommen zu erzielen.

- Streng die Prinzipien der Gleichheit und Souveränität aller Staaten, der Nichteinmischung und der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu befolgen.

- Eine friedliche Lösung der regionalen

Shafic Jorge Handal:

## OHNE WAFFEN INS DRITTE JAHRTAUSEND

Shafic Jorge Handal ist Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei El Salvadors und Mitglied des Oberkommandos der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“

Nicht nur eine Welt ohne Kernwaffen ist möglich, sondern auch eine Welt ohne konventionelle Rüstungen. Das ist ein uralter Traum der Menschheit. Trotz der Kernkriegsgefahr, die wegen der aggressiven Politik der Reagan-Administration ersten Charakter angenommen hat, empfindet die Menschheit die zunehmende Möglichkeit der Abrüstung, und dies auch im Bereich der konventionellen Waffen. Wir nähern uns dem dritten Jahrtausend mit dieser Perspektive. Mit dieser Hoffnung. Mit dieser Möglichkeit.

Die internationale Stabilität muß auf gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit, auf der Respektierung des Rechts jedes Volkes auf die freie Wahl seines Weges beruhen. Aber ebenso auf wirtschaftlichen und politischen Beziehungen neuer Art, Beziehungen, die allen Völkern unseres Planeten die Entwicklung, Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie sichern würden.

Inzwischen wird eine solche Stabilität von den imperialistischen US-Kreisen auf-

len Konflikte anzustreben, die den Großmächten einen Vorwand zur Einmischung geben könnten.

- Bedingungen zu schaffen, damit sich alle Staaten wirtschaftlich entwickeln können. Armut, Hunger und Elend sind Quellen der Labilität. Eine Kürzung der Militärausgaben würde es ermöglichen, Geld in jenen Zweigen zu investieren, die der Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Menschen dienen müssen. Heute verausgabt die Menschheit ca. eine Billion Dollar im Jahr für die Rüstungen, während Afrika im Zustand einer beispiellosen Wirtschaftskrise steckt. Afrikas Auslandsschulden belaufen sich auf etwa 170 Md. Dollar.

- Schließlich gilt es, das Vertrauen zwischen den Staaten wiederherzustellen und jede Art Zusammenarbeit, gleich ob bi- oder multilateral, zu erweitern.

jede Weise unterminiert. Washington gibt sich Mühe, jede Initiative, die zur Herbeiführung einer ruhigen Atmosphäre auf der Erde beitragen kann, zu unterbinden. Eine seiner Richtungen bei dieser Tätigkeit ist die Schürung regionaler Konflikte. Ein Beispiel dafür ist Mittelamerika. Der US-Imperialismus versucht, die Revolution in Nikaragua abzuwürgen, die revolutionäre Bewegung in El Salvador zu unterdrücken und sein Aufmarschgebiet in Honduras zu festigen. Aber die Pläne, die sandinistische Revolution und die Nationale Befreiungsfront „Farabundo Martí“ zu vernichten, brechen zusammen. Das proamerikanische Regime in El Salvador schwankt unter den Schlägen der Truppen unserer Front. Immer erfolgreicher kämpfen sie gegen die Elitetruppen der Regierungsarmee, die von US-Instrukteuren ausgebildet, ja gedrillt wurden. Der Sieg unseres Volkes wird eine weitere Niederlage des US-Imperialismus sein und zur Herbeiführung der Stabilität in Mittelamerika beitragen.



# Britisch-sowjetische Beziehungen: Gesehen aus London...

Geoffrey HOWE

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Großbritanniens

Ich danke der „Neuen Zeit“ für die Aufforderung, ihren Lesern kurz vor dem Moskau-Besuch der britischen Premierministerin, Frau Margaret Thatcher, einige Gedanken darzulegen. Eine Botschaft an das Volk eines anderen Landes, in der Presse veröffentlicht, kann für die Völker unserer beiden Länder nur von Nutzen sein. Ich hoffe, das wird häufiger vorkommen.

Ich stelle mir den langen Strom der Geschichte vor, die unsere beiden stolzen Länder in Krieg und Frieden verbindet. Im letzten großen Krieg über die arktischen Konvois, als Großbritannien der UdSSR 5000 Panzer und 7000 Flugzeuge als Hilfe für die sowjetischen Soldaten lieferte. Im Frieden über den Handel, der sich jetzt, wie ich mit Befriedigung konstatiere, erweitert, und über unsere gemeinsamen kulturellen Interessen, etwa für Shakespeare und Shaw, Tolstoi und Puschkin (die 150. Wiederkehr von Puschkins Todestag wurde in diesem Jahr auch in Großbritannien begangen).

Der Besuch Frau Thatchers in der UdSSR, der am 28. März beginnt, wird das Gewebe unserer Kontakte um ein neues Muster bereichern. Solche Besuche waren eher selten, denn der letzte offizielle Besuch eines britischen Premierministers fand 1975 statt. Folglich sind die heutigen Möglichkeiten nicht zu versäumen. Was erwarten wir vom diesjährigen Besuch?

Ich erhoffe mir folgendes:

- Unseren Dialog mit der sowjetischen Führung zu erweitern. Die Gespräche Frau Thatchers mit Michail Gorbatschow im Dezember 1984 in London und im März 1985 in Moskau sowie meine Begegnungen mit Eduard Schewardnadse haben eine gute Grundlage für den Ausbau unserer Beziehungen geschaffen.

- Durch unseren Dialog die gegenseitige Verständigung und, wenn möglich, Obereinkünfte in so lebenswichtigen Fragen unserer Zeit anzustreben, wie es die Rüstungskontrolle, regionale und humanitäre Probleme sind.

- Die interessanten Veränderungen in der UdSSR, insbesondere die Bedeutung der Umgestaltung und ihren Einfluß auf

die Außenpolitik; besser zu verstehen.

- Auf dieser Basis unsere bilaterale Zusammenarbeit auf neue Gebiete zu erstrecken und den Menschen, besonders den jungen Menschen unserer beiden Länder Kontakte und ein besseres gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen.

Wir fangen auf einer guten Grundlage an. Seit 1984 unterhalten Großbritannien und die UdSSR häufigere Kontakte. Sehr wichtige Ereignisse waren der Moskau-Besuch einer vom stellvertretenden Premierminister Lord Whitelaw geführten Parlamentsdelegation im Mai v. J. und der Besuch Eduard Schewardnadses in Großbritannien im Juli v. J. Wir unterzeichneten damals Abkommen über die Vorbeugung von Zwischenfällen auf See, über die Beilegung langjähriger gegenseitiger Ansprüche und über eine langfristige Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie. Außerdem erweiterten wir unsere Kooperation in Land- und Energiewirtschaft, um unseren beiden Ländern realen wirtschaftlichen Nutzen zu bringen - z. B. höhere Getreideerträge auf in der UdSSR durch die britische Imperial Chemical Industries betreuten Farmen.

Dieser Besuch bietet eine gute Gelegenheit, die Erörterung der internationalen Angelegenheiten mit der sowjetischen Führung in einem wichtigen Augenblick fortzusetzen. Großbritannien verfolgt aufmerksam die heutigen Veränderungen in der UdSSR. Unser Volk möchte Michail Gorbatschows Ziele und Politik besser verstehen. Zugleich gibt der Besuch der Premierministerin die Möglichkeit, zu studieren, wie unsere beiden Länder die internationale Sicherheit, den Frieden und die Prosperität fördern könnten. Großbritannien hat seinen eigenen, unabhängigen Standpunkt und vertritt ihn als NATO-Land, als wichtige europäische Macht und als Nuklearstaat mit aller damit zusammenhängenden Verantwortung.

Die britische Regierung setzt sich entschieden für eine ausbalancierte und verifizierbare Rüstungskontrolle und die

Abrüstung ein. Unser Ziel ist es, Stabilität und Sicherheit in Europa bei niedrigerem Stand von Rüstungen aufrechtzuerhalten. Bei den Verhandlungen in Genf und Wien und bei den engen Konsultationen mit unseren NATO-Partnern spielen wir unsere eigene Rolle. Wir alle sind, ob in West oder Ost, an maximaler Sicherheit bei geringeren Waffenmengen und geringeren Ausgaben interessiert.

Deshalb begrüßen wir, daß Michail Gorbatschow in seiner Erklärung vom 28. Februar zugibt, daß ein Abkommen über Mittelstreckenraketen für sich, gesondert von den Abkommen über strategische Rüstungen oder Abwehrsysteme, erreicht werden kann und muß. Ein Junktim war hier nutzlos. Wir glauben an einen allmählichen Fortschritt überall, wo er sich erreichen läßt. Wir hoffen, daß sowjetische Vertreter bei den Genfer Verhandlungen Entschlossenheit und Flexibilität an den Tag legen, damit ein baldiges Abkommen über die Mittelstreckenraketen zustande kommt.

Im November v. J. vereinbarten Frau Thatcher und Präsident Reagan in Camp David ein praktisches und realistisches 3-Punkte-Aktionsprogramm zur Rüstungsreduzierung. Das Programm wurde im Dezember von allen NATO-Ländern gutgeheißen:

- ein Abkommen über die intermediären Kernstreitkräfte (INF) unter Einschluß der Kurzstreckensysteme;

- binnen 5 Jahren vorzunehmende 50prozentige Reduzierung der amerikanischen und der sowjetischen strategischen Offensivwaffen;

- weltweites C-Waffen-Verbot.

In allen diesen Fällen ist, wie auch Ihre Regierung sagt, eine effektive Überprüfung notwendig.

Wir freuen uns, daß die UdSSR den Gedanken der NATO an die Liquidierung der Mittelstreckenraketen in Europa akzeptiert hat. Das Abkommen muß auch eine Begrenzung für einige sowjetische Raketen geringerer Reichweite, die von einem solchen Abkommen übergangen werden könnten, und das Recht der USA auf äquivalente Gegensysteme vorsehen. Das Problem der sowjetischen Oberlegenheit bei diesen und anderen Raketen von geringerer Reichweite muß bei späteren Verhandlungen zur Sprache kommen.

Ferner ist zu erörtern, wie die Oberlegenheit des Ostens bei den konventionellen Rüstungen zu überwinden ist, was bei einem Abbau von Kernwaffen besonders wichtig wird. Gemeinsam mit seinen Bündnispartnern schlug Großbritannien im Dezember in der Brüsseler Deklaration vor, über den Stand der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Vertrags in Europa sowie über weitere vertrauens- und sicherheitsfördernde Maßnahmen, die das



Stockholmer Abkommen stärken, zu verhandeln. In Wien begann eine Eröffnungsdiskussion. Zugleich wollen wir keinen rein symbolischen, sondern einen wesentlichen Ausgang der Wiener Verhandlungen über die gegenseitige und ausbalancierte Reduzierung der Streitkräfte (in Mitteleuropa - D. Red.).

Die Rüstungskontrolle ist nicht das einzige wichtige Problem zwischen Ost und West. Es gilt, regionale Spannungsherde zu beseitigen. An erster Stelle steht die andauernde sowjetische Okkupation Afghanistans, wobei die Gesamtstärke der sowjetischen Truppen über 100 000 Mann beträgt. Das ist ein harter Schlag gegen das Vertrauen zwischen Ost und West. Vor einem Jahr nannte Michail Gorbatschow Afghanistan eine „blutende Wunde“. Wiederholt sprach er von dem Wunsch der UdSSR, ihre Truppen abziehen, und vom Streben nach einer politischen Regelung. Jetzt muß gehandelt werden. Von Jahr zu Jahr forderte die Weltöffentlichkeit in ihrer überwiegenden Mehrheit zum Abzug aller sowjetischen Truppen und dazu auf, daß Afghanistan erneut seine Stellung als unabhängiger, paktfreier Staat einnimmt. Wir fordern die sowjetische Führung auf, jetzt die Staatsweisheit, wie sie für die Lösung dieses tragischen Problems nötig ist, zu zeigen.

Wir müssen danach streben, daß unsere beiden Länder einander auf sozialem, kulturellem und politischem Gebiet verstehen, und dies auf allen Ebenen. Deshalb begrüßen wir Schritte wie die Veröffentlichung dieses Artikels

und den jüngsten Beschluß der Sowjetregierung, die russischsprachigen BBC-Sendungen nicht mehr zu stören. Wir möchten einen umfassenderen Informationsaustausch zwischen unseren Ländern über Fernsehen, Funk und Presse. Die „Prawda“ und die Moskauer „Neue Zeit“ werden in Großbritannien frei vertrieben, britische Zeitungen dagegen sind in der UdSSR nicht ohne weiteres zu kaufen. Es wäre am besten, wenn möglichst viele Menschen reisen und alles mit eigenen Augen sehen könnten. Toleranz gegenüber dem anderen Standpunkt ist ein Hauptkriterium einer reifen und selbstbewußten Gesellschaft.

Die Wiener Konferenz über die KSZE-Ergebnisse erörtere wieder einmal, wie die 35 Teilnehmerstaaten ihre Verpflichtungen aus der Helsinki-Schlußakte von 1975 erfüllen. Diese Verpflichtungen betreffen die Gedanken-, Gewissens-, Glaubens- und Überzeugungsfreiheit, die Freizügigkeit, freie zwischenmenschliche Kontakte, die Zusammenführung von Familien, den freien Informationsvertrieb u.a.m. Es ist kein Geheimnis, daß wir und unsere westlichen Partner der Meinung sind: Die Sowjetunion und andere Länder müssen noch einen weiten Weg zurücklegen, bevor von ihnen gesagt werden kann, sie kämen diesen Verpflichtungen nach. Wir begrüßen den gegenwärtigen Fortschritt zu einer größeren Offenheit und die Entlassung einer Reihe von verhaftet gewesenen Dissidenten. Wir hoffen auf weitere Schritte in Richtung auf das von Michail Gorbatschow gesetzte Ziel: „freie Arbeit

und freies Denken in einem freien Land“. Vor allem möchten wir, daß die Wiener KSZE-Konferenz jenen Völkern, die an diesem Prozeß interessiert sind, greifbaren Nutzen bringt.

Abschließend noch etwas Relevantes: Wir wollen, daß sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der UdSSR entwickelt und das Ziel, das Michail Gorbatschow im Dezember 1984 setzte (den britisch-sowjetischen Handel um 40–50 Prozent zu erhöhen), erreicht wird. Während ihres Besuchs wird Frau Thatcher die neuen Räume der Britisch-Sowjetischen Handelskammer in Moskau einweihen. Britische Firmen sind bereit, mit der UdSSR zusammenzuarbeiten. Wir hoffen, daß Veränderungen im sowjetischen System des Außenhandels ihnen dabei entgegenkommen.

Wie wir hoffen, wird der Besuch Frau Thatchers das Vertrauen zwischen Ost und West fördern und so unseren Kindern und Enkelkindern eine sicherere und bessere Zukunft gewährleisten. Die Zukunft einer Welt, in der es weniger Waffen gibt; einer Welt mit einer umfassenderen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft, mit erweiterten Austausch und Kontakten in Kultur, Information und einfach zwischen den Menschen. Kurzum, eine Zukunft, in der Ost und West, die UdSSR und Großbritannien einander nicht mehr als Bedrohung empfinden, sondern vielmehr zur Lösung gemeinsamer Probleme zusammenarbeiten werden.

## ...und aus Moskau

Gennadi GERASSIMOW

Moskau rüstet mit gebührender Hochachtung und der traditionellen Gastlichkeit zum Besuch der britischen Premierministerin.

Das ist seit 12 Jahren der erste Besuch eines britischen Regierungsoberhauptes in der UdSSR. Wir betrachten ihn als eine gute Möglichkeit, unseren Beziehungen, dem politischen Dialog und unserem Zusammenwirken in internationalen Angelegenheiten ein neues Format zu geben. An den Besuch Frau Thatchers knüpfen wir die Hoffnung auf einen merklichen Schritt auf die Zusammenarbeit zu, über deren Konturen sich Michail Gorbatschow und Frau Thatcher im Dezember 1984 im großen und ganzen geeinigt haben.

Erweiterung des Dialogs zu besserer gegenseitiger Verständigung, von welcher G. Howe schreibt, ist auch unser Ziel. Wir begrüßen deshalb den von Herrn Howe geäußerten Wunsch, „die

interessanten Veränderungen in der UdSSR besser zu verstehen“, zumal eine solche Wißbegier auch praktische Folgen - mehr Zusammenarbeit, Kontakte und Kenntnisse - haben kann.

In Moskau geht man davon aus, daß der Dialog zwischen den Spitzenpolitikern unserer Länder, in dessen Mittelpunkt objektiv die akutesten Gegenwartsprobleme rücken, außerordentlich wichtig ist. Am energischsten angepackt werden muß die Aufgabe, zu verhindern, daß das Wettrüsten in den Weltraum getragen wird, den Stand der strategischen nuklearen Konfrontation wesentlich zu senken und die Befreiung Europas von Kernwaffen anzustreben. Somit geht der bevorstehende Besuch über den Rahmen der rein bilateralen Beziehungen hinaus. Leider hat Herr Howe in seinem Artikel nichts zum Thema Wettrüsten im Weltraum geäußert.

Es wird zweifellos von Interesse sein,

Frau Thatchers Argumente gegen die Idee einer kernwaffenfreien Welt zu hören. Wie man weiß, unterstützen der US-Präsident und Michail Gorbatschow diese Idee, aber sozusagen jeder für sich. Dabei wurde sie beim Gipfel in Reykjavik von ihnen gemeinsam vertreten. Leider berührt G. Howe das überaus wichtige Thema einer kernwaffenfreien Welt ebensowenig wie das Thema eines kernwaffenfreien Europa. Das ist um so betrüblicher, als die Redaktion der „Neuen Zeit“, wie man mir sagte, ihn seinerzeit bat, seine Gedanken gerade zur Möglichkeit einer kernwaffenfreien Welt darzulegen, wie das viele Teilnehmer der von der NZ durchgeführten internationalen Umfrage getan haben. Aber...

Was das Thema Mittelstreckenraketen betrifft, so hieß es in der britischen Presse, Frau Thatcher wolle in Moskau vorschlagen, das Paket von Reykjavik „aufzuschnüren“ und die Liquidierung der Mittelstreckenraketen in Europa gesondert zu behandeln. Der sowjetische politische Beschluß kam hier Frau Thatcher zuvor. Ebenfalls nach der britischen Presse zu urteilen, wird die Premierministerin jetzt aufgefordert, ein



anderes Paket „zu schnüren“, d. h. die Liquidierung der Mittelstreckenraketen an die sowjetischen Kurzstreckenraketen und die konventionellen Rüstungen zu knüpfen.

Howe zufolge sei die UdSSR in beiden Bereichen „überlegen“. Dies ist recht strittig. In bezug auf die Raketen müßte man, damit das Bild vollständig ist, das in Betracht ziehen, was der Westen an Vergleichbarem besitzt. Rein arithmetisch gesehen, kann es bei einzelnen analogen Waffen ein Überwiegen nach der einen oder anderen Seite geben, aber insgesamt hat der Osten in Europa keine offensichtliche Überlegenheit über den Westen. Die Verfasser eines neuen Jahrbuches über die militärische Balance in Europa vom Londoner Internationalen Institut für strategische Forschungen z. B. ziehen den Schluß, daß gegenwärtig keine der Seiten einen erfolgreichen Angriff in Europa eröffnen könnte. Genügt das denn nicht, um zu verstehen, daß ein Angriff des Ostens auf den Westen unwahrscheinlich ist?

Es ist ungemein rührend, wenn der britische Minister seiner Hoffnung Ausdruck gibt, daß „die sowjetischen Vertreter bei den Genfer Verhandlungen Entschlossenheit und Flexibilität an den Tag legen, damit das Abkommen über Mittelstreckenraketen möglichst bald erreicht wird“. Da darf der Minister sicher sein. Seltsam ist jedoch, daß er keine ähnliche Hoffnung an die Adresse der US-Vertreter ausspricht.

Was die Situation um Afghanistan angeht, so möchte ich, ohne mich mit den Propagandaklischees, die dem Artikel des Politikers nicht gerade zur Zierde gereichen, abzugeben, vor allem den Satz zitieren, auf den sich G. Howe beruft, wenn auch nur unvollständig und ungenau. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU sagte Michail Gorbatschow: „...die Konterrevolution und der Imperialismus haben aus Afghanistan eine blutende Wunde gemacht“. Eine solche Tätigkeit hört nicht auf. Auf den Kurs der nationalen Versöhnung, den die Regierung in Kabul verkündet hat, antwortet der Westen mit verstärkter militärischer und sonstiger Hilfe für die Konterrevolutionäre. Somit wird eine Politik der Sabotage gegen das Programm der nationalen Versöhnung praktiziert. Natürlich hat das Einfluß auf die Präsenz der sowjetischen Truppen in Afghanistan.

Die UdSSR ist bereit, ihr begrenztes Kontingent bald und in zu vereinbarenden Zeit abzuziehen, falls die Einmischung von außen unterbleibt.

Ich weiß nicht, ob in Moskau das Problem der Menschenrechte in England zur Sprache kommen wird. Unsere Auffassung solcher Rechte schließt das Recht des Menschen auf Arbeit ein (Ende 1986 gab es in Großbritannien 3,2 Millionen registrierte Arbeitslose), ferner das Recht auf Wohnraum (93 900 obdachlose Familien in England). Die Situation in Nordirland erscheint uns auch nicht eben mustergültig für die

Wahrung der Menschenrechte. Deshalb hat Herr Howe, glaube ich, keinen besonderen Grund, mit erhobenem Zeigefinger zu verkünden, daß wir „noch einen weiten Weg zurücklegen“ müßten. Geht man von den grundlegenden, elementaren Rechten - auf Arbeit und Wohnraum - aus, so hat gerade, England in dieser Hinsicht Nachholbedarf. Was das KSZE-Treffen in Wien betrifft, so würde auch die sowjetische Seite greifbare Resultate nur begrüßen.

Mir scheint, Herr Howe geht an die Probleme der freien Informationsverbreitung und der Freizügigkeit wie an einen Ritus heran: Es gilt, der UdSSR wieder einmal etwas vorzuwerfen. Nützlicher wäre hingegen eine vergleichende Analyse darüber, wer wen besser kennt, die Sowjetbürger die Lebensbedingungen der Engländer oder umgekehrt. Nach den Ergebnissen einer solchen Analyse und nicht nach der Möglichkeit, die „Times“ zu beziehen, sollte man Maßnahmen zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses besprechen.

Seit wenigen Tagen läuft der Film „Das vierte Protokoll“ in England. Der Erstaufführung wohnte die britische Premierministerin bei. Es ist nicht zu erkennen, wieso dieser Film über angebliche sowjetische Spionage gegen atomare Objekte in Großbritannien unsere Verständigung fördern soll. Eher ist es so, daß er über die wahren sowjetischen Absichten desinformiert. Der Filmkritiker des britischen „Guardian“ schrieb: „Sich 'Das vierte Protokoll' anzusehen, bedeutet, zwei Stunden aus dem Leben zu streichen. Zur Hölle mit Glasnost und dem ganzen Rest. Wir sind tatsächlich wieder soweit, stur den eisernen Vorhang zu fixieren. Der gesamte Film strotzt von den üblichen Konventionen der Zeit, da man meinte, die Russen seien uns auf den Fersen...“

Informationsfreiheit muß mit Verantwortungsgefühl einhergehen.

Zur Freizügigkeit: Mir wurde ein britisches Einreisevisum ohne Erklärung verweigert, obwohl ich von britischen Friedensanhängern eingeladen worden war. Nach dem Gesetz über die britische Staatsangehörigkeit haben Menschen asiatischer Herkunft kein Recht, nach Großbritannien einzureisen und dort zu wohnen. Gegenwärtig warten 21 000 Menschen in Indien und Bangladesh auf die Erlaubnis, ihre Verwandten in England zu besuchen.

Man könnte diese Aufzählung noch fortsetzen, doch habe ich diese Beispiele nur genannt, um zu verdeutlichen, daß der belehrende Ton des geehrten britischen Außenministers unangebracht ist.

Der Staatsbesuch Frau Thatchers wird in Moskau als eine Möglichkeit begrüßt, unserem Dialog ein hohes politisches Niveau zu verleihen, damit er einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen und der Ost-West-Beziehungen insgesamt leistet.

Alle erinnern sich, welche Rolle Frankreich in dem Augenblick spielte, als eine stürmische Debatte über die Aufstellung der US-Raketen in Europa erfolgte. Wegen der angeblich notwendigen Wiederherstellung des Gleichgewichtes setzte sich der Präsident der Republik entschieden für die Stationierung der Pershings und Cruise Missiles in Europa als Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20-Raketen ein...

Die FKP ist fest entschlossen, alles zu tun, um eine Beendigung des Wettrüstens zu erreichen - unter Bewahrung von Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes. All ihre Initiativen und ihr letzter Vorschlag nach dem Scheitern der Verhandlungen in Genf über die Mittelstreckenraketen laufen darauf hinaus, die Regierungen aller europäischen Länder zu den Verhandlungen heranzuziehen...

Man könnte den Fortschritt, der bei dem Treffen in Reykjavik in Richtung auf einen vollständigen Abzug der Pershings, der Cruise Missiles und der SS-20-Raketen aus Europa erzielt wurde, eigentlich nur begrüßen. Leider ist das nicht die offizielle Haltung Frankreichs. Der Außenminister, der einige Tage nach dem Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow vor der Nationalversammlung sprach, bezeichnete die „Aussicht darauf, daß die US-Nuklearwaffen aus Europa vollständig verschwinden“, als „gefährlich“.

Einige Wochen später legten Francois Mitterrand und Margaret Thatcher gemeinsam die gleiche Haltung dar. Jacques Chirac ging in seiner Rede vor der Versammlung der Westeuropäischen Union noch weiter, und Raymond Barre bekräftigte diese Haltung. Im Grunde schwieg sich Frankreich zur Vorbereitung des Treffens in Island aus. Paris unterstützte ebenso wie London uneingeschränkt den amerikanischen Verbündeten, als man im Mai 1986 in Tokio die Erklärung der Führer der Sieben unterzeichnete: „Wir schätzen die von den Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen unternommenen Anstrengungen hoch ein und rufen die Sowjetunion auf, die Verhandlungen ebenso positiv zu führen.“

Frankreichs Haltung bleibt unverstänlich, wenn man sie nur durch die politische Ausrichtung auf die USA zu erklären sucht. Im Februar 1984 erklärte der Präsident der Republik bei einem Besuch in Den Haag: „Das Tätigkeitsfeld bleibt umfassend, doch es wird uns erlauben, unsere Sicherheit (in Europa) nicht nur durch konventionelle Waffen, sondern auch mit neuen Systemen zu sichern, die sehr bald schon in der Weltarena erscheinen werden. Schon jetzt müssen wir weiter blicken als die Kernenergie, wenn wir nicht viel eher, als wir denken können, zurückbleiben



# Die Hoffnung, die in Reykjavik aufkam

Die Idee der Abrüstung, die noch gestern eine Utopie schien, hätte bei dem Gipfeltreffen von Reykjavik Realität werden können. Jetzt kann jeder einschätzen, was getan werden muß, um von der Hoffnung zur Wirklichkeit überzugehen... So schreibt Maxime GREMETZ, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der Französischen Kommunistischen Partei (FKP), in seinem Buch „Und sie bewegt sich doch!“, aus dem wir Auszüge veröffentlichen. Er legt seine Gedanken über einige Aspekte der Abrüstung und darüber dar, welche Positionen die Regierung Frankreichs und die FKP dabei einnehmen.

wollen. Nur ein Beispiel - die Erschließung des Weltraums. Möge Europa zeigen, daß es eine bemannte Raumstation in den Orbit zu bringen vermag, die es ihr erlauben wird, jede mögliche Gefahr zu entdecken, sie mitzuteilen und ihr folglich Widerstand entgegenzusetzen. Eben so wird Europa einen großen Schritt zu seiner eigenen Verteidigung tun - und wird die Errungenschaften der elektronischen Rechentechnik und des künstlichen Intellekts sowie bereits vorhandene Kenntnisse über mit Lichtgeschwindigkeit fliegende Projektile nicht ignorieren. Meiner Meinung nach wäre die Schaffung einer europäischen Weltraumbehörde die beste Antwort auf die militärische Tätigkeit der Zukunft."

In der gleichen Rede vor dem niederländischen Parlament konkretisierte der Präsident der Republik, man solle darüber nachdenken, wie die „nukleare Abschreckung“ durch etwas anderes zu ersetzen sei. Im Februar 1985 erklärte er in einer Rede in Rennes unzweideutig, Frankreich schlage eine „europäische Weltrauminitiative“ vor, die seiner Meinung nach „in den kommenden 30 Jahren alle Aspekte der globalen Strategie, darunter der Nuklearstrategie, verändern“ werde. Sollte Europa sich dem verschließen, werde „Frankreich selbständig handeln“.

Der Präsident der Republik und der jetzige Premierminister äußerten zwar verbal gewisse Vorbehalte gegenüber dem SDI-Projekt, doch sie gaben den französischen Konzernen grünes Licht für eine Teilnahme. Drei Unternehmen nutzten die Gelegenheit unverzüglich. Im Grunde herrscht volle Einmütigkeit über eine Teilnahme an der Militarisierung des Weltraums. So wirft Frankreich in dem Augenblick, da sich die

Menschheit an einem Wendepunkt ihrer Geschichte befindet, da sich erstmals greifbare Möglichkeiten bieten, reale und kontrollierbare Abrüstungsabkommen zu erzielen und zu verhindern, daß Waffen in den Weltraum gelangen, erneut sein Gewicht nicht in die richtige Waagschale. Leider fand diese Haltung ihre Bestätigung auch durch die Weigerung Frankreichs, die Frage einer allgemeinen Einstellung der Kernwaffentests zu erörtern.

Eine eingehende Analyse der Perfektionierung der Nuklearsysteme, bis hin zu deren Einsatz im Rahmen von SDI, zeigt, daß wir den Rubikon erreicht haben. Was die Systeme mit Atom- oder Wasserstoffsprengköpfen angeht, die von strategischen Raketen oder Raketen der Typen Pershing II bzw. SS 20 ins Ziel getragen werden, so sind Tests nicht mehr erforderlich... Man kann die Treffgenauigkeit (jetzt liegt sie bei plus minus 10 Metern!) verbessern und die Mehrfachsprengköpfe vervollkommen: Die Jagd nach der „Qualität“ geht weiter. Doch dafür braucht man keine Tests!

Im August 1985 - am Jahrestag des Bombenabwurfs auf Hiroshima - gab die Sowjetunion ihr einseitiges Moratorium bei Kernwaffentests für ein Jahr bekannt. Dann verlängerte sie das Moratorium bis zum 31. Dezember 1986 (bis zum 1. Januar 1987 - die Red.). Das war ein wichtiger politischer Schritt. Es wurde erklärt, man werde das Moratorium auch nach diesem Tag einhalten, solange die USA auf neue Tests verzichten. Ein internationaler Vertrag über eine Einstellung der Kernwaffentests ist möglich, wenn sich in zwei Richtungen nichts tut:

- erstens bei der Nutzung von Kernenergie für Gefechtsfeldwaffen. Ihre „Miniaturisierung“ wird betrieben, wofür

Experimente erfolgen, z. B. für die Entwicklung der Neutronenbombe. Dabei handelt es sich schon nicht um eine Vervollkommenung, sondern um eine radikale Veränderung der Konzeption für den Einsatz von Nuklearwaffen - schon nicht mehr als Abschreckungsinstrument, mit dem man droht, doch das man nicht einsetzt, sondern als Gefechtsfeldwaffe „wie andere auch“... mit jenen entsetzlichen Folgen, die sie hervorrufen;

- der zweite Bereich sind die Erforschung und Vervollkommenung von Mitteln, um Objekte im Weltraum zu entdecken, abzufangen und zu vernichten, d. h. die Militarisierung des Weltraums.

Somit wird verständlich, warum die Frage der Beendigung der Kernwaffentests allmählich immer größere Besorgnis der Völker und vieler Regierungen hervorzurufen begann. Wir müssen uns der besonderen Verantwortung unseres Volkes, angesichts der Haltung, die die Herrschenden in unserem Land einnehmen, besser bewußt werden.

Diese Verantwortung wird größer. Davon zeugen immer mehr Massendemonstrationen in vielen Ländern sowie unzählige Initiativen und Erklärungen...

Einige besonders wichtige Ideen haben die meisten Menschen auf unserem Planeten erfaßt:

- es ist notwendig, die militärische Eskalation zu stoppen;

- vor allem die nuklearen Arsenale müssen verringert werden;

- es ist notwendig, die Kernwaffentests zu beenden und auf eine Militarisierung des Weltraums zu verzichten;

- die enormen Mittel, die so freigestellt würden, könnten erheblich größeren Nutzen bringen, wenn sie für eine Verbesserung des Lebens ausgegeben würden. Das wird zu einer vorrangigen Notwendigkeit.

Eine Analyse der Ursachen des Rüstungswettlaufs, die Frage nach der Verantwortung der einen und der anderen Seite wurden zu einem Thema von Diskussionen über Probleme bei der Mobilisierung der Friedensanhänger. Trotzdem hat der Friedenskampf ständigen Charakter angenommen. Ein Verdienst des Treffens auf höchster Ebene in Reykjavik besteht darin, daß es die erörterten Fragen geklärt und die Verantwortung eines jeden klar bestimmt hat...

Von nun an steht die Frage von Frieden und Abrüstung so: Wir müssen für das eigene Überleben und für das Überleben unseres Planeten kämpfen.

Gerade so steht jetzt die Frage: Jeder muß dafür eintreten, daß die Menschheit das Wettrennen ablehnt und sich letztlich in den Wettlauf um Leben und Fortschritt um des Wohls aller Menschen willen einreicht.



Kann SDI Kernwaffen entwerten? Schützt SDI gegen Amokläufer? Der Verfasser des nachstehenden Beitrags meint: Nein. Er packt das Problem von einer anderen Seite an...

# Ein Irrer genügt

Igor KUSNEZOW

Um Kernwaffen ans Ziel zu bringen, braucht man gegenwärtig nicht unbedingt gleich eine ballistische Rakete oder einen strategischen Bomber. Die Perfektionierung der Kernwaffen führte dazu, daß die Ausmaße nuklearer Sprengsätze bedeutend kleiner geworden sind. Seit Jahrzehnten gibt es relativ einfach konstruierte nukleare Artilleriegeschosse von einigen Kilotonnen Detonationskraft für 155-mm-Haubitzen. Solche Kanonen zum Verschießen von nuklearen und Neutronengranaten mit einer Stärke bis zu 3 Kilotonnen werden beispielsweise in den USA von der Space Research Corporation hergestellt.

Die in Westeuropa stationierten Einheiten der US-Army sind mit nuklearen Rucksackminen ausgestattet. Zu nennen wären "Echo" bzw. "Delta" (Detonationsstärke 1 Kt bzw. 300 t). Derartige Sprengsätze oder Minen lassen sich zusammen mit anderen Lasten transportieren oder im Marschgepäck mitnehmen. Damit ist eine hohe Geheimhaltung bei der Plazierung von nuklearen Munition gesichert. Je kleiner sie ist, desto schwerer ist sie auszumachen. Die von einzelnen Teilen eines Sprengsatzes ausgehende radioaktive Strahlung kann sehr leicht abgeschirmt werden. Mit für radioaktive Strahlung empfindlichen Meßgeräten sind solche Sprengsätze nicht zu orten. Angenommen, ein Sprengsatz dieser Art ist unmittelbar an die Blocks eines Kernkraftwerkes gebracht worden, dann kann er durchaus... Grausig ist die Vorstellung, was er da anrichten kann. Ist diese Entwicklung zu verhindern? Diese Frage stellten die USA-Senatoren Sam Nunn und John Warner an das Strategische US-Luftwaffenkommando (SAC). In den Zuständigkeitsbereich dieser Senatoren gehört auch die Schaffung eines sowjetisch-amerikanischen Zentrums zur Reduzierung der Gefahr eines unbeabsichtigten Atomkrieges. In einer von den beiden Senatoren angeregten Studie verweist

das SAC auf 9 potentielle Methoden der Zustellung von Kernwaffen durch "dritte Seiten", terroristische Gruppen eingeschlossen. Weder weltraumgestützte noch Laser- oder Flugmittel, die im Rahmen von SDI geschaffen werden sollen, können auch nur eine dieser Methoden unterbinden bzw. neutralisieren.

Es ist in der Tat unvorstellbar, wie die hypothetische SDI eine "dritte Seite" oder eine terroristische Gruppe daran hindern sollte, einen Nuklearsatz auf US-Territorium zu schmuggeln. Die Masse einer taktischen Kernwaffe mit einer Sprengkraft von 1 Kilotonne beträgt lediglich 27 kg. Das läßt sich am Beispiel einer der möglichen Zustellungsmethoden veranschaulichen.

Spezialisten meinen, daß rund eine Million arbeitsuchende Braceros jährlich die Grenze der USA aus Mexiko kommend illegal überschreiten. Wenn es einem Terroristen mit einem atomaren Sprengsatz im Rucksack gelingt, in dieser Schar unterzutauchen? Was könnte ihn oder die "dritte Seite" daran hindern, eine nukleare Ladung über Land bzw. in einem Motorboot in einen Hafen zu bringen, dort zu zünden und somit Amerika ein neues Pearl Harbor zu bescheren? Denkbar wäre auch, daß ein Chemiebetrieb als Ziel gewählt wird, dann wäre das Resultat Bhopal auf amerikanisch.

SDI ist ein System, mit dem der US-Präsident Kernwaffen "nutzlos und überholt" machen will. Allerdings wird es unter solchen Bedingungen nicht als Versicherungspolice für ganz Amerika fungieren, ja es wird nicht einmal den Präsidenten selbst und die Regierung schützen. Fußgänger, Touristen und Demonstranten mit Plakaten unterschiedlichsten Inhalts sind stets in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses und des Capitol anzutreffen. Falls sich darunter ein Terrorist mit einem nuklea-

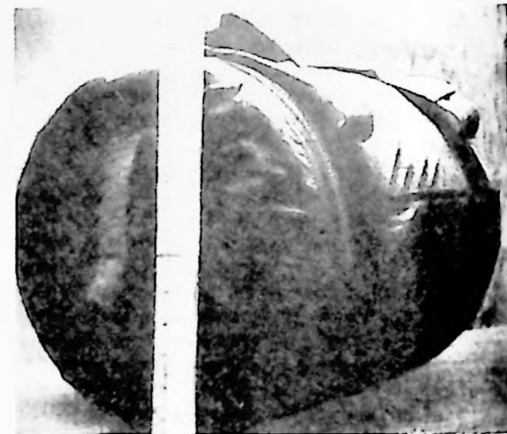
ren Minisprengsatz befände, würden dann die Reserven des weltgrößten Golddepots der Bundesreservebank von New York ausreichen, um die Geiseln — den Präsidenten bzw. den Kongreß — freizukaufen?

Erpressung, Racket ist in den USA weit verbreitet. Soll man warten, bis die Mafia nuklear erpressen kann?

Die Mafia macht es möglich, tonnenweise Rauschgift in die USA zu schmuggeln. Daß ein Kernsatz von 140 kg in die USA gebracht werden kann, ist durchaus denkbar. Der nukleare Sprengkopf einer Flügelrakete mit diesem Gewicht hat eine Detonationsstärke von 225 Kilotonnen. Das entspricht etwa der Zerstörungskraft von 15 Hiroshimabomben.

SDI ist leider auch nicht in der Lage, einen Irren daran zu hindern, eine Atombombe zu kaufen.

Heutzutage ist die Atombombe kein Geheimnis mehr. Ihre Konstruktion ist recht einfach und wurde mehrmals in der Literatur beschrieben. Die Hauptschwierigkeit besteht wohl darin, an das angereicherte Uran — die Basis der Kernwaffen — heranzukommen. Große Industriekapazitäten und gut funktionierende Technologie sind erforderlich, um es herzustellen. Aber auch das läßt sich machen. Urandiebstähle sind aus Frankreich, England und aus der BRD bekannt. In den USA waren aus der Urananreicherungsanlage der Nuclear Materials and Equipment in Apollo in 20

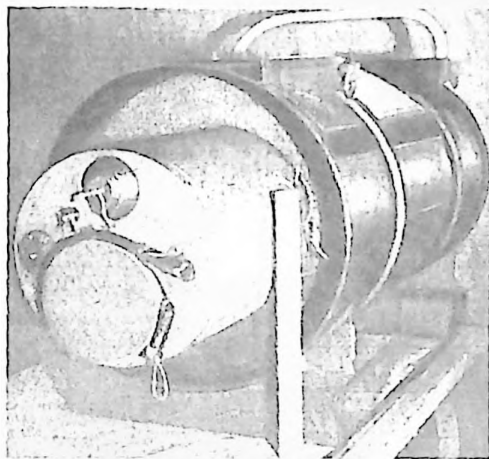


Der nukleare Minisprengsatz in einem Rucksack mit 13 Zoll Durchmesser

Jahren 342 kg hochangereicherten Urans "verschwunden". Die Menge reicht aus, um 38 Hiroshimabomben zu bauen.

Der Journalist Patrick Berthreu und der pensionierte Kernphysiker Sten Ericsson berichteten in dem in Frankreich publizierten Buch "Ich habe eine Atombombe





Nukleare Mine mittlerer Sprengkraft mit etwas größeren Abmessungen. Kann SDI ihren Einsatz verhindern!

Fotos: "Der Spiegel" (BRD)

gekauft: Warum nicht auch sie?" (gemeint sind Terroristen) darüber, wie man spaltbares Material erwerben kann. P. Berthreu gab sich als Geschäftsmann aus, der die Interessen eines Landes der dritten Welt vertritt. Er knüpfte Kontakte zu Waffenhändlern. Das Ergebnis war ein Vertrag mit Repräsentanten des nuklearen Busines, der den Verkauf von "19,7 Kilo angereicherten Urans militärischer Qualität" vorsah. Diese Menge würde ausreichen, eine Atombombe zu bauen.

Der BRD-Journalist Karl Günther Barth recherchierte über den schwarzen Atomwaffenmarkt. Er gab sich als Inhaber der fiktiven Firma "IVI Consulting and Management" aus. Seinen Worten zufolge wurden bereits im April 1981 40 Container mit spaltbarem Material im Wert von je 3,5 Mio Dollar aus dem Lager der amerikanischen Westinghouse in den Nahen Osten verfrachtet. Im September 1981 offerierte Jürgen Müller aus der BRD allen Interessenten im Nahen Osten "6 bis 8 Kilo" angereicherten Urans (70 Prozent — Gehalt).

Die Barth-Firma erhielt viele verlockende Angebote. Hier nur eins: „Sechs fertige Atombomben, jeweils 420 kg schwer, 4,55 m lang, Durchmesser 6,5 cm und 60 Kt Sprengkraft.“

Der ehemalige französische Hochkommissar für Atomenergie Francis Perrin gab zu, daß in den 50er Jahren die französische Technologie für den Bau von Atombomben heimlich an Israel weitergeleitet wurde.

1945 besaßen die USA das nukleare Monopol. Gegenwärtig geben fünf Staaten offiziell zu, daß sie Atomwaffen besitzen. Heute kann kein Politiker

sagen, wieviel Mitglieder — 12, 15 oder 20 — der nukleare Klub zählen wird, wenn SDI in Dienst gestellt wird.

Der stellvertretende Direktor des Kurtschatow-Instituts für Atomenergie Lew Feoktistow glaubt, daß heute im Bereich der Atomenergiewirtschaft schnelle Brüder die aussichtsreichste Variante darstellen. In ihnen erfolgt die erweiterte Reproduktion von Plutonium-239. Dies ist nicht nur ein wirkungsvoller Reaktorbrennstoff, sondern auch die Grundlage für Atomwaffen. Eine auf dieser Basis entwickelte weltweite Energiewirtschaft wird Hunderte von Tonnen Plutonium international in Umlauf bringen. Um einen Sprengsatz zu bauen, sind lediglich 4,7 kg Plutonium-239 erforderlich. Es leuchtet ein, daß die Grenzen des Wetrüstens ins Unermeßliche erweitert werden.

Wissenschaftler verweisen ferner auf die prinzipielle Möglichkeit, Kernsprengsätze aus Isotopen der Transurane, die schwerer sind als Plutonium, zu bauen. Einige dieser Isotope weisen die Fähigkeit zur spontanen Spaltung auf, während ihre kritische Masse sehr gering ist. Bei einem Americium-Isotop beträgt sie ganze 80 g. Das heißt, eine Kugel, die diese kritische Masse aufweist, hat nur 2,2 cm Durchmesser. Ein Kernsatz mit einer Zerstörungskraft von 1 Kilotonne ist kaum größer als eine Thermosflasche. Die schweren Transurane besitzen eine noch geringere kritische Masse. Bei einem Californium-Isotop liegt sie unter 2 g. Es ist nicht auszuschließen, daß einmal ein nuklearer Sprengsatz mit der Sprengkraft von mehreren Dezitonnen gebaut wird, der nicht größer als ein Kugelschreiber ist. Solche Sprengsätze, die unter andere (nichtmetallische) Frachten gemischt werden, könnte man nur ausmachen, wenn ein Metalldetektor in ihre unmittelbare Nähe gebracht würde. Oder man müßte die Fracht röntgen. Die immensen organisatorischen und technischen Schwierigkeiten, die dabei entstehen, schließen die Möglichkeit der Ortung praktisch aus, so meint der Professor der Ingenieurhochschule in Wismar G. Poppei.

Die Produktion, Lagerung und Einsatzvorbereitung von Mini-Nuklearsätzen läßt sich mit den bekannten bzw. künftigen Mitteln der Fernortung nicht kontrollieren.

Argumente, wonach SDI als Absicherung gegen Irre eingesetzt werden könnte, die Amerika mit Kernwaffen erpressen, halten keiner Kritik stand. Als Irre sind eher die Leute zu bezeichnen, die eine Billion Dollar für die Entwicklung einer kosmischen Maginot-Linie zum Fenster hinauswerfen wollen.

Dieser Wahnsinn allerdings ist genau berechnet und durchdacht. Dahinter stecken die Interessen des Militär-Industrie-Komplexes. Nicht SDI kann wahre Sicherheit bieten, sondern die volle Beseitigung der nuklearen Rüstung auf der Erde.

## ARCHIV AKTUELL

Ich rufe die Wissenschaftler auf, uns Mittel zur Verfügung zu stellen, die Atomwaffen machtlos und veraltet machen.

\*\*\*

Unsere Verteidigungssysteme rufen einige Probleme und Mißverständnisse hervor. Im Zusammenhang mit Offensivwaffen kann man sie durchaus als Ansporn zu einer aggressiven Politik betrachten.

US-Präsident R. Reagan  
23. März 1983

Präsident Reagan und seinen Freunden sind die herrlichen Jahre eingefallen, als die USA die Bombe hatten, und sonst keiner. Die mit star-wars einhergehende ideologische und politische Mobilisierung ist das Ergebnis ihrer Enttäuschung über die gegenwärtige Lage und ihrer Erinnerungen an jenes Goldene Zeitalter.

E. P. Thompson  
Vizevorsitzender des Komitees für nukleare Abrüstung (USA)

Das Märchen, daß SDI dazu verhelfen soll, Atomwaffen auf der Erde zu vernichten, entsprach den inneren Erfordernissen der USA. Es sollte der Friedensbewegung einen Schlag versetzen und sie zwingen, sich mit SDI abzufinden. Edward Teller  
Physiker (USA)

Wir brauchen keinen Rüstungsmoloch, der Millionen von Dollar verschlingt. Wir brauchen die Fortsetzung dessen, was man in Reykjavik erreichen wollte.

David Roper  
Physikprofessor (USA)

SDI ist: psychologische Kriegsführung gegen die UdSSR; eine diplomatische Note an die eigenen Verbündeten, um sie zu beeindrucken; ein voluntaristischer Akt der Rüstungsindustrie; ein innenpolitisches Manöver und die Position zu militärischen, keineswegs rein strategischen Fragen.

Gilles Polycarpe  
Ingenieur (Frankreich)

Die weite Auslegung (des ABM-Vertrages — d. Red.) führt in eine Verfassungskrise ohnegleichen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Entscheidung im Kongreß als Ende der Rüstungskontrolle aufgenommen werden...

Sam Nunn  
demokratischer Senator  
Vorsitzender des Senatskomitees zu Fragen der Streitkräfte



# Von neuem Denken zu neuem Handeln

Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der BRD - die Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Jörg Hußschmid, Professor Dr. Gerhard Kade, Professor Dr. Rudolf Hickel, die Juristen Professor Dr. Helmut Ridder, Professor Dr. Gerhard Stuby und andere Mitherausgeber der in der Bundesrepublik beliebten gesellschaftspolitischen Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“, richteten an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, einen offenen Brief, in dem es heißt:

Sehr geehrter Herr Gorbatschow!

Ihr leidenschaftliches Plädoyer für Demokratie und Frieden, für Frieden und Demokratie beeindruckt uns und viele unserer Landsleute. Die Entscheidung, mit der Sie in Ihren jüngsten Reden den Zusammenhang zwischen umfassender Demokratisierung und wirtschaftlicher Erneuerung herausgearbeitet haben, bekräftigt zugleich den Ernst Ihrer Friedensinitiativen, Ihrer Suche nach Wegen aus der Gefahr. Die wechselseitige Bedingtheit der innerstaatlichen Erneuerung und der Wahrung von Sicherheit und Frieden zwischen den Staaten ist unaufhebbar geworden.

Diese Einsicht bezeichnet auch in unseren Augen den einzigen Weg, der aus der gegenwärtigen Weltsituation hinausführt, aus einer Welt, die durch den Wahnsinn einer technologisch unbegrenzten Hochrüstung, der damit verbundenen Verschwendung begrenzter Ressourcen und Verelendung ganzer Kontinente, ja der Ausbeutung schon der kommenden Generationen ihrem Untergang zusteuert. Es ist der Weg eines "Neuen Denkens", das sich unmittelbar

in "Neues Handeln" umzusetzen beginnt.

Auswärtige Politik war bisher nur darauf gerichtet, Veränderungen der Welt gemäß den partikularen Wert- und Zielvorstellungen und Interessen der Handelnden herbeizuführen oder zu verhindern. Daß es heute zuvörderst darauf ankommt, die Welt zu retten, wurde zwar schon gesagt, blieb aber meist ein billiger und folgenloser Lippendienst, weil unter dem Vorbehalt des Diktats der überhöhten eigenen Wertvorstellungen geleistet und deshalb nie in der Lage, dem spiralförmigen Wachstum der Bedrohungspotentiale und der mit ihnen korrespondierenden Feindbilder Einhalt zu gebieten. Sie haben mit dem von Ihnen proklamierten und praktisch eingeleiteten Modernisierungs- und Demokratisierungsprozeß vor den Augen der Welt ein Exempel innerer Entspannung statuiert, das positive Folgen für die internationale Entspannung nach sich ziehen und den Demokratisierungsprozeß in allen Ländern der Erde ungeachtet der systembedingten Unterschiedlichkeit vorantreiben wird.

Wir sehen uns mit vielen gesellschaftlichen Kräften der westlichen Welt bestätigt in unserer Forderung nach vergleichbaren Signalen und Impulsen eines Umdenkens, die auch von unseren Hauptstädten ausgehen müssen. Wir, die in der Bundesrepublik Deutschland für Frieden und Abrüstung eintreten und eine Wirtschaftspolitik wollen, die den Menschen dient, die ökologischer und sozialer Verantwortung den Vorrang gibt, wissen um die Wechselwirkung von Frieden und Demokratie. Ob die von Ihnen eingeleitete Politik sich durchzusetzen und voll zu entfalten vermag, kann uns nicht gleichgültig sein. Welchen Weg die Weltmacht Sowjetunion geht, welche Resonanz ihre Politik findet, entscheidet in hohem Maße mit über das Schicksal der Menschheit.

Wir verurteilen die Unredlichkeit mancher Politiker, die seit je lauthals die von Ihnen in Angriff genommenen Reformen gefordert haben und doch heimlich auf deren Scheitern hoffen, weil sie nur dann ihre inneren und äußeren Feindbilder noch retten und ihre auswärtige Bedrohungs-

und innere Repressionspolitik noch rechtfertigen könnten.

Wir erwarten von unserer eigenen Regierung, daß sie es gegenüber der neuen sowjetischen Politik nicht bei Worten beläßt, daß sie ihr vielmehr unter unvoreingenommener Würdigung des deutschen Anteils an geschichtlicher Verantwortung für den Frieden in Europa und der Welt konstruktiv begegnet. Der jüngste sowjetische Vorstoß zur Abschaffung der Mittelstreckenraketen bietet unserem Kontinent eine historische Chance, die nicht wieder zunichte gemacht werden darf. Es gilt, sich von einer Haltung zu befreien, der Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber "dem Osten" zur zweiten Natur geworden ist. Sie hat unseren Völkern nur Unglück gebracht. Eine konsequente Politik der Verständigung und Zusammenarbeit dient uns in der Bundesrepublik, allen Menschen in Europa und in der Welt.

Mit freundlichen Grüßen

Herausgeber und Redaktion der Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik"

## Fest und verantwortungsbewußt

Sehr geehrter Herr Gorbatschow!

Seitdem Sie Ihr Amt angetreten haben, stehen wir unter dem großen Eindruck Ihrer zahlreichen Abrüstungsinitiativen und der Beharrlichkeit, mit der Sie diese voranbringen. Selbst dann, wenn die USA

und einige ihrer Helfershelfer äußerst unvernünftig handelten, sind Sie sich treu geblieben.

Sie haben Dr. Sacharow aus der Verbannung zurückgeholt - ein Schritt voll Edelmut und Mitgefühl, der unsere herzlichste Anerkennung findet.

Wir alle möchten, daß manche westliche Politiker

eine ähnliche Humanität zeigen und die Massenmedien im Westen über Ihr Handeln objektiver berichten. Wir meinen nicht, daß der Kurs, den Sie gewählt haben, leicht ist, obwohl er lebenswichtig für uns alle ist.

Wir sind uns bewußt, daß akute Krisen in der Zukunft entstehen können. Wenn wir

ihnen mit größerer Bereitschaft, als das bislang möglich war, begegnen werden, dann in sehr großem Maße dank Ihnen so zu begrüßenden Handlungen.

In tiefer Achtung und mit den besten Wünschen

Ken Coates  
Bertrand-Russell-Friedensfonds  
Matlock  
Großbritannien



# Geständnis im Willard oder Wie Mr. Wick Angst bekam

Wie jeder Richter weiß, ist das Geständnis der Hauptbeweis. Man hatte schon immer den Verdacht, daß die US-Politik, besonders unter dem unübertrifften jetzigen Präsidenten auf Show abgestellt ist. Daß Bildröhrenmagie zum Äquivalent für Staatsweisheit geworden ist. Daß die Mattscheibe den Schein oft zum Wesen macht und vice versa. Daß sich die Demokratie mit ihrem Recht auf Alternativen und dem Prinzip "Ein Mensch - eine Stimme" in Gottes eigenem Land allmählich in eine Illusion verkehrt und daß seriöse Politik zunehmend von Sprechblasen verdrängt wird. Dieser Verdacht wurde aus berufenem Munde bestätigt: durch USIA-Direktor Charles Wick. Das Geständnis war nicht erzwungen, vielmehr freiwillig und wurde reinen Herzens vor Freunden und Gesinnungsgenossen abgelegt.

Im Washingtoner Hotel "Willard" fand die Frühjahrskonferenz der Amerikanischen Reklamevereinigung statt. Vor dem Mikrophon stand der Direktor der USIA, der offiziellen Reklameagentur der USA.

"... Wir haben ein gemeinsames Interesse an Kommunikation. Wir alle, die wir uns hier eingefunden haben, partizipieren so oder anders an der Entwicklung einer dramatischen Tendenz in den internationalen Beziehungen, am unaufhaltsam wachsenden Einfluß von Reklame und Propaganda auf die Angelegenheiten der Welt", verkündete er.

"Zwischen Werbung und Weltpolitik besteht ein enger Zusammenhang, aber das ist nichts Neues."

"Auf meinem Gebiet, der 'öffentlichen Diplomatie', ist

das auch so, daß wir unsere Erzeugnisse - die Werte und Ideen der freien Welt - an den Mann bringen."

Bemerkenswerte Worte. Aber das ist erst der Auftakt. Auch wir wissen, daß die "Ideen und Werte der freien Welt" genau so verkauft werden wie jede andere Ware: mittels aufdringlicher Beschwörungen und Seifenoperen, mittels massierter Suggestion von platten und unwirklichen Vorstellungen. Neu am Geständnis des Mr. Wick ist seine unverkennbare Besorgnis. Worüber? Hören wir ihm einmal zu:

"Der Machtantritt von Generalsekretär Gorbatschow hat eine neue, dynamischere Führung ermutigt. Moskau propagiert ein neues Image der offenen Politik für die ganze Welt. Sie nennen das Transparenz. Aber Transparenz ist in diesem Fall ein Werbegag. Die Sowjets wollen den Krieg der Symbole gewinnen. Wenn die siegen, bedeutet das, daß sie auch im Krieg der öffentlichen Diplomatie gesiegt haben."

Wir wollen keine Haarspalterei betreiben, es geht schließlich nicht so sehr um Worte als um die Denkweise. Verfolgen wir die gewundenen Pfade, auf denen sich der verschreckte Mr. Wick vorantastet.

"Was werden wir in diesem Fall verlieren?" setzt er fort. "Wir könnten unsere Sicherheit verlieren, und das ist recht wesentlich. Es braucht nicht noch einmal gesagt zu werden, daß es im Krieg keine Sieger gäbe. Alle würden verlieren, Sieger und Besiegte. Das wäre die Höchststrafe für die Fehlkalkulation."

Auf längere Sicht könnten wir, wenn wir im 'Krieg der Ideen' verlieren, den Geist

der freien Welt, ihr heutiges Leben und die Aussicht auf zukünftige Sicherheit aufs Spiel setzen."

Schön gesagt, nicht wahr?

Mr. Wick hat Angst, daß Amerika und der Westen im Kampf der Ideen den Kürzeren ziehen. Ein solches Geständnis ist etwas wert. Greift Reagans Amerika nicht deshalb so bereitwillig zur Idee der Waffen, weil es Angst hat vor der Idee als Waffe?

Im Willard mischte sich Mr. Wick unter die Werbetexter, und das ging eine Weile gut. Jetzt aber ist es an der Zeit, den Punkt aufzuheben. Jeder, der mit Waren handelt, ist manchmal versucht, Luft zu verkaufen. Der Mann, der mit politischer Ware handelt, verkauft früher oder später Angst. Die USIA und die gesamte amerikanische Politik begnügen sich nicht mehr damit, Amerikanismus zu verkaufen, sie schmeißen einem auch noch den Antisowjetismus nach. Warum müssen die Ideen der "freien Welt" unbedingt in die Angst vor dem anderen System verpackt werden? Vielleicht deshalb, weil die reaktionären westlichen Ideologen und Propagandisten nicht so sehr für die Ideen ihrer Zivilisation werben, was an sich nicht weiter verwunderlich wäre; nein, sie drängen vielmehr der Welt Spaltung, Konfrontation, Militarismus, Wettrüsten und sonstige Kolonial-, und Imperialwaren auf.

Mit seltener Offenheit entblößt Mr. Wick die heimlichen Ängste seines Kreises.

"Sie verkaufen das Image von 'Transparenz' und dem 'Fortschritt' in eine schönere Welt. Sie nehmen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt für sich in Anspruch, besonders an der Vorderlinie des Ost-West-Konflikts. Denken Sie eine Minute darüber nach, wie Sie auf folgendes reagieren würden:

Entlassung Andrej Sacharows, Juri Orlovs, Anatoli Stscharanskis und anderer politischer Häftlinge;

Entflechtung von SDI und Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenraketen in Genf;

Mitteilungen der sowje-

tischen Presse über Katastrophen wie Tschernobyl, Schiffbrüche, das Sinken eines Atom-U-Bootes, ja selbst Unruhen in der Sowjetunion;

große Bereitschaft zu Kontakten mit westlicher Kultur, bis hin zu joint ventures.

Diese propagandistischen Anstrengungen visieren alle Völker der Welt an."

Wie fürchterlich hinterlistig! Mr. Wick nennt das eine Drohung und ermutigt dazu, sich "dieser Gefahr zu stellen".

Eine erstaunliche Beichte eines berufsmäßigen Streiters an der ideologischen Front. Man höre nur: Er hatte es viel ruhiger, als Sacharow noch in Gorki und die anderen Leute in noch entfernteren Gegenden weilten, als die Presse in der UdSSR sich verschämt von unbequemen Themen abwandte, als es in Politik und Wirtschaft mehr Routine und weniger schöpferischen Spielraum gab. Gewiß, damals konnten die "Stimme Amerikas" und sämtliche anderen Propagandastellen, die Mr. Wick betreut, ohne weiteres Krokodilstränen über die "Verfolgung Andersdenkender" in der UdSSR vergießen, auch über das merkwürdige Schweigen der Presse zu Fragen, die die Menschen bewegen, und über das starre Wirtschaftsmodell. Je schlimmer es bei uns aussieht, desto besser ist es für den Westen, das ist die Logik eines Mr. Wick. So hat er es leichter, den Sozialismus zu karikieren als eine Gesellschaft ohne Demokratie, als eine nachgerade antidemokratische Gesellschaft. Und umgekehrt: Je besser es bei uns aussieht, desto ungemütlicher fühlen sich Mr. Wick und seine Kollegen. Je mehr sich der Prozeß der Transparenz entfaltet, je mehr Demokratie die UdSSR hat, desto nervöser werden die besoldeten Propagandisten des anderen Systems.

Gut denn, wir werden auch solche Beweise für die Richtigkeit unseres Weges aufmerksam verfolgen. Das sind Beweise aus der Hand des Gegners, nur - sie beweisen das Gegenteil.

A. PUMPJANSKI



# „Irangate“ begann in Vietnam

Low JELIN

Flugzeuge und Raketen aus Depots des Pentagons waren schon auf dem internationalen Waffenmarkt erschienen; Geld lief auf unter Bankgeheimnis stehenden Konten ein und ging dann weiter an „Freunde“ der USA mit Regierungs- und anderem Status. Hinter alledem steckten dieselben Leute wie jetzt hinter „Irangate“, die „stille Mafia“, die sich zur Zeit der US-Invasion in Indochina bildete und in Geheimoperationen verstrickt ist.

## Akteure

Aus Akten des Sonderausschusses des US-Senats für die Untersuchungen in Sachen „Iran-Contras“:

„Es liegen Zeugenaussagen dafür vor, daß Richard Secord, Generalmajor a. D. der US-Luftstreitkräfte, und die beiden ehemaligen CIA-Beamten Thomas Clines und Theodore Shackley in einer Schweizer Bank ein Konto eröffneten oder es kontrollierten, auf dem ein Teil des Erlöses aus dem Waffenverkauf an den Iran eingezahlt worden war. Das Geld wurde offenbar von schweizerischen an andere Banken — auf den



Generalmajor Richard Secord. Seine Kollegen bei den Operationen in Indochina hielten seinen Namen sorgfältig geheim

Großen Caymaninseln — überwiesen, u. zw. zur Übergabe an die Contras.“ (Nach Angaben von anderer Seite war Clines auch für die Anstellung von Piloten für die Beförderung von Frachten

zu den Contras zuständig, und Shackley nahm an mehreren Zusammenkünften mit Iranern teil, die das Geschäft einleiteten.)

Die Verbindung zu iranischen Amtspersonen half der amerikanische Geschäftsmann Albert Hakim, ein gebürtiger Iraner, herstellen. Er hat wahrscheinlich auch angeregt, den Iranern mehr abzuverlangen und den Gewinn für Hilfe an die Contras zu verwenden.

Ein an dem Unternehmen beteiligter ungenannter CIA-Offizier sagte von General Secord und Hakim, sie seien „fast gleichberechtigte Helfer“ Oberstleutnants Oliver Norths.

Kommen wir jetzt zu früheren Vorgängen, die mit den Operationen des Pentagons und der CIA in Indochina — mit dem Vietnamkrieg und den Aggressionen gegen Laos — zusammenhängen.

Im März 1962 wurde Richard Secord als Berater der südvietnamesischen Armee nach Indochina geschickt. Von August 1966 bis August 1968 diente er in Udon auf einem thailändischen Luftwaffenstützpunkt. Von dort aus plante er Geheimoperationen gegen Laos (offiziell blieb Bangkok neutral). Außerdem war Secord weitgehend an der Leitung der Flüge beteiligt, die die der CIA gehörende Air America ausführte. 1972/73 wurde er aus den Luftstreitkräften in die CIA versetzt und leitete die Operationen der Söldnerseinheiten, die die CIA mit Maschinen der Air America und mit Chartermaschinen in Laos einflieg. Der Kriegshistoriker Shelby Stanton schreibt, Secord sei „einer von denen gewesen, die über Geld verfügten, und er bekam Geld für die Söldner, die an dem widerrechtlichen Krieg teilnahmen“.

In derselben Region betätigten sich Shackley und Clines.

Theodore Shackley stand von Mitte bis Ende der 60er Jahre den CIA-Abteilungen in Vietnam und Laos vor, wo er, dem „Baltimore Sun“ zufolge, eine „Privatarmee“ aus dortigen Söldnern,

amerikanischen Militärberatern, CIA-Agenten und Piloten von Luftfahrtgesellschaften einschließlich der Air America leitete.

Thomas Clines war Shackley unterstellt. Die beiden kannten sich, seitdem sie Anfang der 60er Jahre in Miami Aktionen gegen Kuba geplant hatten.

Es war ausgeschlossen, daß sich Secord, Shackley und Clines nicht kannten. Obigens schreibt Peter Maas in dem Buch „Menschenjagd“, Secord habe in Laos mit Shackley und Clines „eng zusammengearbeitet“. Wobei?

## Nugan stirbt, Hand verschwindet

Am 13. Januar 1980 wurde in der Nähe von Sidney in einem Auto die Leiche des 37jährigen australischen Bankiers Frank Nugan gefunden. Der offizielle Befund lautete: Selbstmord. Nugan war Mitbesitzer der Anfang der 70er Jahre gegründeten Kommerzbank Nugan-Hand. Eine Untersuchung ergab, daß sie die Kontenbesitzer betrogen hatte. Sie war in den Rauschgift- und Waffenhandel verwickelt. Eine gemeinsame Sondergruppe des Commonwealth und des Bundesstaates Neusüdwales (wo sich die Bank befand) legte im März 1983 einen Bericht vor, der allerdings noch immer nicht ganz zur Veröffentlichung freigegeben ist. Bekannt ist aber folgendes:

In den sieben Jahren ihres Bestehens beteiligte sich die Bank an zahlreichen gesetzlichen und ungesetzlichen Geschäften in 13 Ländern, darunter in den USA, auf den Caymaninseln, in Hongkong, auf Taiwan, auf den Philippinen und in Thailand. Die Bank wusch den Erlös für Heroin aus dem Goldenen Dreieck (den Grenzgebieten Burmas, Thailands und Laos), die bis zu 800 t Rohopium im Jahr liefern) rein und war direkt mit 26 Rauschgifthändlern liiert.

Wem lag etwas daran, daß die Rauschgiftdollars eingewaschen wurden? Betrachten wir einmal die Liste der Berater der fraglichen Bank. Da sind der ehemalige CIA-Direktor Colby (seine Visitenkarte steckte in einer Tasche des toten Bankiers), der ehemalige stellvertretende CIA-Direktor McDonald, die CIA-Beamten Jansen und Loomis, der ehemalige Flugdienstleiter der Air America Holmgreen und Michael Hand, Nugans Kompanion, diente vorher in Laos bei der US-Militäraufklärung. Ende der 60er Jahre war er bei Air America angestellt, gerade als über deren Flüge Secord, Clines und Shackley zu bestimmen hatten. Hand hat, so heißt es im publizierten Teil des australischen Berichts, eng mit allen dreien kooperiert, auch als er die Bank leitete.

Die Bank Nugan-Hand war von der CIA und der US-Militäraufklärung gegründet worden. Die agierenden Per-





**Generalmajor John Singlaub, ehemaliger Präsident der Antikommunistischen Weltliga und tatkräftiger Teilnehmer der widerrechtlichen Hilfe an die Contras**

sonen waren, aller Wahrscheinlichkeit nach, Shackley, Clines, Secord und Hand.

Die Söldnereinheiten unter Vang Pao, die von Shackley, Clines und Secord geleitet wurden, kontrollierten die Schlafmohnpflanzungen. Flugzeuge und Hubschrauber der Air America brachten den Söldnern Waffen und nahmen Opium mit. Deshalb wurde die Luftfahrtgesellschaft vielfach Air Opium genannt. Der Erlös wurde bei Nugan-Hand eingewaschen. Im australischen Bericht ist z. B. erwähnt, daß Clines Millionen Dollars bei der Bank einzahlte. Reingewaschen wurden alles in allem rund 4,5 Md. Von dem Geld wurden die Söldner bezahlt (das besorgte Secord) und andere Unternehmen der CIA finanziert.

Ein Teil wurde auch in Waffenlieferungen angelegt. 1976 wurden mit Hilfe von Nugan-Hand "für Kräfte, die von der US-Aufklärung gestützt werden", 3000 Feuerwaffeneinheiten und 10 Millionen Munitionssätze für sie aus Boston nach Angola befördert. Im selben Jahr beteiligten sich Hand und seine Bank an der Übergabe des Aufklärungsschiffs der US-Marine an die Marine des Irans. Die Bank finanzierte den Waffenverkauf an die RSA und die weiße Regierung Rhodesiens.

Bei den meisten Geschäften hatte ein gewisser Edwin Wilson, ein CIA-Agent, seine Hand im Spiel. Die australische Kommission konnte feststellen, daß er Secord, Shackley und Clines fast 20 Jahre kannte.

Es fällt jedoch auf, daß Shackley und Clines ziemlich oft in Büchern, Zeitungsbeiträgen und sogar in Strafanzeigen bei Gericht figurieren, während Secord ungenannt bleibt. Wieso?

An dem Tag, an dem in Australien Nugans Leiche gefunden wurde, kam ein gewisser Howton in Wilsons Genfer Büro und ließ einen Koffer dort. Im April, als

der Skandal rings um Nugan-Hand entbrannte, erschien Clines in Wilsons Büro und entnahm dem Koffer einen Teil der darin befindlichen Schriftstücke. Wie später ein ungenannter Zeuge vor Fahndungsbeamten aussagte, sei dabei "der Name Richard Secord gefallen, aber Clines habe gesagt: 'Wir müssen es so machen, daß Dick bei der Sache draußen bleibt.' Secord wurde geschützt."

Es gibt noch einen Menschen, der über Secords Rolle beim Waffenhandel und darüber aussagen könnte, wieviel er den Söldnern gezahlt hat. Michael Hand. Aber ein halbes Jahr nach dem Tod seines Teilhabers flog er mit falschen Papieren nach den USA und verschwand spurlos.

## Sekord--Hakim

"Dick" aber machte Karriere. Mitte der 70er Jahre leitete er die Beistandsgruppe für die US-Luftstreitkräfte im Iran. Damals wandte sich Edwin Wilson wieder an ihn. Er machte Secord mit dem Waffenhändler Albert Hakim, einem "zuverlässigen Mann", bekannt. Später entzweite sich Wilson mit Hakim und nannte ihn nur noch einen Gauner. Aber Secord und Hakim kamen jahrelang gut miteinander aus. Damals, Mitte der 70er, soll "General Dick", dem Christie Institute zufolge, Hakim geholfen haben, beim Pentagon ein Flugzeug der US-Luftwaffe und verschiedene Waffen nach dem Nennwert anzukaufen. Hakim verschauerte das alles für dickes Geld im Nahen Osten. Secord ließ dem Händler eine ansehnliche Vermittlungsgebühr, legte den größten Teil des Geldes jedoch auf einem Geheimkonto an, über das Waffenkäufe für den nikaraguanischen Diktator Somoza getätigt wurden. 1983 gab Secord seinen Posten auf und wurde Präsident einer Hakim gehörenden Gesellschaft.

Sein nächstes Geschäft tätigte das Duo 1984. Es erwarb bei der Gesellschaft Maule Air Inc. ein Flugzeug, das, der "New York Times" zufolge, sehr bald die Contras bekamen.

Anfang der 80er Jahre kreuzten sich die Wege von Secord und North. Sie unternahmen eine Operation, von der es nur noch ein Katzensprung bis zum Irangate war. Sie verkauften AWACS-Flugzeuge an Saudi-Arabien. Nach Ansicht des „Philadelphia Inquirer“ bildeten sich dadurch "zusätzliche viele Hunderte Mio Dollars, die den Aufständischen in Afghanistan und Mittelamerika zugespült wurden".

Sehr viele Fäden führen vom Irangate in die Geschichte. Man denke an Cooper und Hasenfus, die Piloten des im Herbst 1986 über Nicaragua abgeschossenen US-Flugzeugs. Sie hatten Waffen für die Contras befördert. Während des Vietnamkriegs waren sie bei Air America angestellt. Zu nennen wäre ferner Generalmajor Singlaub. "Baltimore Sun" schreibt, er sei von North zum Geldsam-

eln für die Contras angeworben worden. Von 1966 bis 1968 leitete Singlaub in Vietnam die strenggeheime militärische Beistandsgruppe. Der Historiker Stanton charakterisiert sie folgendermaßen: "Sie machten viel Merkwürdiges, ließen Fragen danach jedoch unbeantwortet". Eine gewisse Vorstellung davon kann man sich aus dem Lebenslauf von Singlaubs ehemaligem Stellvertreter in der militärischen Beistandsgruppe in Vietnam, Brigadegeneral a. D. Harry Aderholt, bilden. Der Historiker William Leary meint, Aderholt habe z.B. an der Herrichtung von Flugplätzen für Maschinen der Air America mitgearbeitet. Er hat 15 Jahre Seite an Seite mit Secord gearbeitet und nennt ihn seinen Schützling. Jetzt heißt es, Aderholt sei an der Belieferung der Contras beteiligt.

Die ins Irangate verwickelten Personen erklären oder glauben zumindest, sie hätten für Amerika ein gutes Werk getan. So gesehen, wären auch die



**Dieser Hubschrauber der Air America ist im Dschungel gelandet. Um Opium aufzunehmen!**

Fotos aus: „Der Spiegel“ (BRD)

Rauschgiftgeschäfte über Nugan-Hand ein gutes Werk, die mindestens einen der Beteiligten das Leben gekostet und viele tausend süchtig gemacht und zugrunde gerichtet haben, nicht zuletzt in den USA. Ebenso der Schwarzhandel mit Waffen des Pentagons (siehe Secord und Hakim). Um die Außenpolitik der USA zu "stützen", begingen Personen laufend Verbrechen. Doch das Endergebnis entspricht durchaus den offiziellen Zielsetzungen des Weißen Hauses. Diese Zielsetzungen — Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Völker und Mißachtung internationaler Gesetze — schaffen fruchtbaren Boden für Gestalten wie "General Dick" und die ganze Gesellschaft Shackley-Clines-Hakim, für das Entstehen von Scheingesellschaften, Geheimkonten und für gesetzwidrige Geschäfte.



# Katzenjammer der Reaganomics

Felix GORJUNOW

Nach dem Urteil der Geschäftswelt und der Wirtschaftsexperten hat die kapitalistische Weltwirtschaft im Jahre 1986 alles andere als glänzend abgeschnitten. Es war das zweite Jahr mit nachlassendem Wirtschaftszuwachs nicht allein in den USA, die nach der Krise von 1980–1982 schon 1984 den Höhepunkt ihres zyklischen Aufschwungs erreichten, sondern auch in Westeuropa und Japan, wo die Wirtschaftskurve zwei Jahre vorher zu steigen begann. Also sind die Phasen der industriellen Zyklen in den drei Zentren des Weltkapitalismus dieses Jahr fast gleichzeitig eingetreten, und sie werden auch mehr oder minder gleichzeitig in die nächste Überproduktionskrise hineingezogen.

## Der Zuwachs läßt nach

Das allmähliche Sinken des wirtschaftlichen Zuwachses ist nach Ansicht gewisser westlicher Wirtschaftsexperten nicht dem Einsetzen einer Flaute, sondern nur einem vorübergehenden "Nachlassen des Zuwachses" zuzuschreiben.



**BRUTTO-  
INLANDS-  
PRODUKT**

(Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	1984	1985	1986*
Kapitalistische Industrieländer insgesamt	4,6	2,7	2,5
USA	6,5	2,7	2,5
EG-Länder	2,1	2,2	2,3
Japan	5,1	4,7	2,3

\*Schätzung

ben, nach dem es wieder aufwärts gehen soll. Sie halten das für durchaus möglich, da die westliche Wirtschaftslokomotive — die USA — noch unter Dampf steht.

Obwohl die Verbrauchernachfrage in den USA Anfang 1987 merklich zurückgegangen ist (im Januar sank der Einzelhandelsumsatz mit einem Schlag

um 5,8 Prozent, während er im Vorjahr insgesamt um 4 Prozent gestiegen war), glauben die Wirtschaftsexperten des Weißen Hauses, daß das nicht von einer beginnenden Produktionsschrumpfung zeuge. Sie halten auch das Sinken der Investitionen in der Produktion nicht für bedrohlich (1986 um 5 Prozent, die Prognose für 1987 lautet auf weitere 2 Prozent). Der Bericht des Präsidenten über die Wirtschaftslage ist wie immer ausgesprochen optimistisch: Der Zuwachs werde dieses Jahr 3,2 Prozent erreichen (für 1986 hatte das Weiße Haus einen 4prozentigen prophezeit). In den USA seien die Verbraucherpreise in 25 Jahren am wenigsten gestiegen. Das Wirtschaftsbarometer zeige auch für die Effektenbörse Schönwetter an. Trotz des jähren Sinkens der Aktienkurse im Juni, Juli und September nahmen die "Spitzenreiter" Anfang Januar sogar die 2000-Punkt-Schranke nach dem Dow-Johnes-Index, der die Aktienkurse der Industriekonzerne notiert.

Voriges Jahr stiegen die Aktienkurse auch an den Börsen der Alten Welt, wenn der Wirtschaftszuwachs Westeuropas auch bescheidener war. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der BRD hatte 1986 einen Zuwachs von 2,5, dasjenige Großbritanniens von 2,0, Frankreichs von 2,4 und Italiens von 2,8 und die Industrieproduktion dementsprechend von 2,5, 1,5, 1,5 und 2,0 Prozent. In den EG-Ländern haben neben der Verbrauchernachfrage auch die Investitionen in Betrieben (um 3,7 bzw. 6 Prozent) zugenommen.

Dafür hat in der japanischen Industrie erstmalig seit 11 Jahren ein Rückgang eingesetzt, besonders kraß in den Exportbranchen, weil der Yen-Kurs gegenüber dem Dollar gestiegen ist. Der Ausstoß des Maschinenbaus ist fast um 7 und der Stahlstoß um 6 Prozent zurückgegangen. Dafür haben die japanischen Exporteure wieder einen Rekord aufgestellt. Das Außenhandelsaktivum Japans hat 82,7 Md. Dollar erreicht.

Die USA haben für 58,6 Md. Dollar und die EG-Länder für 16,7 Md. Dollar mehr Waren aus Japan eingeführt als dorthin ausgeführt. Auch die BRD profitiert vom Anwachsen des Exports, vor allem in die USA. Ihr Außenhandelsaktivum überstieg 50 Md. Dollar. Im Handel schlossen die USA das Jahr 1986 mit einem neuerlichen

Rekorddefizit von 170 Md. Dollar ab (1985 waren es 148,5 Md.).

## Der trunkene Elefant

Das Weiße Haus gibt seinen Partnern die Schuld an dem beispiellosen Handelsdefizit. Washington erklärt, seine Lokomotive habe die Wirtschaft anderer westlicher Länder lange genug gezogen, jetzt müßten die BRD und Japan ran. Um das zu können, müßten sie ihren Wirtschaftszuwachs stimulieren und den amerikanischen Waren Tür und Tor öffnen. Dann hätten die USA kein Außenhandelsdefizit mehr, und die ganze kapitalistische Wirtschaft könne Luft holen. Der Druck auf die störrischen Bündnispartner bildet jetzt den Schwerpunkt der außenwirtschaftlichen Politik



**INDUSTRIE-  
PRODUKTION**

(Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	1984	1985	1986*
Kapitalistische Industrieländer insgesamt	7,2	3,2	1,4
USA	11,1	2,0	0,9
EG-Länder	3,0	3,3	2,3
Japan	11,0	4,5	0,4

\*Schätzung

Washingtons. Die USA suchen ihre Allheilmittel auf Biegen und Brechen durchzusetzen: mit Überredungskünsten auf der Konferenz der Großen Sieben vom Mai, auf der Jahrestagung des IWF, bei bilateralen Verhandlungen und schließlich durch eine übermäßige Senkung des Dollarkurses. 1986 allein stieg der Kurs des Yen gegenüber dem Dollar um 33 und der der DM um 20 Prozent. "Fortune", ein Blatt des Big Business, sagt voraus, daß die USA ihr Außenhandelsdefizit nur dann zu senken imstande sein werden, wenn sie den Dollarkurs in den nächsten beiden Jahren um weitere 15 Prozent senken.

Wozu würde das führen?

Nach Ansicht des jetzt in den USA prominenten Professors Lester Thurow von der Technologischen Hochschule von Massachusetts (man hält ihn für den kommenden Leiter des Wirtschaftsbeirats des US-Präsidenten, falls die Demokraten 1988 bei den Wahlen siegen sollten) wird eine solche Sicherung des Dollars zu einer radikalen Umstrukturierung der westlichen Industrie führen. Infolge der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Waren würden die verarbeitenden Branchen Westeuropas, Ja-



pans und Kanadas etwa 4 Millionen Arbeitsplätze einbüßen. Auf dem Weltwirtschaftsforum, wie die Februartreffen der Geschäftsleute in Davos genannt werden, hat Thurow erklärt, die Wirtschaftspolitik der Regierung Reagan, die die USA aus einem Kreditorenland in den größten Schuldner verwandelt hat, stürze die kapitalistische Weltwirtschaft in ein "schwarzes Loch", in dem die "normalen Wirtschaftsgesetze nicht mehr wirken werden".

Eine Alternative sei aber nicht vorhanden — damit rechtfertigen die Reagan-Anhänger ihre Billig-Dollar-Politik mit der Zielsetzung, die Nachbarn zur Strecke zu bringen. Würde man die US-Wirtschaft nicht durch eine Exportsteigerung beleben, dann käme eine Krise, deren Folgen für die kapitalistische Welt noch schlimmer wären. Eine derartige Politik scheint berechtigt zu sein. In den Jahren der Reaganomic ist die Abhängigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft von den USA (genauer die Bindung an sie) unermeßlich angewachsen. Die Frage ist, ob die Regierung Reagan vernünftig und verantwortungsbewußt von alledem Gebrauch macht. Auf dem Forum von Davos hieß es: "Die Partner sehen die USA eher als betrunkenen Elefanten denn als zielbewußten Führer an."

## „Wir sind betrogen worden“

Als die Regierung Reagan 1981 ihr Amt antrat, verhiess sie einen jährlichen Wirtschaftszuwachs von mindestens 4 Prozent. In den 6 Jahren seit damals hat der Zuwachs im Jahresdurchschnitt aber nur 2 Prozent ausgemacht.

Weiter versprach der Präsident, bis Mitte der 80er Jahre würden nur höchstens 5,6 Prozent der Arbeitsfähigen und-willigen arbeitslos sein. In diesem Jahrzehnt waren es jedoch im Jahresdurchschnitt 8,1 Prozent. (Bedenkt man, daß fast 5,4 Millionen Werktätige nur Kurzarbeit haben und daß sich eine Million gar nicht erst bei den Arbeitsämtern eintragen lassen, weil sie nicht daran glauben, auch nur irgendeine Stellung zu finden, so hat die Arbeitslo-



### ARBEITSLOSIGKEIT

(Zahl der Arbeitslosen in Millionen)

	1984	1985	1986*
Kapitalistische Industrieländer insgesamt	28,5	28,8	31,9
USA	8,5	8,3	8,1
Westeuropa	18,3	19,0	19,3
Japan	1,6	1,6	2,2

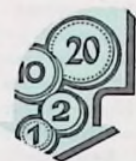
\*Schätzung

"NEUE ZEIT" 13.87

sigkeit zur Zeit faktisch 10 Prozent erreicht.)

Das Anwachsen der industriellen Reservearmee hat in den Jahren der Reaganomic zu einem Druck auf den Arbeitsmarkt geführt, der den Inflationsgalopp halbwegs abgebremst hat. Auch in Westeuropa hat die Arbeitslosigkeit die Preise gedrückt.

Nach Schätzung der Londoner "Financial Times" lag der wöchentliche Reallohn des amerikanischen Arbeiters 1986 um 8,5 Prozent unter dem von 1970. Die Unternehmer konnten die Preise auch deshalb herabsetzen, weil neben dem Sinken der Aufwendungen für Arbeitskräfte die Arbeitsproduktivität stieg (in der verarbeitenden Industrie im Jahresdurchschnitt um 3-4 Prozent). In den Stahlgießereien der USA ist die Stundenleistung seit 1979 um 18, im Kfz-Bau um 20, in der Reifenindustrie um 40 und in der radiotechnischen sogar um 75 Prozent gestiegen.



### STEIGEN DER EINZELHANDELSPREISE

(gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	1984	1985	1986*
Kapitalistische Industrieländer insgesamt	5,3	4,6	2,7
USA	4,4	3,5	2,0
EG	6,7	6,4	3,4
Japan	2,2	2,1	0,5

\*Schätzung

Nicht nur den Arbeitern geht es nicht besser. Die meisten Amerikaner haben jetzt ein durchschnittliches Realeinkommen wie bei Anbruch der 70er Jahre. Fast 50 Prozent der Familien des sogenannten Mittelstandes haben sich größtenteils dadurch ihren bisherigen Standard bewahrt, daß heutzutage jede zwei Verdienner hat. 1960 arbeiteten von den verheirateten Frauen 28, jetzt 65 Prozent. Trotzdem fristen über 30 Millionen Amerikaner ein Elendsdasein. Nach Angaben des Landesverbands der Obdachlosen haben etwa 3 Millionen kein Dach über dem Kopf. Hingegen ist das Einkommen von 20 Prozent der Amerikaner, die zum "höheren Mittelstand" zählen, wesentlich gestiegen.

Das Reicherwerden einer wohlhabenden Minderheit kann jedoch die wirtschaftlichen Einbußen infolge der schrumpfenden Kaufkraft der werktätigen Mehrheit nicht aufwiegen. Sie hat dazu geführt, daß die Verbrauchernachfrage nicht durch steigende Einkünfte und Spareinlagen, sondern durch Ratenkäufe genährt wird. Der Zeitschrift "Time" zufolge hat die Zahl der überzogenen Raten den höchsten Stand seit 1953 er-

reicht. Oberhaupt ist das Kredit- und Finanzwesen der USA schwer verschuldet. Der Mangel an internen Akkumulationen wurde durch die Heranziehung von Auslandskapital — 1986 von mehr als 140 Md. Dollar (ca. 3 Prozent des BIP) — aufgewogen. Und nicht nur Kapital wurde herangezogen. Der britische "Economist" glaubt, daß der Lebensstandard der Amerikaner um 20 Prozent niedriger wäre, wenn sie nicht länger billige und bessere ausländische Waren kaufen könnten. Anders gesagt, wird der amerikanische "Way of life" heutzutage durch ausländische finanzielle und Warenressourcen gestützt.

Prof. Alan Blinder von der Princeton-Universität hat errechnet, daß das Bruttoprodukt der USA zwischen 1980 und 1986 um 487 Md. und die Ausgaben der Konsumenten um 702 Md. Dollar zunahmen. Er schreibt, dieser Unterschied zwischen der Konsumtion und der Warenproduktion plus Dienstleistungen zeuge "von unserem hohen Lebensstandard oder unserem Selbstbetrug. Der Unterschied ist die Erklärung dafür, daß die ungünstigen Indizes unserer Wirtschaft nur so wenig Unzufriedenheit auslösen. Das Wohleben kann aber nicht von Dauer sein... Früher oder später wird Amerika aus dem Rausch der Reaganomic erwachen. Kein Land kann lange mehr konsumieren als produzieren. Man kommt unweigerlich zu dem Schluß, daß wir betrogen worden sind."

1986 belief sich der Fehlbetrag im Staatsetat auf 220,7 Md. Dollar, und die Bundesregierung schuldete insgesamt 2 Billionen. Washington holt Auslandskapital heran, nicht um die Zivilproduktion zu stimulieren, sondern um sich die Militärprogramme leisten zu können. Die Finanzierung des Wettrüstens auf fremde Kosten hat die Auslandsschulden der USA auf 250 Md. Dollar hochgetrieben.

## Die militaristische Kraftbrühe

Wirtschaft und Finanzwesen der USA sind durch die Militarisierung ins Wanken geraten. Im vergangenen Sommer wurde der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu einem Drittel durch die unproduktiven Militärausgaben bestritten. In einer Reihe von Branchen ist die militaristische Kraftbrühe für die Produktionssteigerung ausschlaggebend. In der Radiotechnik und Aluminiumerzeugung erbringt sie die Hälfte des Zuwachses, und die Unternehmen der Luft- und Raumfahrttechnik sowie der elektronischen Industrie hängen noch mehr von Aufträgen des Pentagons ab.

Wir schrieben bereits, daß das Pentagon insgeheim schon lange eine Industriepolitik betreibt, die in der Wirtschaft zu strukturellen Disproportionen geführt hat (s. NZ 39/86). Unter dem Vorwand, die Landessicherheit gewährleisten zu müssen, steuert es auch die außenwirtschaftliche Politik, und nicht nur durch Ausfuhrverbote für technische



Neuheiten. Infolge der sinkenden Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Maschinenbaus werden seit einigen Jahren über 40 Prozent des Maschinenbestandes durch Import erneuert. Nun hat Präsident Reagan im Dezember 1986 erklärt, er beabsichtige, "im amerikanischen Maschinenbau für eine frische Brise zu sorgen". Ein Modernisierungsplan liegt bereits vor. Ausführen wird ihn — das Pentagon! Voriges Jahr lief eine "Halbleiterinitiative zur Verteidigungszwecken" an. Die EG erblickt darin eine "schmutzige Konkurrenz" durch geheime staatliche Subventionierung des Exports. Ebenso wie SDI sind solche "Initiativen" nichts weiter als noch eine Methode, dem Militär-Industrie-Komplex auf Kosten des Steuerzahlers Zuwendungen zu machen. Das kostet ihn eine Stange Geld. Jeder Amerikaner zahlt für die "Landessicherheit" im Jahresdurchschnitt 920 Dollar, der Westeuropäer 240 und der Japaner 191.

In diesem Zusammenhang sei an ein wichtigstes Postulat der Republikaner erinnert: an ihr Bekenntnis zu einem durch staatliches Eingreifen unbeeinträchtigten Unternehmertum. Unter Reagan hat diese Einstellung die Gestalt einer "Entreglementierung" der Wirtschaft angenommen. Die demagogischen Ergüsse waren Balsam für den kleinen und mittleren Bourgeois, dem infolge der Monopolstellung des Big Business und der Besteuerung durch die "Big Administration" die Atemluft ausging. Deshalb erhob er auch keine Einwände gegen die Kürzung der Sozialleistungen und die Erhöhung der Militärausgaben. Zur Zeit der Reaganomics stiegen die ersten nur um 7, die zweiten dagegen um 50 Prozent. Die Zivilindustrie hatte einen Zuwachs von etwa 12, die Rüstungsindustrie von 70 Prozent. Und so macht die Herabsetzung der Bundesaufwendungen denn statt, wie versprochen, 19 Prozent des Brutto Produkts heute ganze 24 Prozent aus.

Darüber hinaus gab die "Entreglementierung" den Finanzmagnaten freie Hand, sich an der "Rekonstruktion des korporativen Amerikas" — an finanziellen Machenschaften bei Fusionen und Annexionen der Großkonzerne (s. NZ 1/87) — gesundzustoßen. In New York werden täglich Geldgeschäfte in Höhe von 1 Billion Dollar getätigt. Mit der finanziellen Hausse erklärt es sich auch, warum die Aktienkurse an der Effektenbörse gestiegen sind, obwohl der Geschäftsgang im allgemeinen flauer geworden ist. Obigens werden Wertpapiere auch größtenteils von Ausländern gekauft. So heben japanische Banken und andere Firmen 1986 in den USA rund 100 Md. Dollar investiert. 93 Prozent davon haben sie in staatlichen Wertpapieren angelegt und dadurch fast die Hälfte des Fehlbetrags im US-Budget gedeckt. (Es ist geschichtlich paradox, daß das im zweiten Weltkrieg besiegte Japan zum großen Teil dadurch wirtschaftlich vorangekommen ist, daß es

staatliche Mittel nicht für Verteidigungszwecke vergeudet. Dafür fördert es die Militarisierung der Wirtschaft seines imperialistischen Hauptrivalen und schwächt ihn dadurch im Welthandel und finanziell).

Reagans freies Unternehmertum hat dazu geführt, daß Riesensummen über den Staatsetat zugunsten des Militär-Industrie-Komplexes umverteilt worden sind und daß infolge der "Entregulierung" die Finanzoligarchie in der Wirtschaft dominiert. Die Regierung greift noch mehr in wirtschaftliche Prozesse ein. Das hat die absurde Form einer staatsmonopolistischen Regulierung militaristischer Art angenommen, die die Wirkung der "normalen" kapitalistischen Gesetze einengt.

## Strategische Fehlkalkulation

Unlängst sagte der bekannte amerikanische Wirtschaftsexperte Prof. John Galbraith im Gespräch mit NZ-Korrespondenten, er sei nicht damit einverstanden, daß die Rüstungsproduktion fortgesetzt werden müsse, damit sich die Wirtschaft entwickle. Er fügte hinzu: "Der Kapitalismus mag seine Nachteile haben, aber nicht solche." Recht optimistisch beurteilt er auch die Möglichkeit, die Rüstungsproduktion in den USA auf Zivilgleise zu rangieren.

Man möchte seinen Optimismus gern teilen können. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die Wirtschaft der USA und ihrer wichtigsten Bündnispartner heutzutage den Militaristen ausgeliefert ist. Tonangebend sind politische, industrielle und finanzielle Kreise, deren Triebfeder nicht die ökonomische Logik, sondern der manische Drang ist, "den Kommunismus zurückzuwerfen".

Das Hervortreten der Ultrarechten im Weltkapitalismus liegt nicht einfach am Ausschlagen des politischen Pendels, das immer dem Zentrum zustrebt, aber bald nach rechts, bald nach links davon abkommt. In den letzten 10 Jahren hat sich das politische Zentrum selbst nach rechts verlagert. Auch der Machtantritt der Neokonservativen in den USA, in Großbritannien und der BRD Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre war durch die strategischen Zielsetzungen der Monopolbourgeoisie vorausbestimmt.

Im Frühjahr 1973 fiel mir in der "New York Times" ein Beitrag von David Rockefeller ins Auge. Das Thema lautete: "Ist der Kapitalismus gut oder schlecht?" Er schrieb: "Die größte Stärke des Kapitalismus ist wohl seine Anpassungsfähigkeit", seine Fähigkeit, "auf die wechselvollen Umstände schneller als ein strikt kontrolliertes System zu reagieren." Im Juli desselben Jahres ergriff David Rockefeller die Initiative zur Bildung einer Dreierkommission aus Repräsentanten der kommerziellen und politischen Elite der USA, Westeuropas und Japans. 1975 legte die Kommission einen Bericht mit dem Titel "Krise der Demokratie"

vor, in dem sie dem Westen nahelegte, nach rechts zu rücken, die damals noch modische Idee von einer "allgemeinen Wohlfahrt" aufzugeben und die kaum angelaufene Entspannung zu Grabe zu tragen.

Mit dieser Strategie der Klassenrevanche, der krassen Konfrontation mit dem Weltsozialismus reagierte der Kapitalismus auf die "wechselvollen Umstände" vor allem im Wettstreit der beiden Weltssysteme. Die Hoffnungen auf Erfolg wurden nicht zuletzt durch unsere internen Schwierigkeiten genährt. Die westlichen Strategen rechneten darauf, diese durch eine massierte wirtschaftliche, politische, psychologische und militaristische Attacke, ja durch Bedrohung aus dem Weltraum noch erschweren zu können. Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Im Eifer des Gefechts schwächte der republikanische Elefant seine rückwärtigen Stellungen. (Paul Volcker, Präsident des Bundesreservesystems der USA, hat unlängst erklärt, infolge des Etatdefizits werde man die Wirtschaft kaum durch größere staatliche Aufwendungen stimulieren können. Folglich sei ein Abflauen und Anschwellen der Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Auch auf die Flanken ist kein Verlaß. Auf dem Forum von Davos haben westliche Bankiers bezweifelt, daß es ratsam sei, das Defizit der USA weiter zu decken.)

Wird der amerikanische Elefant allmählich nüchtern? Nach den Umstellungen in Reagans Team könnte man annehmen, daß die Bewegung zum politischen Zentrum hin eingesetzt hat. Das will aber noch nicht heißen, daß sich die herrschende Elite nicht mehr auf die Ultrarechten orientiert. Ebenso wenig, daß sie erkannt hätte, wie schwer sie sich wieder einmal verrechnet hat, als sie glaubte, den Kommunismus mit Gewaltmitteln zurückwerfen zu können, oder daß die in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern angelaufene wirtschaftliche Umstellung auch vom Westen eine neue Haltung verlangt, und daß diese Elite schließlich, wenn sie in der Weltpolitik die strategische Initiative einbüßt, sie in absehbarer Zeit auch in der Weltwirtschaft einbüßen kann.

Darauf eben weisen zwei bemerkenswerte Tendenzen im wirtschaftlichen Wettstreit der beiden Systeme hin. Der Sozialismus ist bemüht, die Ware-Geld-Beziehungen ausgiebig zu nutzen, um die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen optimal zu gestalten. Er demokratisiert sein Wirtschaftssystem. Der Kapitalismus dagegen weicht immer mehr von den Grundlagen der Warenwirtschaft ab, der er sein Entstehen verdankt. Er steckt bis über die Ohren im Militarismus, im Spinnennetz der Devisen- und Finanzmachenschaften. Er wird der Welt beweisen müssen, daß er noch fähig ist, seine Wirtschaft von Kanonen auf Butter umzufunktionieren. ■



# Beistand in der Not

Boris PILJAZKIN

In Maputo, der Hauptstadt Mocambiques, steht unweit der nach Julius Nyerere benannten Straße eine Villa, vor der immer unsere Landsleute anzutreffen sind. Hier hat der Beamtenapparat des Legationsrats der sowjetischen Botschaft für Wirtschaft seinen Sitz. Die sowjetischen Fachkräfte setzen die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit in die Praxis um. Sie fußt auf dem vor 10 Jahren, am 31. März 1977 geschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Am 25. Juni 1975 flammten eine Minute nach Mitternacht auf dem Masha-wa-Stadion in Maputo Scheinwerfer auf und beleuchteten die Worte "Volksrepublik Mocambique". Die Republik sah sich sogleich vielen Schwierigkeiten gegenüber. Eine bestand in der Situation im Hafen von Maputo. Niemand konnte Handelsschiffe herein- oder hinausleiten. Die europäischen Lotsen waren abgereist, und andere waren nicht vorhanden. Dem größten Hafen an der Ostküste Afrikas drohte die Stilllegung.

"Mocambique wird an seiner Unabhängigkeit ersticken", unkte die Presse der RSA. Es sah so aus, als müßten die Handels- und Wirtschaftsverbindungen, deren wichtigstes Glied der Hafen ist, sehr bald abreißen. Da traf eine sowjetische Lotsengruppe ein und ging sofort an die Arbeit. Die Stockung wurde behoben, der Hafen funktionierte wieder.

Nie haben Kolonialmächte Völkern, die sich befreit hatten, ein drückendes Erbe erspart. Portugal hatte seinen "Oberseegebieten" in Afrika fast 500 Jahre lang, besonders aber am Schluß, in den Jahren des faschistischen Regimes, alle Säfte ausgesogen.

Über 90 Prozent der Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben. Es gab so gut wie keine Ingenieure und anderen Fachkräfte. Die Portugiesen hatten das Land verlassen, die Wirtschaft war desorganisiert. Nach elfjährigem bewaffnetem Kampf bekam Mocambique nicht einmal eine Atempause. Die rassistische RSA und ihre westlichen Schutzpatrone hatten sich vorgenommen,

"Machels marxistischen Staat" ein für allemal zu zerrütten.

Mocambique muß eine wirtschaftliche Umgestaltung vornehmen, während an der Grenze der RSA gekämpft wird, bei Erpressungen und Sabotageakten, bei Raubzügen rhodesischer Kommandos, die anfangs sporadisch waren, später aber umfangreicher und konstant wurden, und bei ständigen Terrorüberfällen von Banden des sogenannten Mocambiquischen Nationalwiderstandes (MNS), die sich jetzt zu einem nichterklärten Krieg ausgewachsen haben.

Durch die Schwierigkeiten, die der Volksrepublik tagtäglich von ihren Feinden gemacht werden, wird die Wirtschaftslage noch mehr erschwert. Die Produktion geht zurück, infolgedessen herrscht empfindlicher Mangel an Nahrungsmitteln und wichtigsten Massenbedarfsartikeln. Das Verkehrswesen ist desorganisiert, die kommunalen Dienst-



Junge Männer aus Mocambique besuchen das Maschinentechnikum in Baku. Unterricht in Informatik und Rechentechnik

Foto: TASS

leistungen funktionieren mit Unterbrechungen. Aber in den Jahren, die ich als Korrespondent in Mocambique war, habe ich von den dort in verschiedenen Wirtschaftsobjekten arbeitenden sowjetischen Fachkräften nie Klagen über Alltagsschwierigkeiten oder über die Gefährdung durch MNS-Terroristen zu hören bekommen, die Jagd auf ausländische „Helfer“ machen und unter ihnen Geiseln nehmen.

Sowjetische Ärzte, Lehrkräfte, Geologen, Bohrmeister und Mechaniker arbei-

ten neben mocambiquischen Kollegen, und die Lotsen waren eine der ersten Gruppen sowjetischer Fachkräfte, die auf Ersuchen der Regierung der VRM in Maputo eintrafen.

Die Niederung des Limpopo, eines schmalen, völlig unexotischen dunklen Flusses, der in den Indik mündet, könnte eine Kornkammer werden, wenn nicht Überschwemmungen und Dürren abwechseln würden. In dem betreffenden Jahr herrschte in dem fruchtbaren Landstreifen eine katastrophale Dürre. Viele Siedlungen der Provinz Gaza hatten kein Trinkwasser.

Abhilfe schufen die sowjetischen Fachkräfte, die in Gaza Vorbereitungen zur Nutzbarmachung der agrarischen und energiewirtschaftlichen Ressourcen trafen. Bohrmeister Alexander Pistechin, der eine mocambiquische Arbeiterbrigade leitete, strahlte, als er ein Bohrloch gemessen hatte: In 212 m Tiefe waren sie auf Trinkwasser gestoßen. Danach wurde in der Siedlung Nochokoluana und in den umliegenden Dörfern gefeiert, gesungen und getanzt.

Auch in den anderen Provinzen bohrten unsere Meister nach Wasser. Freunde schreiben mir aus Maputo, daß schon viele tausend Landesbewohner mit Trinkwasser versorgt sind, das Mocambiquaner gemeinsam mit sowjetischen Bohrmeistern aus der Erde gefördert haben. Im Waggonwerk in Maputo arbeiten Dreher und Fräser, die ihre Berufe in einer mit Hilfe der UdSSR eingerichteten Berufsschule erlernt haben. In den Krankenhäusern haben Schwestern und Sanitäter Dienst, die von sowjetischen Ärzten herangeschult worden sind. Zahlreiche junge Mocambiquaner haben sowjetische Hoch- und Fachschulen durchlaufen.

Diese und viele andere Tatsachen ergeben das Gesamtbild der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Mocambique. Sie erstreckt sich auch auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Mocambiques. In den 10 Jahren seit dem Vertragsschluß sind die Verbindungen der beiden Länder und Völker konstant geworden.

Anfang März hat in Maputo turnusmäßig die bilaterale Regierungskommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und Handel getagt. Joaquim Chissano, jetzt Vorsitzender der FRELIMO-Partei und Präsident der Republik, hat betont, daß die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten traditionelle Freunde Mocambiques sind und daß der Ausbau der Beziehungen zu ihnen für Mocambique besonders wichtig sei.

Diese Freundschaft wird auch weiter gedeihen.

Maputo--Moskau



# Genua—Rapallo

NEUE DOKUMENTE UND FORSCHUNGEN

Vor 65 Jahren nahm im Palais San Giorgio in Genua eine internationale Konferenz, der ein besonderer Platz in der Geschichte zukommen sollte, ihre Arbeit auf. Bis heute rufen die Ereignisse jener Tage Diskussionen hervor, werden von Historikern, Publizisten und Politikern studiert. Der sowjetische Historiker Prof. Dr. sc. Abdulchan Achtamsian befaßte sich viele Jahre mit diesem Zeitabschnitt, arbeitete in Archiven der UdSSR, der DDR und der BRD. Wir baten A. Achtamsian, die Leser der NZ über die Ergebnisse der jüngsten Forschungen zu informieren.

**NZ.** Zunächst einmal: Wodurch erklärte sich das so große und nicht nachlassende Interesse an Genua und Rapallo?

**Achtamsian.** Erstens erklärt sich das durch den Charakter der Konferenz von Genua. Erstmals luden die größten kapitalistischen Länder Europas den ersten sozialistischen Staat der Erde an den Verhandlungstisch ein – ein für jene Zeit beispielloses Ereignis. Zweitens legte Sowjetrußland in Genua ein umfassendes Programm der internationalen Zusammenarbeit, gegründet auf das Leninische Prinzip des „Nebeneinander“, d. h. auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder, wie man damals sagte, von Staaten mit verschiedenen „Eigentumssystemen“. Drittens schlug die Sowjetregierung in Genua vor, eine allgemeine Abrüstung in Angriff zu nehmen. Und schließlich wurde nur wenige Tage nach Eröffnung der Konferenz von Genua in Rapallo bei Genua ein Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland geschlossen, in dem das Prinzip der friedlichen Koexistenz praktische Anwendung fand. Wie wir sehen, ist das „diplomatische Gepäck“ von Genua und Rapallo auch für heute von prinzipieller Bedeutung.

**NZ.** Der Version einiger westlicher Autoren zufolge war der Vertrag von Rapallo angeblich ein Zufallsprodukt der Geschichte, Ergebnis der nichtabgestimmten Handlungen westlicher Länder. Die sowjetischen Diplomaten in Genua hätten nur geschickt den geeigneten Moment genutzt, um Zwietracht in die westliche Staatenfamilie zu tragen. Ist dem so?

**Achtamsian.** Ich möchte nicht von Anfang an in einen polemischen Ton verfallen, doch um den Vertrag von Rapallo ranken sich schon seit langem so hartnäckige „diplomatische Legenden“ im Westen, daß ihre Zerstörung sowohl eine Wiederholung alter als auch eine Suche nach neuen Fakten verlangen würde. Natürlich dürfte die NZ-Leser nicht der Streit über Detailfragen, son-

dern über prinzipielle Positionen interessieren. Sie aber führen uns zurück in die Jahre, als die sowjetische Außenpolitik ihre ersten Schritte tat...

**NZ.** Die bürgerliche Propaganda unterstellte ihr schon damals Sünden, die uns bis heute angehängt werden...

**Achtamsian.** Um so mehr trifft es unsere ideologischen Gegner, daß der Sowjetstaat in den 20er Jahren international nicht als „Zufallsprodukt“ dasteht, sondern als prinzipieller und gleichberechtigter Partner – natürlich für jene, die eine solche beiderseits vorteilhafte und gleichberechtigte Zusammenarbeit suchten.



**NZ.** Also begeben wir uns ins Jahr 1922...

**Achtamsian.** Bekanntlich versetzte der von den Entente-Ländern diktierte Frieden von Versailles Deutschland in eine schwierige Lage. Unter den herrschenden Kreisen der Weimarer Republik fanden sich weitsichtige Politiker, die, obwohl sie keineswegs Anhänger der Sowjetmacht waren, sahen, daß gutnachbarliche Beziehungen zu So-

wjetrußland, das nicht Teilnehmer von Versailles war, Deutschland helfen würden, seine staatlichen Interessen zu verteidigen, die nationale Unabhängigkeit und die Wirtschaft zu festigen.

**NZ.** Wann begann die Annäherung? In Rapallo!

**Achtamsian.** Natürlich früher, und das widerlegt alle Erfindungen vom „Zufallscharakter“. Vor kurzem erschienen neue Materialien zur Vorgeschichte von Rapallo – so die Aufzeichnung der Gespräche, die der Generalkonsul i. R. Moritz Schlesinger und Ex-Kanzler Joseph Wirth, ein unmittelbarer Teilnehmer der damaligen Ereignisse, im September und Oktober 1955 führten.

Was nun hatte Wirth Schlesinger mitgeteilt? Wie sich herausstellte, war sich Wirth bereits im Sommer 1921 (nach Abschluß des provisorischen Abkommens zwischen Deutschland und der RSFSR, das überwiegend ökonomischen Charakter hatte) der Notwendigkeit bewußt geworden, Beziehungen auf solider vertraglicher Grundlage herzustellen. Vor seiner Ernennung zum Reichskanzler war er Finanzminister gewesen und verstand sehr wohl, daß, wenn sich die Bolschewiki den Reparationsforderungen der Westmächte anschlossen, sich die auch ohnehin schwere Lage Deutschlands weiter verschlechtern wür-

**G. Tschitscherin (links) und sein Stellvertreter L. Karachan im Volkskommissariat für Äußeres. Moskau.**

de. Wie Wirth Schlesinger bei einem Spaziergang im Garten der Reichskanzlei zusammen mit einem Mitarbeiter der Ostabteilung, Baron von Maltzan, sagte, seien sie übereinstimmend zu dem Schluß gekommen, daß ein „Ausweg

„NEUE ZEIT“ 13.87



nach Osten" gesucht werden müsse.

Gesagt, getan. Im Dezember 1921 wird Maltzan zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt und kann jetzt den Kurs des Kanzlers verfolgen. Wirths Personalentscheidung war kein Zufall. Adolf Georg Otto (abgekürzt Ago) von Maltzan, Baron zu Wartenberg und Penzlin, entstammte einem alten Mecklenburger Adelsgeschlecht. Er besaß auch hervorragende Kontakte zu höchsten Kreisen der deutschen Industrie. Der 45jährige Berufsdiplomat galt als einer der erfolgversprechendsten Politiker der Weimarer Republik. Ihm fiel die verantwortungsvolle Mission zu, eine Regelung mit Sowjetrußland vorzubereiten, die bei der Konferenz von Genua möglich wurde. Noch vor Genua legte die sowjetische Delegation einen Zwischenaufenthalt in Berlin ein, wo sie den Text eines möglichen Vertrages erörterte. Doch damals schwankte Kanzler Wirth noch, wollte er erst den Ausgang von Genua abwarten.

NZ. Wenn Sie nichts dagegen haben, dann wollen auch wir nach Genua zurückkehren. Wie entwickelte sich dort das Geschehen?

Achtamsian. Die erste Sitzung begann am 10. April um 15.05 Uhr. Die Eröffnung der Konferenz wäre kaum in die Geschichte der Diplomatie eingegangen, wenn dort nicht eine Rede des Vertreters Sowjetrußlands gehalten worden wäre.

Tschitscherin sprach dann die historischen Worte:

„Die russische Delegation, die die Prinzipien des Kommunismus vertritt, erkennt an, daß in der heutigen historischen Epoche, die ein Nebeneinander der alten und der entstehenden neuen sozialen Ordnung ermöglicht, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die diese beiden Eigentumssysteme vertreten, für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau von zwingender Notwendigkeit ist.“

Heute ist bekannt, daß die sowjetische Führung unter Lenin dieses Programm der Zusammenarbeit lange und sorgfältig durchdachte. Es enthielt sowohl praktische Maßnahmen als auch die wichtigste Forderung, die Erörterung der Abrüstungsfragen aufzunehmen.

NZ. Erstmals seit Beendigung des Krieges!

Achtamsian. Im Grunde zum ersten Mal. Die Entente-Länder hatten sich in Versailles nur für die Abrüstung Deutschlands interessiert, doch, was sie selbst anging, so ließen sie es bei nebelhaften Phrasen bewenden. Tschitscherin aber schlug eine allgemeine Abrüstung vor, schlug vor, „alle Vorschläge zu unterstützen, die eine Erleichterung der Last des Militarismus zum Ziel haben.“

Hier sei bemerkt, daß die „einladenden Mächte“ die Teilnahme Sowjetrußlands als „Rückkehr des verlorenen Sohnes“ hinzustellen suchten. Doch aus

einer „reuen Rückkehr“ wurde nichts. Die sowjetischen Diplomaten nahmen in Genua eine selbständige Haltung ein, an die sie sich im Verlauf der gesamten Verhandlungen klar hielten.

Nach der ersten Sitzung baten die Westmächte die sowjetische Delegation zu halbprivaten Gesprächen über Wirtschaftsfragen, unter denen die Frage der Schulden des Zaren im Mittelpunkt stand. Sie fanden in der Villa Albertis statt, in der Residenz des britischen Premiers David Lloyd George. Dort wurden die Bedingungen einer Einigung erörtert, gab es leidenschaftliche Diskussionen. Die deutschen Diplomaten aber wurden in die Villa zu Lloyd George gar nicht erst eingeladen. Ihnen blieb nur, abzuwarten...

NZ. Woher ist das weitere Geschehen bekannt?

Achtamsian. Bei meiner Arbeit im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD stieß ich auf das Tagebuch des Baron von Maltzan - des Mannes, der alle Fäden der Verhandlungen mit den sowjetischen Vertretern in Händen hielt. Auf der Akte die Aufschrift: „Deutsche Delegation. Genua. Vertrag von Rapallo.“ Es waren 17 Seiten enggedruckten Schreibmaschinentextes mit Randbemerkungen von Maltzan persönlich und dem Vermerk „Geheim“! Interessanterweise wurde für gewöhnlich der Geheimhaltungsgrad eines Dokuments im deutschen Auswärtigen Amt in roter und grüner Tinte gekennzeichnet. Und hier eine besondere Aufschrift! Tatsächlich bringt das Dokument neue Aspekte.

Lange Zeit waren die unmittelbaren Umstände, die dem Beschluß der deutschen Seite vorausgingen, einen Vertrag zu schließen, vor allem aus den Memoiren des britischen Botschafters in Berlin, Lord D'Abernon, bekannt.

NZ. Welchen Niederschlag fand das Geschehen in von Maltzans Tagebuch?

Achtamsian. Ja, hier haben wir uns dem interessantesten Punkt genähert. Die Tagebuch-Eintragungen umfassen den Zeitraum vom 10. bis zum 17. April. Hier ihre kurze Darlegung, die Ereignisse Tag für Tag - so, wie Maltzan sie sah.

Aus von Maltzans Tagebuch. 11. April. Auf der ersten Sitzung der Politischen Kommission erklärte Lloyd George, das Londoner Memorandum müsse zur Grundlage für die Regelung der Finanzansprüche werden.

Kommentar A. Achtamsians. Das Londoner Memorandum, das westliche Experten vor der Konferenz von Genua ausgearbeitet hatten, wurde von der deutschen Regierung nicht unbegründet als Damoklesschwert betrachtet, da es die Reparationsforderung gegenüber Deutschland vorsah und das Recht Sowjetrußlands, das gleiche zu verlangen, nicht ausschloß.

... Am Abend fand ein Treffen mit dem Leiter der „russischen“ Abteilung des britischen Foreign Office, Gregory, statt. Beide Seiten konstatierten, daß die

deutsche Politik in der „russischen Frage“ bislang loyal der britischen gefolgt sei. „Ich erwähnte schließlich noch, daß wir anlässlich der Durchreise Tschitscherins“ (über Berlin nach Genua - die Red.) „Gelegenheit gehabt hätten, unser Verhältnis zu Rußland und die aus dem früheren Kriegszustand resultierenden Schwierigkeiten befriedigend und separat zu regeln, daß wir aber mit der Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz von Genua es verzögert hätten, mit vollkommen freien Händen nach Genua zu kommen.“

12. April. Ein Treffen mit britischen Experten. Es wurde erklärt, warum zumindest drei Positionen des Londoner Memorandums unannehmbar seien. Die Engländer versprachen, Lloyd George unverzüglich darüber zu informieren.

„Ich deutete in diesem Zusammenhang wiederum die Möglichkeit an, uns mit den Russen hier wegen des Art. 116“ (des Artikels des Versailler Vertrags über die Reparationen - die Red.) „erneut in Verbindung setzen zu müs-



Hier, im Palazzo San Giorgio, tagte die Konferenz von Genua

sen, die Herren suchten jedoch die ganze Angelegenheit als harmlos darzustellen und versprachen, mir baldmöglichst Nachricht zu geben.“

13. April. Gerüchte bewahrheiteten sich, daß in der Villa Albertis Verhandlungen mit Sowjetrußland geführt werden. „Der Reichsminister hat in dieser Zeit zweimal schriftlich und einmal telephonisch Lloyd George um eine Unterredung bitten lassen, alle drei sind abgelehnt worden.“

Obwohl die Westmächte bei der Vorbereitung der Konferenz verkündet hatten, es dürfe auf ihr weder Sieger noch Besiegte geben, gingen sie mit Deutschland weiter wie mit einem besiegt Land um.

Aus von Maltzans Tagebuch. 14. April. Die Engländer haben bisher die mir in Aussicht gestellte Antwort über die



Stellungnahme des Primo-Ministers zu den inkriminierten 3 Punkten nicht gegeben... Die Russen, mit denen ich sprach, bestätigten mir, daß sie den ganzen Tag durch Besprechungen in der Villa Lloyd George's beschäftigt sind." Spätabends traf ein Experte der italienischen Delegation, Amadeo Gianini, ein und bat, vom Reichskanzler in einer dringenden Angelegenheit empfangen zu werden.

Ein sehr wichtiger Augenblick! Gianini teilte mit, die Gespräche der Entente mit den sowjetischen Vertretern in der Villa Albertis hätten einen positiven Verlauf genommen.

Die deutschen Diplomaten notierten sich anlässlich des Besuchs etwas, das ihre pessimistische Stimmung sehr genau wiedergibt: „Die ganze Unterredung mußte der deutschen Delegation die Überzeugung vermitteln, daß 1) die Verhandlungen der Westmächte mit Rußland nahe dem Abschlusse ständen, 2) daß der bevorstehende Akkord zwischen den Westmächten und Rußland die aus dem Londoner Memorandum in drei Punkten sich ergebenden schweren Nachteile für Deutschland nicht beseitigen würde, 3) daß die Information durch Gianini lediglich eine Aufforderung zum Beitritt Deutschlands zu einem Abkommen darstellte, auf das Deutschland keinen Einfluß mehr nehmen konnte.“

Das wahre Ziel von Gianinis Besuch bleibt bis heute ein Rätsel für die Historiker. Diesbezügliche Dokumente wurden bislang nicht entdeckt. Doch wie dem auch sei, der Besuch des italienischen Diplomaten sollte der letzte Anstoß sein, der die deutschen Politiker zum Vertrag von Rapallo veranlaßte.

**Aus von Maltzans Tagebuch.** „Gleich nach dem Abschied des Herrn Gianini, nachts gegen 12 Uhr, gab mir der Minister Rathenau in Gegenwart des Herrn Simson den Auftrag, nunmehr mit den Russen eine Verbindung zu suchen, um die in Berlin unterbrochenen Besprechungen wiederaufzunehmen. Ich setzte mich mit Herrn Joffe telephonisch in Verbindung und verabredete mit ihm am anderen Morgen um 10 Uhr eine Zusammenkunft im Palazzo Reale.“

Halt! Diese Tagebucheintragung widerlegt kategorisch D'Abernons Behauptung, Maltzans Worten zufolge habe Tschitscherin selbst in der Nacht zum 16. April bei der deutschen Residenz angerufen und ihn zusammen mit Rathenau nach Rapallo gebeten, um die Bedingungen für die Unterzeichnung des Vertrages zu erörtern, und dieses Gespräch habe eine Viertelstunde gedauert. Jetzt besteht keinerlei Zweifel mehr daran, wer tatsächlich der Initiator dieses Schritts war. Wird man ja im Westen bis heute nicht müde, sich über die „Heimtücke der Russen“ in Genua auszulassen! Verfolgen wir, was weiter geschah.

**Aus von Maltzans Tagebuch.**

... Am Morgen des 15. April kam es zu einer Begegnung am vereinbarten Ort mit zwei sowjetischen Vertretern - Joffe

und Rakowski. Sie informierten eingehend über den Verlauf der mit den Westmächten geführten Verhandlungen in der Villa Albertis, die sie insgesamt als positiv bewerteten. „Ich sondierte die Russen vorsichtig über die event. Wiederaufnahme unserer Berliner Besprechungen...“ Die sowjetischen Vertreter sagten offen, unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen mit den Westmächten, sei Sowjetrußland bereit, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen.

Nach der Begegnung mit Joffe und Rakowski beschloß Maltzan, eine andere Variante zu erproben: Was, wenn man Druck auf die Engländer ausüben würde? Am gleichen Tag begab er sich zum britischen Diplomaten Wise und warnte ihn, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den sowjetischen Vertretern sei möglich. Die deutsche Delegation bemühte sich, wie gesagt, darum, daß Artikel 116 des Versailler Vertrages nicht mehr angewandt wurde. Doch Wise erleichterte Maltzans Leiden nicht. Er versprach nur, diese Frage mit Lloyd George zu ventilieren. Unterdes traten die Ereignisse in die entscheidende Phase: Spätnachts wurde in der deutschen Residenz aus der sowjetischen Delegation, die sich im Hotel „Palazzo Imperiale“ in Rapallo befand, angerufen und vorgeschlagen, die Besprechungen am Morgen des 16. April wieder aufzunehmen. Nach diesem Anruf konferierte man die ganze Nacht... Bei der nächtlichen Sitzung wurde beschlossen, die Einladung anzunehmen, nach Rapallo zu kommen und die britische Residenz über die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Russen zu informieren.

**Aus von Maltzans Tagebuch.** „Am Ostersonntag früh um 7 1/2 Uhr telephonierte ich Wise an und erhielt von seinem Büro die Mitteilung, daß er noch schlief. Auf meine Bitte, ihn zu wecken, erhielt ich die Mitteilung, daß Wise mich selbst, sobald er aufgestanden sei, anrufen würde. Als dieser Anruf bis 9.30 Uhr nicht erfolgte, rief ich selbst Wise zwischen 9.30 und 10 Uhr noch einmal an, und bekam die Mitteilung vom Büro, daß die Herren aus wären...“

**NZ. Wie verliefen die abschließenden Verhandlungen in Rapallo?**

**Achtamsian.** Rathenau, Simson und Maltzan trafen um 12 Uhr mittags in der sowjetischen Residenz ein. Sie forderten Tschitscherin auf, den in Berlin erörterten Vertragstext ein weiteres Mal durchzusehen. Um 14.40 Uhr, als die grundsätzliche Möglichkeit der Vertragsunterzeichnung deutlich geworden war, schickte die deutsche Delegation ein Telegramm nach Berlin: „Hiesige politische Gesamtsituation erfordert voraussichtlich Zeichnung Sonderabkommens mit Rußland zwecks Wahrung der durch bekannte Londoner Vorschläge gefährdeten deutschen Rechte.“

Wenig später lag der Text in den beiden authentischen Originalen vor. Um

18.30 Uhr setzten Tschitscherin und Rathenau ihre Unterschriften unter den Vertrag. Der Vertrag normalisierte die sowjetisch-deutschen Beziehungen, hielt den beiderseitigen Verzicht auf jegliche Ansprüche fest und sah eine aktive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen vor. Später wird der uns bereits bekannte M. Schlesinger in einem Resümee seines Gesprächs mit Joseph Wirth festhalten: „Die zwischen Dr. Wirth und von Maltzan geschlossene Waffenbrüderschaft, die Versailler Klammer durch einen Ausbruch nach Osten zu brechen, hatte sich in Rapallo erfüllt.“

**NZ. Und jetzt zur Praxis des Vertrags von Rapallo, dazu, wie er verwirklicht wurde.**

**Achtamsian.** Bei meiner Arbeit in Bonner Archiven interessierte ich mich für die Dossiers des ersten deutschen Botschafters in Moskau, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau. Dort entdeckte ich den Briefwechsel des Botschafters mit Tschitscherin, der davon zeugt, wie positiv sich die sowjetisch-deutschen Beziehungen im Zeichen Rapallos entwickelten. Anlässlich des ersten Jahrestages des Vertrages von Rapallo gratulierte der Volkskommissar Brockdorff-Rantzau wie folgt:

„Offen, vor der ganzen Welt, ohne Hinterhalt, ohne geheime Abmachungen, haben die zwei Völker die Notwendigkeit der freundschaftlichen Verhältnisse, der Annäherung, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verkündet. Die Streichung der beiderseitigen Forderungen ist wie bekannt für unseren Staat die einzig mögliche Grundlage für dauernde Vertragsverhältnisse, und dadurch, daß die deutsche Regierung diesen Weg betrat, hat sie den beiderseitigen Akt ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß das in der ökonomischen Geographie fußende gegenseitige wirtschaftliche Anleihen unserer Länder nie vorher zum richtigen Ausdruck gekommen war und jetzt zum ersten Mal einen freien Weg vor sich sieht.“

Ein Jahr später, im April 1924, wurden wieder denkwürdige Botschaften ausgetauscht. Tschitscherin schrieb bezüglich gewisser Anti-Rapallo-Tendenzen in den herrschenden Kreisen Deutschlands an Brockdorff-Rantzau:

„Weder 'Völkerbund-Anschluß'...noch westlich orientierte Industrielle noch Swastikaträger haben Rapallo besiegt, und auch bei uns ist Rapallo durch entsprechende ungünstige Kräfte nicht besiegt worden. Rapallo wird auch nicht besiegt werden, darauf hoffe ich bestimmt. Rapallo ist sogar mehr Zukunft als Vergangenheit. Also Volldampf vorwärts, der Kurs bleibt der alte.“

Die Figur von Graf Brockdorff-Rantzau sollte hier eingehender behandelt werden. Der Vertrag von Rapallo sah die unverzügliche Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland vor. Die Sowjetregierung ernannte ihren bevollmächtigten Vertreter in Berlin -



N. Krestinski. In den herrschenden Kreisen Deutschlands begann man nach einer geeigneten Kandidatur für den Posten des Botschafters in Moskau zu suchen. Die internationale Lage war kompliziert. Rapallo wurde attackiert.

Unter diesen Umständen entschied sich der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert für Graf Brockdorff-Rantzau, der als erfahrener Diplomat alter Schule bekannt war.

Schon bald begannen große Firmen wie AEG, Otto Wolff, Krupp und Stinnes Kontakte mit den entsprechenden sowjetischen Außenhandelsorganisationen aufzunehmen. Gleich nach der Akkreditierung des deutschen Botschafters wurde ein Kontrakt über Getreidelieferungen im Austausch gegen Industriewaren aus Deutschland geschlossen.

Bereits im Mai 1923 hatten deutsche Unternehmer in der UdSSR zehn Konzessionen erhalten, und bis Jahresende waren es schon 16.

Am 12. Oktober 1925 wurde in Moskau ein neues Wirtschaftsabkommen geschlossen, das verschiedene Bereiche umfaßte: allgemeinen Rechtsschutz, wirtschaftliche Tätigkeit und Bahnverkehr, Schifffahrt, Steuern, Handelschiedsgerichte und Schutz industriellen Eigentums. Die Seiten bekräftigten das durch den Vertrag von Rapallo aufgestellte Prinzip der Meistbegünstigung. Von großer Bedeutung für den Frieden war auch die Unterzeichnung des Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages im April 1926 in Berlin. Anfang der 30er Jahre arbeiteten insgesamt 3000 Firmen mit der Sowjetunion zusammen. 300 000 deutsche Arbeiter führten sowjetische Aufträge aus. In kurzer Zeit wurde Deutschland zum größten Handelspartner der UdSSR.

Ziehen wir eine Bilanz. Ebenso wenig wie der Abschluß des Vertrages von Rapallo war auch dessen fruchtbare Verwirklichung kein Zufall. Die langjährigen Erfahrungen bei der Zusammenarbeit im Geiste von Rapallo brachten größten Nutzen, dienten den Interessen beider Länder. Und nicht durch Schuld der Sowjetunion wurde diese Entwicklung in den 30er Jahren abgebrochen.

**NZ. Um es mit Tschitscherins Worten zu sagen, bestiegen damals die „Swastlika-Träger“ Rapallo!**

**Achtamsjan.** Eben so sollte es kommen. Die Ergebnisse des Abgehens von Rapallo sind zu trauriger Berühmtheit gelangt. Wie ein westlicher Publizist bemerkte, bewegte sich Deutschland damals „von Rapallo nach Stalingrad“. Doch wohl gerade dieser tragische Verlauf der Ereignisse bestätigt, daß es keine Alternative zur großen Idee der friedlichen Koexistenz, die vor 65 Jahren in Genua und Rapallo geboren wurde, gibt. Darüber sollte man sich bei diesem denkwürdigen Jahrestag Gedanken machen.

Es Interviewte B. BALKAREI

„NEUE ZEIT“ 13.87

## Das Double



Für mein Gespräch mit Maidorshaw Gansorig hatten wir ein Zeitlimit von drei Stunden vereinbart. Die Zeit verging wie im Fluge, aber eine Frage blieb ungestellt. Der Grund? Ich hatte eine sehr persönliche Frage auf dem Herzen, und es wäre Gansorig sicherlich nicht leicht gefallen, sie in Gegenwart seiner Kollegen, wir unterhielten uns in einem engen Laborzimmerchen, zu beantworten.

Maidorshaw Gansorig ist das Double des ersten mongolischen Kosmonauten Shugderdemidijn Gurragscha.

Im Sternenstädtchen hatten sie sich drei Jahre lang gemeinsam auf den Flug vorbereitet. Gurragscha flog los, und Gansorig blieb unten. Gurragscha war im Weltraum, ihn kennen alle Mongolen. Gansorig ist auch bekannt, aber längst nicht so berühmt, wie sein Kollege Gurragscha, die Leiffigur im Leben vieler Mongolen. Gansorig leitet das Labor eines Akademie-Instituts. Mit seinen Kollegen sitzt er in einer mit Schreibtischen und Aktenschränken vollgestopften Kanzleistube.

Eine Laune des Schicksals. Bei etwas anders gelagerten Umständen hätte nicht Gurragscha, sondern er, Gansorig, alle die Glückwünsche entgegengenommen, und der Weltraumflug allein hätte schon seinen weiteren Lebensweg bestimmt.

Ich beobachte Maidorshaw Gansorig und versuche zu errörnden, wie sein Leben nach dem Sternenstädtchen verlaufen war. Ein untergesetzter, kräftig

**TASS-Foto: M. Gansorig und V. Ljachow, die beiden Doubles der Besatzung von Sojus-39.**

gebauter, selbstbewußter Mensch. Ein ausgeglichenes Gesicht... Die physische Belastung konnte ihm nichts anhaben. General Tschoidon Purewdorsh hatte mir im Verteidigungsministerium gesagt: „Die Mongolen stellen vortreffliche Piloten. Unsere Jungs haben das, was die moderne Fliegerei verlangt, hundertprozentige Gesundheit und ein belastbares Nervenkostüm. Die technischen Kenntnisse erwerben sie an den Offiziersschulen.“

### Aus dem All betrachtet

Im Frühjahr 1986 hatte Gansorig auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Ulan-Bator einen Redebeitrag über einen für die Mongolei neuen Gegenstand gehalten: die Prospektierung von Naturschätzen mit Methoden der Sondierung auf große Entfernungen. Die Konferenz stand unter dem Thema „Anwendung von Weltraum- und Luftfahrtinformationen in Wissenschaft und Volkswirtschaft der MVR“. Sie war dem 5. Jahrestag des gemeinsamen Weltraumfluges gewidmet.

Mongolei und Weltraum. Ist dieser Zusammenhang nicht etwas hochgegriffen? Kann sich das Land überhaupt kostspielige Weltraumforschungen leisten? Stand hier nicht falsch verstandener Ehrgeiz Pate?

1959 wurden in Ulan-Bator und in der Gobi zwei Satellitenbegleitstationen eingerichtet. Seitdem nimmt die Mongolei an gemeinsamen Forschungen der sozialistischen Länder teil. Dshanibekows und Gurragschas Tätigkeit 1981 war für Geologie und Landwirtschaft gleichermaßen lohnend. Als man z. B. das Gebiet um den Hubsugul-See unter die Lupe nahm, stieß man auf große Phosphorlagerstätten.

Das „kosmische Auge“ stieß in der Nordmongolei auf eine Vielzahl kreisrunder Strukturen, offenbar vulkanischen Ursprungs. An den Bruchstellen und Schnittpunkten, die nur aus dem Weltraum zu erkennen waren, mußten sich mit höchster Wahrscheinlichkeit mineralische Rohstoffe befinden. Die Kreise lagen in einem bestimmten Abstand zueinander. Das half, sie aufzufinden. Da auch Maidorshaw Gansorig mit diesem perspektivreichen Abschnitt der angewandten Forschung befaßt war, schlug man ihm 1986 vor, ein Labor für die Auswertung von Weltrauminformationen einzurichten. Im selben Jahr setzte auch die Erforschung der geologischen Struktur im Gebiet Muschugai ein. Die Satellitenaufnahmen wurden vom Computer ausgewertet. Gansorig und seine Kollegen prognostizierten die wahrscheinlichen Lagerstätten verwertbarer Bodenschätze in diesem Gebiet. Ihre Vorhersagen wurden durch Feldforschungen vollauf bestätigt.

Jetzt gibt es erstmalig eine auf



Satellitenaufnahmen beruhende Landkarte der Mongolei. Jetzt sind Karten an der Reihe, die für komplexe Entwicklungspläne unerlässlich sind.

Wenn man Weltraumaufnahmen richtig zu lesen versteht, kann man eher ein Programm entwerfen, wie die unerschöpflichen oder unerschöpflich scheinenden unterirdischen Schätze der Republik ausgebeutet werden können. Deshalb nützt der Weltraum der Mongolei.

"Wir arbeiten nicht nur für Geologen oder Kartenzeichner", klärt mich Gansorig auf, "sondern auch für unsere Viehzüchter. Wenn wir Satelliteninformationen über die Pflanzendecke und die Schneeverteilung erhalten, sind wir eher in der Lage, die optimalen Weiden auszusuchen. In einem Land, dessen Wirtschaftsgrundlage die Viehzucht ist, und zwar hauptsächlich mit Weidenhaltung, kann man diese Arbeit nicht hoch genug einschätzen."

Von Satelliten, Raketen und Wetterballons aus sondierte Fakten ermöglichen ein einheitliches Umweltkontrollsystem. In Gansorigs Labor ausgewertete Aufnahmen zeigten beispielsweise eine über Ulan-Bator schnell anwachsende Dunstglocke. Sie rührt daher, daß man hier das Schwergewicht auf Wärmekraftwerke als Hauptenergielieferant gelegt hat.

## Lohnt sich das!

"Es heißt, daß die Wissenschaft eng an die Produktion gekoppelt sein muß", sagt Gansorig, "wir können auf Vertragsbasis mit Geologen zusammenarbeiten. Unser Labor stellt die Prognose auf, und die Forschungsteams richten danach ihre Erkundungsrouten aus. Wenn die Prognosen sich als falsch erweisen, gehen wir eben ohne Lohn aus."

"Vertrauen Sie Ihren Angaben denn selbst?"

"Man hat uns sogar schon getestet. Hydrologen haben in einem ganz bestimmten Gebiet Wasser gesucht. Nachdem sie fündig geworden waren, gaben sie den Ort nicht bekannt und kamen zu uns. Sie wollten eine Prognose haben. Wir erteilten diesen Auftrag, und sie verglichen unsere Angaben mit ihrer Karte. Beides stimmte überein. An uns soll es nicht liegen, wir haben Geologen und Schürfer etwas zu bieten. Es geht jetzt nur darum, unsere Produktionskader zu interessieren, damit auch sie auf unsere Möglichkeiten vertrauen und in uns zuverlässige Partner sehen."

Die Ideen Maidorshaw Gansorigs klingen verführerisch, leicht zu realisieren und versprechen einigen Effekt. Derlei simple und effektvolle Ideen, die Revolutionäres auf ihrem Gebiet verhießen, aber sich dann praktisch als einziger Reifall erwiesen, gab es schon früher. Was sagen Gansorigs potentielle Partner, die Geologen, zur Sondierung auf weite Entfernung?

Wer bereits geortete Fundstätten

detailliert erkunden und zur industriellen Nutzung vorbereiten will, kann Gansorigs Prognosen nicht mehr gebrauchen. Das Laboratorium ist demjenigen eine Hilfe, der sich auf unbekanntes Terrain vorwagt. Eine derartige Komplexforschung betreibt die Internationale Geologische Expedition in der MVR, ein einzigartiges Institut im System des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Expedition war auf 5 Jahre projektiert. Sie existiert jetzt doppelt so lange. Ihr Leiter Agwani Gurragscha, ein Namensvetter des Kosmonauten, Geophysiker von Beruf und Absolvent der geologischen Fakultät an der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau, rechnet mit weiteren 15 Jahren: "Hervorragende Grundlagen, wertvolle Erfahrungen. Es wäre schade, so ein Kollektiv aufzulösen."

Was hat die Expedition vorzuweisen?

Sie hat die größten Molybdän- und Wolframlager des Landes in Undur Zagan entdeckt, reiche Silbervorkommen, Flußspat, den man sofort in den Wirtschaftszyklus integrieren kann, und weitere kostbare Bodenschätze. Sie hat ein riesiges Areal gründlich erforscht. In der Expedition wuchs eine ganze mongolische Geologengeneration heran. Dieser Beruf war hier vorher unbekannt. Man ruft sie heute bereits nach Kuba oder nach Vietnam, um dort bei umfangreichen Prospektierungsvorhaben mitzuarbeiten.

Agwani Gurragscha sagt: "Meiner Meinung nach arbeiten wir effektiv. Man muß natürlich sehen, daß Geologenherzen höher schlagen, wenn sie überhaupt irgend etwas finden. Schließlich wissen wir, wie schwer es ist, der Erde ihre Reichtümer zu entlocken. Die Ökonomen wiederum sind nicht zufrieden mit uns. Sie meinen, daß praktisch zu wenig dabei herauskommt. Sie brauchen neue Lagerstätten, und zwar gleich solche, die sie im industriellen Maßstab ausbeuten können. Alle Gründungsländer haben ihre Vertreter im Expeditionsrat. Die einen brauchen Wolfram, die andern nicht. Kohlelagerstätten lassen wir links liegen und untersuchen sie gar nicht erst näher, weil wir wissen, daß diejenigen, die uns subventionieren, keine Kohle brauchen... Wir beobachten sehr aufmerksam, was Gansorig und seine Kollegen machen. Wenn es uns glückt, alles zu verwirklichen, was sie versprechen, haben wir es leichter."

Womit finanziert sich die Expedition? Sie ist ziemlich teuer, und die Frage ist gar nicht so unangebracht. Ihr Jahresbudget beträgt 3 Mio Transferrubel. Das sind die Beiträge der Gründungsländer. Die RGW-Partner der Mongolei brauchen die hiesigen Bodenschätze. Jedes Land bringt natürlich seine eigenen Interessen mit, und nicht alle Erwartungen haben sich bestätigt. Vier Jahre lang haben drei Gruppen ein ganz bestimmtes Buntmetall gesucht - und nicht gefunden. Vom ökonomischen Standpunkt ein pures Verlustgeschäft.

Der Leiter der Expedition verläßt sich jedoch weiterhin auf Maidorshaw Gansorigs erfolgreiche Arbeit.

## Freunde wie eh und je

Gut, daß ich mir die Frage, die mir schon auf der Zunge lag, gespart habe. Sie wäre nach all dem, was ich über Gansorigs Arbeit erfahren habe, fehl am Platz gewesen. Er gehört nicht zu den Leuten, die sich ihre Zukunft von der Vergangenheit überschatten lassen.

Beim Abschied bemerkte Gansorig noch, daß er abends mit dem ersten Kosmonauten des Landes, Gurragscha, zusammen ein Referat halten wird.

"Sehen Sie sich öfter?" fragte ich interessiert.

"Natürlich", erwiderte Gansorig und setzte, als hätte er meinen Hintergedanken erraten, hinzu: "Wir sind Freunde geblieben."

... Er wuchs auf in einer kleinen Siedlung. In Kiew schloß er die Polytechnische Hochschule ab. Er ist auf Automaten und Kontrollmeßgeräte spezialisiert. Danach arbeitete er in einem Wärmekraftwerk und geriet vollkommen unerwartet in die Sektion für Weltraumforschung beim akademischen Institut für Physik und Technik in Ulan-Bator, wo ein Experte für die Anlagen gebraucht wurde. Das war eine folgenschwere Wende in seinem Leben.

Vom Institut aus wurde er in die Kosmonautenstaffel beordert. Nach dem Sternenstädtchen fand er in sich die Energie, einen neuen Weg einzuschlagen. Er stürzte sich in die wissenschaftliche Arbeit. Sein Interessenbereich stand in enger Beziehung zu dem Forschungsprogramm, das die sowjetisch-mongolische Mannschaft von Sojus-39 durchführte. Drei Jahre Weiterbildung im Moskauer Weltraumforschungsinstitut. Promotion 1984. Er kehrte in dasselbe Institut für Physik und Technik nach Ulan-Bator zurück, von wo aus er einmal ins Sternenstädtchen aufgebrochen war... Er mußte hart arbeiten, um seine Kollegen von den aussichtsreichen Perspektiven seiner Auswertungen zu überzeugen. Und er überzeugte sie.

In Gansorigs Labor arbeiten 10 Personen, Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler, drei von ihnen sind Doktoren.

"Unsere Studien", sagt Gansorig, "werden mit jedem Jahr wichtiger für unsere Volkswirtschaft. Mir schwebt ein internationales Zentrum für die Auswertung von Weltrauminformationen vor, das eng an regionale Zentren gekoppelt ist..."

Ob sich dieser Traum von Maidorshaw Gansorig erfüllt? Er war schon einmal einen Schritt vor dem Ziel. Wünschen wir ihm Erfolg.

L. MLETSCHIN

NZ-Sonderkorrespondent

Ulan-Bator - Moskau



# Bernhard Grzimek: Für immer in der Serengeti



**Wir haben uns daran gewöhnt, jene, die sich dem Dienst an den Menschen verschrieben haben, als Humanisten zu bezeichnen. Das Lebensziel des Humanisten Bernhard**

**Grzimek aber war die Sorge um die Tiere. Leben und Tod des Frankfurter Professors haben unserem skeptischen und pragmatischen Zeitalter eine wichtige moralische Lehre erteilt.**

1945 wurde er zum Direktor des Zoos in Frankfurt a. M. ernannt - und verwandelte die rauchenden Ruinen in einen der besten Tierparks der Welt. Er griff zur Feder - und seine Bücher wurden in 35 Sprachen gelesen. Er wandte sich der Massenkunst Film zu, und der von ihm gedrehte Dokumentarfilm „Serengeti darf nicht sterben“ war ein weltweiter Erfolg und erhielt den Oscar. Grzimek trat auch im Fernsehen auf - drei Jahrzehnte lang war er ununterbrochen Moderator der Sendung „Ein Platz für Tiere“, die Anfang der 70er Jahre als beste Fernsehreihe des BRD-Fernsehens galt.

Prof. Grzimek bereiste die ganze Welt, und doch nahm in seinen Werken, seinen Gedanken und seinem Leben Afrika einen besonderen Platz ein. Hier schrieb das Schicksal die schönsten und die tragischsten Seiten seiner Biographie. Bernhard Grzimek, der von der hiesigen Fauna begeistert war, tat sehr viel, um ein geschlossenes System von Nationalparks, die er als optimale Form für die Existenz der unberührten Natur auf unserem urbanisierten und kultivierten Planeten ansah, auf dem Kontinent zu schaffen und weiterzuentwickeln. Mit seinen Büchern, Filmen und Fernsehsendungen vermochte er die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Probleme und Leiden der Tierwelt Afrikas zu lenken und viele Menschen von der Notwendigkeit zu überzeugen, den jungen Nationalstaaten zu helfen. „Das sind sehr arme Länder, doch sie bewahren eine erstaunliche Natur für uns alle, für die ganze Menschheit, und es ist die Pflicht der Industrieländer, ihnen dabei zu helfen“, betonte Grzimek.

Afrika verlangte von Grzimek das schwerste Opfer - im Nationalpark Serengeti, im Ngorongoro-Krater verlor er für immer seinen Sohn und Gleichgesinnten Michael, dessen kleines Flugzeug mit einem entgegenfliegenden Adler zusammengestoßen war. Auf dem Grab des 24jährigen Michael Grzimek stehen die Worte: „Er gab alles, was er hatte, sogar sein Leben, um die wilden Tiere Afrikas zu schützen.“

Bernhard Grzimek führt fast jedes Jahr

in die Serengeti. Jetzt, 28 Jahre nach seinem Sohn, wird er für immer dorthin zurückkehren. In einem Brief an seine Angehörigen äußerte Prof. Grzimek seinen letzten Wunsch: Möge seine Asche von einem Flugzeug aus über der Serengeti zerstreut oder er neben Michaels Grab am Ngorongoro-Krater beigesetzt werden.

Vor einigen Jahren war Prof. Grzimek Gast der Internationalen Moskauer Buchmesse, auf der auch über die Herausgabe weiterer zwei seiner Werke in der UdSSR verhandelt wurde: Insgesamt sind 11 seiner Bücher ins Russische übersetzt - sie werden bei uns sehr gern gelesen. Ich fragte Grzimek damals, wo seiner Meinung nach heute diese Serengeti liegt, die nicht sterben darf, die von uns gerettet werden muß. Er antwortete: „Oberall“.

Prof. Grzimek war sich als einer der ersten bewußt geworden, daß die Natur nur von allen Völkern und Ländern gemeinsam gerettet werden kann. Er schlug Alarm um des ökologischen Schicksals unseres Planeten willen, als das Wort Ökologie noch kaum jemandem bekannt war. Grzimek schrieb nicht nur über die Ausrottung und das Aussterben wilder Tiere, sondern auch über die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern, die die Millionen Menschen hungern läßt und sich verhängnisvoll auf die Umwelt auswirkt. Er verwies auf die Gefahr der barbarischen Rodung der Wälder und der Verstepfung, auf die irrationale Nutzung der Naturressourcen, auf die Verschmutzung von Luft und Wasser.

Als Grzimek 1954 nach seiner Rückkehr aus dem damaligen Belgisch-Kongo seinem Buch die Überschrift „Kein Platz für wilde Tiere“ gab, waren viele bereit, ihn auszulachen. Es wurde sogar ein Gegenbuch verfaßt. Wie viel haben wir doch in den vergangenen Jahren dazugelernt. Dazu trug zweifellos auch das unermüdliche Wirken Grzimeks und anderer ebenso engagierter Aufklärer bei - nennen wir nur Adamson, Causteau, Durrell, Heyerdahl, Peskow...

Grzimek führte seine umfangreiche

Korrespondenz ausschließlich auf Altpapier. Naivität? Nein, konsequentes Eintreten für die Bewahrung der Natur. Grzimek war „unbequem“, weil er keine Kompromisse kannte und sich stets von seinem Gewissen leiten ließ. Er wurde sogar verhaftet, doch bestand er beharrlich auf dem seinen.

Hierbei war Grzimek keineswegs ein Fanatiker, er sah sehr wohl, wie weit die Gegenwart von seinen Idealen entfernt war. Er war Realist und verstand, daß die Natur weniger durch Appelle als vielmehr durch konkrete Aktionen, für die Geld erforderlich ist, gerettet werden müsse.

Vor einiger Zeit trat Grzimek aus Altersgründen als Direktor des Frankfurter Zoos zurück. Doch er trat weiter im Fernsehen auf. War er auf Ruhm aus? Keineswegs! „Ich bin einfach verpflichtet, das zu tun“, sagte mir Prof. Grzimek, „da ich vom Bildschirm aus zu Spenden für die Bewahrung der Natur aufrufen kann. Für diese Gelder werden dann Autos, Funkgeräte, Mäntel, Zelte, selbst gebrauchte Uniformen und Stiefel gekauft. Die Angestellten der Nationalparks können bisweilen kaum von ihrem Lohn leben, und wenn sie durch die Hand von Wilddieben fallen, dann bleiben ihre Familien ohne Existenzmittel.“

Grzimek leitete den Fonds „Hilfe für die bedrohte Tierwelt“. Im Westen mangelte es nie an Wohltätigkeitsorganisationen, doch der Grzimek-Fonds war einmalig. Alle zwei Jahre überprüfte eine Sonderkommission die Buchführung und fand bestätigt, daß 99,2% der erhaltenen Mittel ihrer Bestimmung zufließen. Grzimek hob hervor, daß der Fonds keinerlei Direktorengehälter zahlt und keine endlosen Dienstreisen oder Kongresse finanziert, wie das leider bei vielen Wohltätigkeitsvereinen der Fall ist.

In seinem Testament bat Grzimek, von einer Trauerfeier abzusehen. Oberdies sollten seine Angehörigen keine Traueranzeigen veröffentlichen lassen und keine Blumen spenden. Alle so eingesparten Gelder bat er an den Hilfsfonds für die Tiere zu überweisen.

Andrej GURKOW



„Zu Damme in Flandern, als der Maimond dem Weißdorn die Blüten auftrat, da ward Ulenspiegel geboren, der Sohn des Claes.“ So beginnt Charles de Coster seine „Geschichte von Ulenspiegel und Lamme Goedzak“, die Romain Rolland den Ursprung der belgischen Literatur, ein mit „Don Quixote“ und „Pantagruel“ vergleichbares Literaturdenkmal nannte.

Das Buch galt als Bibel der Freiheitsliebe, und das mit Recht. Denn Till Ulenspiegel „säte überall, wo er nur konnte, den Sturm und rief das Volk zum Kampf gegen die Henker, die die Heimat quälten“. Wie stehen die heutigen Belgier zu Till, was wissen sie von ihm und wie denken sie über ihn?

# In Ulenspiegels Heimat

Wjatscheslaw BOIKOW

In Kapitel 35 des ersten Buches der „Geschichte von Ulenspiegel“ heißt es: „Nach dreitägiger Wanderung kam er in die Gegend von Brüssel, in die angesehene Gemeinde Uccle. Als er an der Herberge 'Zur Trompete' vorbeikam, ward er durch einen himmlischen Schinordunst hingezogen.“

Heute ist Uccle ein Stadtteil von Brüssel, hier befindet sich das Korrespondentenbüro der sowjetischen Gewerkschaftszeitung „Trud“, für die ich arbeite. An der Ecke Avenue de Fre Chomin du Crabbegat ist ein kleines, an der grauen Mauer kaum unterscheidbares Basrelief zu sehen. Darunter die Worte: „Hier traf Thyl Ulenspiegel, der Held Charles de Costers, Blinde, die Bogenkämpferinnen von Uccle und Brüder von der Dicken Fresse.“ Das schlichte Bild zeigt einen Zug von Blinden, die einander an der Schulter halten, und einen von Speisen und Getränken umgebenen sitzenden Till.

Gegenüber steht ein altes Haus. Seine schiefen Mauern aus verwittertem Stein, das eingesunkene Dach, die Schießschartenfenster und die eigenartige Freitreppe lassen auf eine lange und wechselreiche Geschichte des Bauwerks schließen. Die vorstehenden Riesenfiguren an der Fassade nennen das Baujahr: 1570. Dicht daneben ist ein weiteres ebenso mittelalterlich wirkendes Bauwerk aus roten Ziegelsteinen. Dort befindet sich ein kleines Restaurant. Auf meine Frage, ob hier vielleicht einst die Gaststätte „Zur Trompete“ gelegen habe, nickt der Besitzer eifrig. „Gewiß, mein Herr. Gerade hier bewirtete

Ulenspiegel die bettelarmen Blinden auf Kosten des Geistlichen von Uccle.“ Er sagte das mit einer Bestimmtheit, als handelte es sich um Kunden von gestern. Auf jeden Fall ist es nicht unwahrscheinlich, daß de Coster dieses Haus meinte. Er war für seine historische Akribie bekannt, und nach dem Entstehungsjahr zu urteilen, hatte das Haus zu Ulenspiegels Lebzeiten schon bestanden.

Mein Weg führte mich nach Damme, dem Geburtsort Ulenspiegels. Das Städtchen liegt etwa 100 km nordwestlich von der belgischen Hauptstadt. Die Chaussee von Brügge nach Damme verläuft längs an einem pfeilgeraden Kanal entlang.

## Ule und Spiegel

Links spiegelt sich eine aus Stein gebaute Windmühle im Kanal. Sie entstand 1867, gleichzeitig mit de Costers „Geschichte von Ulenspiegel“. Rechts ist Ulenspiegel selbst: An eine Ziegelmauer gelehnt, grinst ein eiserner Till zu einem herüber. Er hält zwei Spiegel, neben ihm sind Eulen, und so vereinigen sich Schalk und Weisheit.

Damme mit seinen rund 1000 Einwohnern hat nur einige wenige Straßen.

Viele altherwürdige Stein- und Ziegelsteinhäuser mit roten Giebeldächern. Das auch heute noch betriebene Krankenhaus stammt aus dem 13. Jahrhundert. Das Rathaus hatte vor zwei Jahrzehnten sein 600jähriges Jubiläum. Aus weißem Kalkstein gebaut und mit einem schmucken Glockenturm und gotischen



Ulenspiegel-Denkmal in Damme.

Spitztürmen gekrönt, wirkt es wie eine überdimensionale Sahnetorte. Ungefähr ebenso alt ist das Haus gegenüber, das wohl seiner Form wegen „Der große Stern“ heißt. Diese und andere Gebäude in Damme sind viel älter als Ulenspiegel, der de Coster zufolge 1527 geboren wurde.

Gleich bei der Einfahrt in die Stadt entdeckte ich die Tanzbar „Thyl“. Ein Restaurant daneben heißt nach seinem treuen Freund Lamme Goedzak, der versicherte, daß sich die Seele des Menschen in seinem Magen befinde. Hier trifft man auf Schritt und Tritt auf die Namen von Till, Nele, von seinen Freunden und Verwandten. Alles in der Stadt ist „nach Ulenspiegels Art“, von Cocktails bis zu Schweinskoteletts.

Auf diese gastronomische Verewigung Ulenspiegels hin angesprochen, meint Bert van Haecke, Direktor des hiesigen Touristikbüros: „Geschäft ist Geschäft, für die Unternehmer ist Ulenspiegel vor allem zugkräftige Werbung, die Touristen anzieht und Gewinn verspricht. Urteilen Sie nicht zu streng. Damme hat keine Industriebetriebe, die meisten Einwohner sind Bauern, und der Beruf ist heutzutage nicht gerade eine Goldgrube. Daher etwa die 'Ulenspiegel-Wurstchen', die sich aufwerten und besser verkaufen lassen.“

Van Haecke merkt mein Interesse für Till und schenkt mir ein paar Führer durch Damme. „In Ihrem Land“, sagt er, „kennt und liebt man unseren Ulenspiegel. Diese Hefte sind eine kleine Aufmerksamkeit und Dank dafür.“



In einer Broschüre war der Hinweis enthalten, daß Till in Damme lange vor Erscheinen von de Costers Buch bekannt gewesen sei.

## Wem gehört Till?

Als Held von Volkssagen ist Ulenspiegel uralte. Einige davon wurden als Bücher herausgegeben. Das älteste bekannte Buch erschien 1515 in Deutschland. Der deutsche Ulenspiegel soll in Kneitlingen (Braunschweig) das Licht der Welt erblickt haben und um 1350 in Mölln (südlich von Lübeck) gestorben sein. Die flämische Variante erschien etwas später, erzählt aber von Ereignissen aus dem 13. Jahrhundert. Der flämische Ulenspiegel lebte und starb in Damme. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Held einen realen Prototyp hatte, dessen Leben und Weben mit der Zeit durch bunte Geschichten ausgeschmückt wurde. De Coster gab der flämischen Version den Vorrang und versicherte sogar, der deutsche Till sei ein unehe-licher Sohn des flämischen. Wie dem auch sei, der Held der Volkssagen lebte lange vor den Ereignissen, von denen in de Costers Buch die Rede ist.

Mitte des 17. Jahrhunderts wurde in Damme unter dem Kirchenturm Tills Grabstätte „entdeckt“. Auf einem uralten Grabstein traten deutlich die Umrisse von Eule und Spiegel hervor. Die Inschrift lautete: „Wanderer, halte ein und schau auf Ulenspiegel. Bete zu Gott für ihn, er war ein echter Schalk.“

Mindestens zwei Jahrzehnte pilgerten zahlreiche Verehrer Tills hierher, bis Nicolas Rommel, ein Jurist aus dem benachbarten Brügge, die Wahrheit zutage förderte: Die Inschrift auf der Grabplatte war gefälscht, begraben war dort in Wirklichkeit der bekannte flämische Dichter Jacob van Maerlant, der im 13. Jahrhundert in Damme gelebt hatte (später wurde ihm auf dem Rathausplatz ein bis jetzt erhaltenes Denkmal errichtet).

Im Jahre 1665 ließ Rommel seine Botschaft öffentlich verlesen, und zwar auf dem Markt in Damme, wo sich die meisten Leute versammelten. „Unter dem Glockenturm“, hieß es in seinem Schreiben, „ruht nicht Ulenspiegel, sondern Jacob van Maerlant, dessen Grab somit geschändet worden ist... Ulenspiegel aber gehört an den Galgen.“ Später, 1829, wurde die strittige Grabplatte an einen Steinmetz aus Brügge verkauft, der sie zersägte und für einen Hausfries verwendete. „Aber nicht wenige glauben bis heute“, sagt von Haecke mir, „daß Ulenspiegel tatsächlich lebte und in Damme begraben liegt.“

Wir unterhalten uns im „Großen Stern“, wo im Parterre das Touristikbüro liegt. Sein Direktor und die paar

Angestellten haben auch viele andere Pflichten. So verleihen sie Fahrräder und betreuen das im ersten und zweiten Stock des Hauses untergebrachte Ulenspiegel-Museum.

Dieses präsentiert sich recht bescheiden. Das Wichtigste sind Übersetzungen der „Geschichte“ in andere Sprachen. Hier gibt es auch eine sowjetische Abteilung.

Ich bemerke, daß alle flämischen Ulenspiegel-Bücher viel dünner als das Original sind. Viele davon sind Kinder Ausgaben, und ihr Held ist nicht so sehr Kämpfer wie vielmehr ein Witzbold.

Wie wird Till heute von seinen Landsleuten gesehen?

Auf diese Frage bekam ich von meinen belgischen Gesprächspartnern die verschiedensten Antworten. „Ein Anarchist, der kein Gesetz kennt“, sagte ein Nationalsekretär des Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbundes. „Ein lustiger Vogel, eine Art flämischer Münchhausen“, hörte ich von einem Ladenbesitzer in Damme, der dem gastronomischen Ulenspiegel-Kult huldigt. „Der Held einer rührenden Liebesgeschichte“, findet meine Nachbarin, eine Rentnerin. „Ach wie sie einander lieben, Till und Nele!“ Ein Student der Universität Leuven dagegen prägte die Formel: „Der Nationalheld Flanderns, der für die Befreiung vom spanischen Joch

Hier befindet sich das Ulenspiegel-Museum.

Fotos des Verfassers



kämpfeln!“ Viele hatten jedoch keine Vorstellung davon, nach wem ich fragte.

Es brauchte Zeit, bis ich einen Menschen fand, der mir half, mich in diesen bunten Meinungen zurechtzufinden. Ich begegnete Walt d'Aquavilia, einem flämischen Maler, der gegenwärtig in der Rubens-Stadt Antwerpen lebt.

Walt hat ausgezeichnete Porträts der Frauengestalten aus dem Roman über Ulenspiegel gemalt. Bei der Arbeit daran studierte er gründlich die Geschichte und die gegenwärtigen Theorien um Till und seine Umgebung.

„Seltsam, aber wahr“, sagte der Maler, „in Flandern und ganz Belgien kennt man Ulenspiegel bei weitem nicht überall. Durch de Coster ist er im Ausland als Flanderns Nationalheld bekannt. Hier aber stehen die Menschen sehr unterschiedlich zu ihm, da ist alles: Verehrung, Ablehnung, Unkenntnis.“

„Womit ist das zu erklären?“

„Offenbar damit, daß breite Bevölkerungsschichten de Costers Buch einfach nicht kennen. Er schrieb ja französisch. Bei den scharfen nationalen Differenzen zwischen Flamen und Wallonen genügt schon dieser Umstand allein, damit ein Teil der Flamen, die Niederländisch sprechen, das Werk ablehnt. Unter den Französischsprechenden aber sahen einige in Till einen 'Fremden', einen flämischen Helden. Die alte Version des Volksbuches von Till ist vielleicht sogar populärer. Allerdings ist sein Held kein Kämpfer für Gerechtigkeit, vielmehr ein geistreicher Spaßvogel. Die erste, adäquate und vollständige Übersetzung von de Costers Buch ins Niederländische erschien erst Ende 1984. Bis dahin wurden in Flandern meist nur einzelne Kapitel veröffentlicht, wobei jeder Herausgeber das wählte, was seinen eigenen Neigungen und politischen Ansichten entsprach.“

„Und so kommt es, daß die einen in Till den Helden einer Liebesgeschichte und andere einen Anarchisten sehen?“

„Ja. Selbst Neonazis spekulieren auf seinen Namen. Ich kenne einen Flamen, der während des zweiten Weltkrieges aktiv mit den Hitlerokkupanten kollaborierte. Nach dem Zusammenbruch des 'Dritten Reichs' verkroch sich dieser Faschist aus Angst vor Vergeltung jahrelang in Westdeutschland. Als er begriff, daß ihm kein Gericht drohte, kehrte er heim. Er vertritt noch immer die faschistischen Überzeugungen und gründete mit der Zeit einen 'Ulenspiegel-Klub', zu dessen Tagungen Gäste aus der Bundesrepublik und anderen Ländern kommen. Für sie ist Till ein Symbol der Nähe von deutscher und flämischer Kultur, des Kampfes gegen diverse 'Schurken', vor allem gegen die 'Roten'. Das ist eine falsche und gefährliche Interpretation der Gestalt des Nationalhelden.“

„Wie sehen Sie den echten Till?“

„So, wie ihn de Coster geschildert hat: ein Rebell aus dem Volk, der für Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenwürde kämpft. Ein Gegner von Gewalt und Fanatismus.“

Damme--Antwerpen--Brüssel



# Monologe nach der Premiere

Arthur Miller im Theater „Sowremennik“

Die klassische Musik, die den Prolog begleitet, hebt die grauenhafte Prosa des Geschehens besonders heraus. Im Wartezimmer eines Anthropologieprofessors harren bei einer Razzia aufgegriffene „Nichtarier“ ihres Schicksals: ein auf sein Äußeres bedachter Künstler, ein behäbiger Kaufmann, ein Arzt, ein Kellner, ein Junge, ein alter Mann usw. Sie sitzen auf einer Bank. Jeder hofft auf ein Wunder. Vielleicht wird man gerade ihn laufen lassen... In Wirklichkeit wissen alle, daß ihnen das tragische Ende sicher ist. Hinter der Tür des Sprechzimmers verschwinden Menschen auf Nimmerwiederschen.

Im Moskauer Theater „Sowremennik“ wird Arthur Millers Stück „Zwischenfall in Vichy“ gegeben. Die Handlung spielt Anfang der 40er Jahre, als Frankreich von Hitlers Wehrmacht besetzt war. Wie im Programm angegeben, wurde das Stück schon 1967 inszeniert. Das Publikum hat es aber erst jetzt zu sehen bekommen.

Wir haben drei Mitwirkende — frühere und jetzige — gebeten, uns etwas über dieses ungewöhnliche Werk zu sagen.

Das Wort hat Galina WOLTSCHKE, die Intendantin dieser Bühne. Sie sagt:

„Vor der Premiere bekamen wir von Miller ein Telegramm mit Dankesworten an alle, die dem Stück jetzt zur Aufführung verholfen haben. Im vergangenen Herbst war der Verfasser nach langer Unterbrechung in der UdSSR und wohnte dem Forum am Issyk-Kul-See bei. Als wir uns begegneten, fragte er als erstes: 'Was ist mit "Vichy"?'. Das Stück ist von Marlen Chuzijew inszeniert. Wie damals treten darin Igor Kwascha, Valentin Nikulin und Gennadi Frolow auf — etwas gealtert, sie haben sich aber das tragische Erleben von damals bewahrt.“

Der bekannte Filmregisseur CHUZIJEW hat wiederholt das Kriegsthema behandelt. Wohl deshalb

wurde er vom „Sowremennik“ aufgefordert, das Stück zu inszenieren. Er sagt:

„Es soll nicht paradox klingen, wenn ich sage: Ich möchte wirklich die Inszenierung schnell hinter mich bringen und die im Stück aufgeworfenen Probleme vergessen. Das Stück selbst wird aber bestimmt langlebig sein. Ich möchte, daß der Zwischenfall in Vichy — eine der vielen Razzien auf 'Nichtarier' —

real. Jeder muß gegen sie ankämpfen. Mit seinem Stück sagt Miller — wenigstens verstehe ich ihn so —, daß keiner das Recht hat, einen Mitmenschen zu töten. Es ist zu wenig gesagt, wenn man das Stück aktuell nennt. Es ist unentbehrlich.“

Igor KWASCHA spielt eine Hauptrolle, den Arzt. Er sagt:

„Auf einer Bank sitzt etwa ein Dutzend Menschen verschiedenen Alters und verschiedener sozialer Zugehörigkeit. Das Grüppchen scheint ein Einzelfall zu sein. Das Stück handelt aber nicht einmal von Krieg, Völkermord und Faschismus, sondern vom Recht eines jeden, auf der Erde zu leben. Es handelt von Werten, die wir mit dem Wettrüsten, mit der Atomkriegsgefahr und der Umweltverschmutzung in immer größerer Anzahl verlieren. Wir wissen so viel vom Faschismus und von den Konzentrationslagern, daß uns das Gefühl für jene Schrecken manchmal abhanden kommt.“



während des zweiten Weltkriegs — uns Menschen von heute nicht nur längst Vergangenes in Erinnerung ruft, sondern uns auch die neue Gefahr vor Augen hält, die von den 'Herrenmenschen' ausgeht. Wie jeder große Künstler, so nimmt auch Miller das Geschehnis nur zum Anlaß, etwas zur Sprache zu bringen, was nicht nur eine Stadt oder ein Land allein angeht. Als ich den Film 'Das war im Monat Mai' drehte, war ich in Majdanek, Buchenwald und Sachsenhausen. Ich sah die Öfen, in denen Millionen Menschen verbrannt wurden. Die jetzigen Vernichtungsmittel sind noch raffinierter. Die nukleare Gefahr, in der die Menschheit schwebt, ist ganz

Szene aus der Aufführung

Foto: W. Perelman

In uns wird das Empfinden für die damalige Tragödie allmählich abgetötet. Der Krieg wird zum Gemeinplatz, der 'Zwischenfall in Vichy' aber bietet dem Zuschauer Gelegenheit, sich an der Seite oder an der Stelle der Gestalten dieses Stücks zu fühlen, mit ihnen auf der Bank zu sitzen, von der es in den Tod geht. Dieses Miterleben wühlt uns auf, heute und unabhängig von unserem Wissen um den Krieg.“

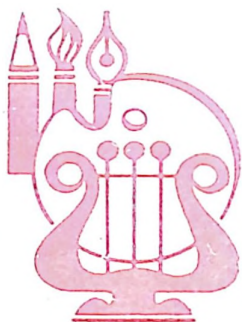
T. FIRSSOWA, W. GALIN

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.**

**Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"





## Ausstellung junger Künstler

die die Jugend beschäftigen.

Die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft konnte die Arbeiten der jungen Künstler, die auf der Ausstellung zu sehen waren, nicht unberührt lassen. Deshalb waren die Ausstellungssäle ständig gut besucht und weist das Gästebuch viel warme Worte auf.

Die Veranstalter hatten von 5000 Gemälden, Skulpturen und Kunstgewerbebezeugnissen die



Im Moskauer Zentralen Haus des Künstlers hat eine Ausstellung junger Künstler Rußlands stattgefunden.

Das Hauptthema könnte man so formulieren: Aufforderung zur Diskussion über heutige Probleme,

besten 1170 ausgewählt. Auf der Ausstellung waren ganz verschiedene Schulen vertreten. Jeder der gut 800 Teilnehmer hatte von seinem Recht zum Experimentieren Gebrauch gemacht.

Die jungen Künstler



bringen ihre Ideen bisweilen naiv und bisweilen mit jugendlicher Kompromißlosigkeit zum Ausdruck. Sie sind bis ins letzte aufrichtig. Das haben die zahlreichen Ausstellungsbesucher untrüglich empfunden.

⑤ „Volksfest“.  
Ludmilla Tschalaja.  
Kurgan.

⑥ „Ein paar Tage in Moskau“.  
Leonid und Tatjana  
Schwez.  
Rostow am Don.







14159 13 136 304 550  
VVA 52567 VV  
2110 9005 0144 PF

Die Musiker gekommen



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“



Salawat  
Safiullin  
(UdSSR)

Brief vom Enkel